

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Kommunistisches Programm

— Theoretische Zeitschrift der IKP —

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

NR. 22

JUNI 1979

IN DIESER NUMMER:

- DIE VERTEIDIGUNG DES MARXISMUS IST DIE VERTEIDIGUNG DER WAFFE DER PROLETARISCHEN REVOLUTION
- CHINA AUF DEM WEG ZUR IMPERIALISTISCHEN GROSSMACHT
- DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI ITALIENS UND DIE FASCHISTISCHE OFFENSIVE (1921 - 1924) - I. Teil
- RATIONALISIERUNGEN IN RUSSLAND
IM OSTEN WIE IM WESTEN FÜHRT DAS PRODUKTIVITÄTSRENNEN
ZU EINER STEIGERUNG DER AUSBEUTUNG

Erscheint vierteljährlich — Preise: DM 3,—, Belgien: bfr 53,— / Dänemark: dkr 10,— / Frankreich: FF 6,— / Italien: 1400 Lire / Niederlande: hfl 4,20 / Österreich: 22 OS / Schweden: 5,50 sKr / Schweiz: sfr 3,—. Jahresabonnement: Preis für 4 Exemplare

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

Nr. 22

Juni 1979

vierteljährliche
theoretische
Zeitschrift der IKP

Inhalt	Seite
Die Verteidigung des Marxismus ist die Verteidigung der Waffe der proletarischen Revolution	1
China auf dem Weg zur imperialistischen Großmacht	4
Die Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive (1921 - 1924) - 1. Teil	34
Rationalisierungen in Rußland Im Osten wie im Westen führt das Produktivitätsrennen zu einer Steigerung der Ausbeutung	56

Editions Programmes Communistes
- Paris -

edizioni programma comunista
- Milano -

Presserechtlich verantwortlich,
Vertrieb und Korrespondenz:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32
D-1000 Berlin 61

Postscheckkonto:
3320 23-103 - Berlin-West
Helmuth Tammen

Druck:
Movimento-Druck
Waldemarstr. 33
Berlin -

Die Verteidigung des Marxismus ist die Verteidigung der Waffe der Proletarischen Revolution

Vor 60 Jahren wurde in Moskau die III. Internationale gegründet. Hatte die I. Internationale (1864-72) "den Grundstein für die internationale Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung ihres revolutionären Ansturms gegen das Kapital" gelegt, und war die II. (1889-1914) die Epoche gewesen, "in der in einer Reihe von Ländern der Boden für eine weite Ausbreitung der Bewegung unter den Massen bereitet wurde", so zerschlug die III. alle opportunistischen und sozialchauvinistischen Entstellungen, die sich in der Phase der II. Internationale gesammelt hatten und stellte die abgebrochene, aber unantastbare revolutionäre Tradition ihrer beiden Vorgängerinnen wieder her. Auch darin war sie eine Herausforderung an die kapitalistische Welt.

"Die weltgeschichtliche Bedeutung der III., der Kommunistischen Internationale" - schrieb Lenin einen Monat nach dem Gründungskongreß - "besteht darin, daß sie damit begonnen hat, die große Losung von Marx in die Tat umzusetzen, die Losung, die aus der hundertjährigen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die ihren Ausdruck findet in dem Begriff: Diktatur des Proletariats" ("Die III. Internationale und ihr Platz in der Geschichte", 15. April 1919).

Das damals erst begonnene Werk wurde durch eine unheilvolle Kette von Ereignissen zunächst abgebrochen und dann zerstört. Die revolutionären Kommunisten (die einzigen, die für sich die Bezeichnung *Kommunisten* beanspruchen können) der heutigen Generation sind leider noch weit davon entfernt, damit begonnen zu haben, "die große Losung von Marx in die Tat umzusetzen". Lenins kurzer Satz faßt aber den Sinn und die Richtung des ganzen Kampfes zusammen, zu dem die Kommunisten heute wie damals (und heute noch mehr als damals) berufen sind - ein Kampf, der sich gegen eine weltweite Front der Verteidigung der ökonomischen, sozialen und politischen Ordnung der Bourgeoisie richtet.

In der Tat, was bedeutet jener Satz? Er bedeutet, daß "die Losung, die ihren Ausdruck findet in dem Begriff: Diktatur des Proletariats", keine zeitweilige, zufällige, zur Debatte stehende Nebensache der marxistischen Lehre ist, sondern deren Kern darstellt und zugleich die gesamte Erfahrung des proletarischen Klassenkampfes zusammenfaßt. Als materialistische und dialektische Geschichts- und Gesellschaftstheorie erklärt

der Marxismus wissenschaftlich die Abfolge der verschiedenen Produktionsweisen und Klassengesellschaften in der Geschichte. Wie Marx in einem bekannten Brief an Weydemeyer darlegte, hat er nachgewiesen, daß die Existenz der Klassen an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist und daß die heutige Entwicklungsphase der Produktion, der Kapitalismus, dazu bestimmt ist, durch eine klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus, ersetzt zu werden. Und führt laut Marx der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats, so bildet diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen. Verpflichtet man sich aber diesem Programm der revolutionären Machteroberung durch das Proletariat und der Errichtung seiner Diktatur, so muß man die unnachgiebigen Methoden der Klassenaktion vertreten, die zu seiner Verwirklichung führen, und sich ebenso dem Träger des Programms und dem Instrument der Aktion, d.h. der Partei verpflichten. Diese Partei ihrerseits ist begrifflich eine einzige Partei und eine Weltpartei, wird sie ja in den Worten des Manifests von Marx und Engels dadurch gekennzeichnet, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorhebt und zur Geltung bringt, andererseits in den verschiedenen Entwicklungsstufen des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie stets das Interesse der Gesamtbewegung, d.h. in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung vertritt. Wie man sieht, bildet der Marxismus ein untrennbares Ganzes, dessen Mittelpunkt die Diktatur des Proletariats ist. Man kann sich nicht zugleich auf den Marxismus berufen und die Diktatur des Proletariats abschreiben; ebenso wenig kann man sich auf die Diktatur des Proletariats als Programm und die revolutionäre Methode als Strategie und Taktik berufen und dabei auch nur den geringsten Teil des Marxismus fallen lassen.

Verständlicherweise wird die gesamte ideologische Polizei der bürgerlichen Welt, sowohl die religiöse wie auch die laizistische, mobilisiert, um gerade gegen diese monolithische Struktur Sturm zu laufen. So mannigfaltig die Formen dieser Offensive sind - sie hat einen einzigen Inhalt: Sie möchte aus den Köpfen, den Herzen und den Händen der Proletarier die Waffe entfernen, die als einzige den Sieg im titanischen Kampf gegen das Kapital sichern kann. Diese Of-

fensive wird nicht so sehr von den erklärten bürgerlichen Parteien geführt, als vielmehr von politischen und gesellschaftlichen Kräften, die sich früher auf den Marxismus berufen haben oder immer noch berufen. Hierzu gehören an erster Stelle jene "Arbeiterparteien", welche "der großen Losung von Marx" entweder abgeschworen oder sie sich nie zu eigen gemacht haben, wodurch sie zugleich die gesamte marxistische Lehre über Bord warfen, um sich einer blassen und blutarmen, manchmal liberal oder, wie man auch sagen kann, libertär, manchmal ausdrücklich demokratisch geprägten Fassung der bürgerlichen Ideologie von den "ewigen Prinzipien" zu verpflichten. An ihrer Flanke reiten jene Intellektuelle und "Kulturschaffende", die, den Launen der Mode folgend, sich dem "Marxismus" angenähert hatten und, nachdem sie sich daran die Finger verbrannten, unter den Fittichen des Idealismus, des Irrationalismus oder gar des Mystizismus erneut Zuflucht suchen. Die Spontaneisten, die die Partei verabscheuen und in ihr das Prinzip des Bösen, die Autorität überhaupt verkörpert sehen, tragen ihr Scherflein dazu bei. Flankenschutz durch die Trotzlisten könnte natürlich auch nicht fehlen: sie haben aus der Diktatur des Proletariats das Äquivalent jener "formlosen Parlamente der Arbeit" gemacht, die Trotzki seinerzeit gebrandmarkt hatte. Und die zahllosen Scharen von "Neuerern" begleiten den Zug mit unterstützendem Applaus, ob sie sich nun auf Mao oder Deng, auf Castro oder Ho Chi Minh berufen, ob sie nun von einer "Gegenmacht" träumen oder die "Arbeiterautonomie" preisen.

Dieser vielförmigen Offensive, deren Inhalt immer derselbe ist, müssen die revolutionären Kommunisten einen unüberwindbaren Damm entgegensetzen.

Laut Marx sind die Revolutionen die Lokomotiven der Geschichte. Die großen "Arbeiterparteien" haben sich für die Reformen entschieden. Wir sind für die Lokomotive der Revolution gegen alle Hindernisse, welche die herrschende Klasse ihr in den Weg legt, um ihre Fahrt aufzuhalten.

Die großen "Arbeiterparteien" haben einen idyllischen "demokratischen Weg zum Sozialismus" entdeckt. Wir erklären mit Marx: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als DIE REVOLUTIONÄRE DIKTATUR DES PROLETARIATS" ("Kritik des Gothaer Programms", 1875).

Die großen "Arbeiterparteien" betrachten das demokratische Parlament als das Gelände des "friedlichen Weges zum Sozialismus". Wir antworten mit den Leitsätzen des II. Kongresses der Komintern: "Der Kommunismus verneint den Parlamentarismus als Form der zukünftigen Gesellschaftsordnung. Er verneint ihn als Form der Klassendiktatur des Proletariats. Er verneint die Möglichkeit einer Eroberung des Parlaments auf die Dauer, er stellt sich die Aufgabe, den Parlamentarismus zu zerstören".

Als getreue Kopien der kleinbürgerlichen demokratischen Parteien haben die großen "Arbeiter-

parteien" "den Klassenkampf durch Träumereien von Klassenharmonie" ersetzt. Es ist eine logische Folge davon, wenn sie "sich auch die sozialistische Umgestaltung träumerisch (vorstellen), nicht als Sturz der Herrschaft der ausbeutenden Klasse, sondern als friedliche Unterordnung der Minderheit unter die sich ihrer Aufgaben bewußt gewordene Mehrheit" (Lenin, "Staat und Revolution"). Und mit derselben Schrift Lenins antworten wir: "Die Lehre vom Klassenkampf, von Marx auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewandt, führt notwendig zur Anerkennung der POLITISCHEN HERRSCHAFT des Proletariats, seiner Diktatur, d.h. einer mit niemand geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützenden Macht."

Den Träumereien vom Staat als Organ, das über den Klassen steht und das man nur zu reformieren hätte, damit es den verschwommenen Volkswillen und die mythische Gleichheit aller Bürger besser vertritt, stellen wir die stolzen Worte entgegen, die Lenin im Namen des siegreichen russischen Proletariats aussprach: "Der Staat ist eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere". (...) "Die Maschine, die Staat genannt wurde, angesichts derer die Menschen in abergläubischer Verehrung haltmachen und den alten Märchen glauben, daß sie die Macht des ganzen Volkes verkörpern - diese Maschine wirft das Proletariat beiseite und erklärt: Das ist eine bürgerliche Lüge. Wir haben diese Maschine den Kapitalisten genommen, haben sie an uns gebracht. Mit dieser Maschine oder diesem Knüttel werden wir jede Ausbeutung ausmerzen, und wenn auf der Welt keine Möglichkeit zur Ausbeutung mehr geblieben ist, wenn es nicht mehr so sein wird, daß die einen schlemmen, während die anderen hungern - erst dann, wenn dafür keine Möglichkeiten mehr bestehen, erst dann werden wir diese Maschine zum alten Eisen werfen. Dann wird es keinen Staat, dann wird es keine Ausbeutung mehr geben" ("Über den Staat", 11. Juli 1919).

Für die großen "Arbeiterparteien" gibt es so viele "nationalen Wege zum Sozialismus", wie es bürgerliche Staaten, Nationalitäten und "Kulturen" gibt. Wir wiederholen mit dem "Manifest der Kommunistischen Partei": "Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben"; wir wiederholen mit den Statuten der I. Internationale: "Die Emanzipation der Arbeiterklasse ist weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht".

In vollkommener Übereinstimmung mit der Preisgabe der Losung der Diktatur des Proletariats, der Kernlosung der kommunistischen Bewegung, sehen die großen "Arbeiterparteien" und die von ihnen immer hofierten und ihre Erwartungen immer wieder enttäuschenden Intellektuellen im Marxismus eine "Philosophie" neben anderen, eine überholte, vorübergehende, subjektive "Philosophie", die man nach Belieben ausbessern oder je nachdem liquidieren kann. Wir sind mit Lenin: ohne revolutionäre Theorie gibt es keine revolutionäre Aktion, und die einzige Theorie der proletarischen Revolution ist der Marxismus.

Für die Spontaneisten ergibt sich die Emanzipar-

tion der Arbeiterklasse allein und ohne weiteres aus der unmittelbaren Bewegung. Wir antworten mit den Statuten der I. Internationale: "Daß die Arbeiterklasse gegen (die) Gesamtgewalt der besitzenden Klassen nur als Klasse handeln kann, indem sie sich selbst als besondere politische Partei konstituiert, im Gegensatz zu allen alten Parteibildungen der besitzenden Klassen; daß diese Konstituierung der Arbeiterklasse als politische Partei unerlässlich ist für den Triumph der sozialen Revolution und ihres Endziels - ABSCHAFFUNG DER KLASSEN". Wir antworten mit dem 3. und 4. Punkt des Programms von Livorno (1921): "Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herrührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen. Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die politischen Klassenpartei. Die kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinleitet".

Die Trotzkiisten haben den mächtigen Begriff der von der Klassenpartei geführten Diktatur des Proletariats zu einer dünnen Limonade verwässert der sogenannten "Arbeiterdemokratie", die, wenn sie nicht gar als Regierungskoalition aller wie auch immer gearteten "Arbeiterparteien" verstanden wird, so doch auf jeden Fall auf der Sicherung der Freiheit all dieser Parteien beruhen soll. Für Marx, Engels, Lenin die kommunistische Linke lassen wir die "Leitsätze des II. Kongresses der Komintern über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution" antworten: "Die Arbeiterklasse braucht die Kommunistische Partei nicht nur bis zur Er-

oberung der Macht und nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nachher, wenn die Macht in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen ist". Zugleich lassen wir Trotzki mit seinem "Terrorismus und Kommunismus" antworten: "Die außerordentliche Rolle der Kommunistischen Partei in der siegreichen proletarischen Revolution ist völlig verständlich. Es handelt sich um die Diktatur der Klasse. Im Bestande der Klasse gibt es verschiedenen Schichten, ungleichartige Stimmungen, verschiedene Entwicklungsstufen. Dabei aber setzt die Diktatur Einheit des Willens, der Richtung, der Aktion voraus. Auf welchem anderen Wege kann diese also verwirklicht werden? Die revolutionäre Herrschaft des Proletariats hat im Proletariat selbst die politische Herrschaft einer Partei mit klarem Aktionsprogramm und unverletzlicher Disziplin zur Voraussetzung. Die Politik von Blocks widerspricht innerlich dem Regime der proletarischen Diktatur. Wir meinen nicht einen Block mit den bürgerlichen Parteien, von dem überhaupt nicht die Rede sein kann, sondern einen Block der Kommunisten mit anderen 'sozialistischen' Organisationen, die verschiedene Stufen der Rückständigkeit und der Vorurteile der werktätigen Massen vertreten".

Auf diesen Grundlagen hatte sich die III. Internationale gebildet. Sie dürfen nicht allein für Prinzipienklärungen bestimmend sein: sie sind es ebenso für jede Episode, jede Seite, jede Äußerung der Parteitätigkeit. Zu diesen Grundlagen muß eine Avantgarde des Proletariats zurückkehren.

Dies ist die Bedingung, damit das Proletariat endlich als Klasse für sich und nicht für das Kapital seinen Weg wieder aufnimmt - vorwärts zum Sieg.



INSTRUMENTE FÜR DIE ORGANISIERUNG DER PROLETARISCHEN AVANTGARDE!

in Lateinamerika:

¡Proletarios de todos los países, uníos!

EL PROLETARIO

PARTIDO COMUNISTA INTERNACIONAL

SUPLEMENTO PARA LATINOAMERICA
DE EL PROGRAMA COMUNISTA

OCTUBRE 1978 Nº 1
PRECIO: u\$s 0,50

in Nordafrika und unter den arabischen Proletariern in Europa:

el-oumami
l'internationaliste

organe du parti communiste international

(Der Internationalist)



الأممي
l'internationaliste

الحزب الشيوعي

China auf dem Weg zur imperialistischen Großmacht

Bekanntlich wäre alle Wissenschaft überflüssig, wenn Wesen und Erscheinung der Phänomene zusammenfielen. Und es ist gerade Aufgabe einer marxistischen Wissenschaft, diesen falschen Schein zu entschleiern. Besonders im Falle eines Landes wie China, das hinter einem Nebel offizieller wie offiziöser Propaganda seinen Etikettenschwindel zu verbergen versucht, ist diese Entlarvung um so dringlicher. Wie ihre stalinistischen Brüder in Rußland versuchen auch die Vertreter des chinesischen Kapitals ihre Diktatur über die Bauern und das Proletariat als klassenlose Volksdemokratie, ja als Diktatur des Proletariats zu tarnen. Zwar gab sich die siegreiche Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat noch stets als die Vertreterin von Freiheit, Vernunft und Allgemeinwohl aus und war schon immer eifrig bestrebt, ihre Ausbeutung unter einem Schwall von Phrasen verschwinden zu lassen, aber es war unserem Jahrhundert vergönnt, daß sich eine scheinbar ganz neue Spezies dieser Menschheitsbeglückerbreit machen konnte, nachdem sie die revolutionären Vertreter des internationalen Proletariats massakriert hatten. Terror und Phrase waren und sind zwar immer die Hauptinsignien bürgerlicher Herrschaft, aber noch keiner Bourgeoisie war es früher gelungen, aller Welt das Kunststück zu demonstrieren, daß erst millionenfacher Massenmord am Proletariat gleichsam den Weg zum kommunistischen Paradies bahnt. Konterrevolution ist seit dem stalinistischen Exempel nicht mehr Konterrevolution, sondern etwa "nichtkapitalistische" Entwicklung zum Sozialismus. Zwar sind sich die zahlreichen Deuter russischer wie chinesischer Zustände keineswegs einig. Aber trotz aller Unterschiede und Feinheiten im einzelnen - es stecken ja schließlich oft kluge Köpfe dahinter -, stimmen sie doch stets in einem überein: Die Welt des Ostens ist sozialistisch, oder zumindestens auf dem Weg dahin. Und da nicht sein kann, was nicht sein darf, müssen immer neue Varianten gewaltsamer Abstraktionen dies beweisen. Und je mehr sich die Produktivkräfte auch im Osten entwickeln, sich also das kapitalistische Wesen immer offensichtlicher in verschiedenen Erscheinungen zeigen muß, desto mehr basteln diese Gedankenakrobaten an ihren ihnen lieb gewordenen Entstellungen. Wenn es bei einigen nicht mehr klappt, die brutale Wirklichkeit von Ausbeutung und bürgerlichem Terror als unser aller Zukunft auszugeben - dann ist natürlich die Theorie dran schuld, und man schreibt fleissig Pamphlete gegen den marxistischen Schund und enttarnt die revolutionären Marxisten als die Aktionen des "Volkes" blockierende "Meisterzma-

cher" (Glucksmann). Das hat ja inzwischen Routine: Indem die Kapitalisten in Ost wie West ihren Lohnabhängigen das Grauen im gegnerischen "Lager" schön plastisch vor Augen führen, demonstrieren sie ihren Opfern, daß es keine Alternative geben kann. Bestärkt werden sie in diesen Abschreckungsmanövern noch stets von sog. Marxisten, die diesem Zerrbild der Erscheinungen ihre letzte Weihe geben. Der Marxismus, diese einzige revolutionäre Kraft des Proletariats, bleibt dabei natürlich auf der Strecke. Gerade China, als die spätere Neuauflage dieser Mimikry, gab diesen Geschichtsdeutern in dem Moment neue Nahrung, in dem Rußland immer offensichtlicher sein kapitalistisches Wesen demonstrierte und die Verherrlichung russischer Zustände als sozialistisch immer schwieriger wurde. Mit der besonderen Vorliebe jeder bürgerlichen Wissenschaft für Persönlichkeiten, diesen "charismatischen" Figuren, dank derer allein die Geschichte bis heute nicht stehengeblieben sei, stürzte man sich auf Mao Zedong. Und er war ja in der Tat ein dankbares Objekt: Schlicht gewandet - so wie man sich eben einen proletarischen Führer vorzustellen hat - vertrat er im Kern nichts anderes als früher Sun Yat-sen, der ängstliche Vater der chinesischen Bourgeoisie. Nur hatte Mao nach der endgültigen Niederlage des chinesischen Proletariats in dem Massaker von Shanghai durch die Kuomintang 1927 die Hände frei für "seine" Bauernrevolution.

Die Qualen des chinesischen Bauern mußten sich früher oder später sicherlich entladen - das erkannte Mao durchaus richtig -, jetzt konnten die unruhigen Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter aber nicht mehr von revolutionären Proletariern beeinflußt werden und von ihnen eine weit radikalere Perspektive erhalten. Dieses revolutionäre Bündnis von Arbeitern und Bauern, geführt von der Kommunistischen Partei, Rückgrad jeder Doppelrevolution in wenig industrialisierten Ländern in Phasen revolutionärer Weltbewegungen, war nicht mehr möglich. Sun hatte angesichts dieser drohenden Perspektive einer Doppelrevolution die Bauernfrage gar nicht erst zu stellen gewagt, weswegen "seine" bürgerliche Revolution von Anfang an ein Desaster blieb und er schon wenige Monate nach dem Sturz der Mandschu-Dynastie 1912 die Macht wieder an den kaiserlichen General Yün Shi-Kai abgeben mußte.

Unter Mao war die Lage völlig anders: Das chinesische Proletariat war geschlagen, die interna-

le Revolution erledigt, die Stalinisten paralytierten die Kampforgane des Proletariats, beanspruchten aber andererseits Weisungsbefugnis als vermeintliche bolschewistische Erben und versuchten so über ehemals proletarische Kanäle ihre nationale Großmachtpolitik abzusichern.

Im Geiste der stalinistischen Traditionen groß geworden, warf sich Mao von Anfang an in die Positur eines Erneuerers der chinesischen Nation. Sun's "Drei Volksprinzipien" - Nationalismus, Demokratie, Sozialismus - wurden mit den gängigen stalinistischen Phrasen frisiert und dienten so als ideologische Verbrämung der gezielten Anwendung bäuerlicher Energien für eine nationale Erneuerungsbewegung Chinas.

Für alle Welt bewies er damit natürlich nur sein Genie: Er drehte den Marxismus völlig auf den Kopf, erklärte die Bauern zu Hauptträgern jeder sozialistischen Entwicklung, war zugleich stets bestrebt, ihre soziale Energie klein zu halten, damit sie nicht außer Kontrolle geriet; taktierte mit seinen "Kompradorenbrüdern im Herzen" in übelster Manier; kappte - ganz Nationalist - den russischen Einfluß und träumte schon früh - auch hier in der Tradition Sun's - von der Hilfe der USA, deren Borniertheit ihn eigentlich erst richtig in die russischen Arme trieb. Allein dies ließ unsere China-Deuter nur um so mehr ins Schwärmen für diesen "Sinisierer" des Marxismus verfallen.

Nun ist der Meister schon einige Zeit verschieden und wieder scheiden sich die Geister. Die Kapitalisten sind's zufrieden, sie können dank Deng Xiaoping endlich wieder vom Hoffnungsmarkt China träumen. Ihre Ideologen finden die Entwicklung deswegen äußerst vernünftig - wird ihnen damit wieder so nebenbei bestätigt, daß letztlich doch nur gewohnte Praktiken der Menschheit weiterhelfen können. Natürlich wurde Mao in seinen letzten Jahren auch ein bißchen senil und hatte sein "Volk" als eingefleischter Idealist einfach zu lange überfordert.

Die kleinbürgerliche "Linke" dagegen wird irre, sie hat eine Vaterfigur verloren. Wovon soll man noch träumen, was kann man noch erhoffen, wenn alles den gleichen reaktionären Gang geht. Besonders seit sich China gegen das "Kuba Asiens" als fernöstliche USA zu profilieren versucht, verschwinden wieder Heiligenbilder von den Wänden. Alles ist konfus angesichts der Periode "marxistischer" Kriege: Die einen schwärmen von früher, den glücklichen Zeiten der Kulturrevolution; Chinafreunde durch "dick und dünn" halten der neuen Führung in Peking die Stange, aber sicher finden auch viele andere eher jetzt, in der "freieren" Atmosphäre ihren Traum vom kleinbürgerlichen Glück bestätigt. Paranoiker allerdings suchen ihr Heil in einem Kleinstaat auf dem Balkan.

Nur der Marxismus kann dieses Knäuel von Phrasen, Wunschvorstellungen und Mythen entschleiern und nur wenn man dem Geschwätz der chinesischen Bourgeoisie und ihrer westlichen Papageien nicht auf den Leim geht und für bare Münze nimmt, sondern eben hinter den Erscheinungen nach der inneren Natur der chinesischen Vorgänge fragt, kann man das Rätsel "China" lösen - und einmal verstanden, wird das vorher so komplizier-

te sonnenklar: China war und ist niemals auf dem Weg zum Sozialismus gewesen, sondern war und ist nichts anderes als ein sich kapitalistisch entwickelndes Land, wobei diese Grundtatsache von der chinesischen Bourgeoisie auch immer schwerer verschleiert werden kann. Alle revolutionären Sprüche, jede Maskerade als Vertreter des Proletariats dienen nur dem Zweck, einerseits die Klassenherrschaft mit illusionistischen Tricks hinwegzuzaubern und andererseits Bauern und Arbeitern "immer mehr, immer besser" ausbeuten zu können.

Geht man dagegen davon aus, in China handle es sich um Sozialismus und das Land würde sich immer mehr dahin entwickeln, so stellt man natürlich alles auf den Kopf und die Untersuchungen müssen dementsprechend aussehen. Es ist ähnlich dem berühmten Fall des Bilds vom Weltall: Solange man glaubte, daß sich alles um die Erde drehte, nahm die Untersuchung der Sternbewegungen immer kompliziertere Figuren an, erst als man von diesem Dogma abging, eröffnete sich einem ihre höchst einfache Beziehung.

In unserer Parteipresse haben wir schon immer die Herausbildung des Kapitalismus in China untersucht und in einer Vielzahl von Beiträgen die Machenschaften der chinesischen Bourgeoisie entlarvt. Dieser Artikel bringt also nichts grundlegend Neues, setzt vielmehr bisher Gesagtes nur fort. Im Vordergrund steht natürlich der Umschwung unter Deng/Hua, dessen Zwangsläufigkeit man nur versteht, wenn man sich die ökonomischen wie sozialen Grundlinien der bisherigen Entwicklung Chinas vergegenwärtigt.

Der Streit um den besten Weg der Wirtschaftsentwicklung

Will man die permanente Auseinandersetzung auch nach der Kulturrevolution zwischen den sog. Maoisten und den Pragmatikern um die optimalsten Bedingungen der Industrialisierung verstehen, so muß man sich die Entwicklung seit der Machteroberung 1949 kurz vergegenwärtigen. Die Menschen sind sicherlich die Akteure ihrer Geschichte, aber sie handeln allein im Rahmen vorgegebener Möglichkeiten. Deswegen spielen nicht die subjektiven Wünsche und Vorstellungen bei der Betrachtung historischer Abläufe die entscheidende Rolle, sondern vor allem die objektiven materiellen Bedingungen, von denen hier nur die groben Konturen umrissen werden können.

Mit rund 9,6 Mio. qkm gehört China zusammen mit Kanada (9,9 Mio. qkm) und den USA (9,3 Mio. qkm) zu jenen drei Staaten, deren Fläche jeweils etwa halb so groß wie die Rußlands ist. Von Peking bis zum äußersten Westen Xinjiangs sind es mehr als 3700 km, und die Süd-Ost-Ausdehnung von Hainan nach Harbin in Heilungjiang beträgt rd. 4000 km. Auf dieser Fläche lebt das größte Volk dieser Erde. Genaue Zahlen sind allerdings nicht bekannt. Die erste Volkszählung ergab 1953 583 Mio., heute schwanken die Schätzungen zwischen 850 und 950 Mio. Ein-

wohnern. Davon arbeiten immer noch rd. 80% auf dem Lande. Die Han stellen 94% der Gesamtbevölkerung, der Rest von 6% verteilt sich auf 54 nationale Minderheiten, die trotz ihrer geringen Zahl etwa 50 - 60% Chinas besiedeln - vor allem den unwegsamen und hauptsächlich für Viehwirtschaft geeigneten Teil im Westen. Der Hauptteil der gesamten chinesischen Bevölkerung lebt also vor allem in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten Nord-, Mittel- und Südchinas.

Dabei ist die landwirtschaftliche Nutzfläche recht beschränkt: Chinas 9,6 Mio qkm großes Gebiet wird nämlich nur etwa zu 36% landwirtschaftlich genutzt - 11% der Gesamtfläche dienen als Anbaugelände, 20,5% stellen Weideland dar und 5,1% sind Wälder. Nach den beiden wichtigsten Erzeugnissen läßt sich China wirtschaftsgeographisch in zwei Hauptagrarzonen gliedern, wobei die Trennlinie, grob gesprochen, etwa entlang des 34. Breitengrades verläuft: Nördlich dieser Linie liegen die kalten, trockenen Winterweizenprovinzen, südlich davon die feuchtwarmen Reisprovinzen. Freilich gibt es in jeder dieser Regionen auch Gebiete der jeweils anderen "Getreide"-Art. Vor allem um die Ausbreitung der Reisanbaugelände hat sich die chinesische Regierung immer wieder bemüht, denn man zieht es vor, statt Getreide Reis und Baumwolle anzupflanzen, beides Produkte, die auf dem Weltmarkt durchschnittlich einen mehrfachen Devisenertrag im Vergleich zu Weizen erbringen. Mit diesem Erlös kann dann wiederum Weizen aufgekauft werden, der von der chinesischen Bevölkerung konsumiert wird.

Über das ganze Territorium verteilt, verfügt China über reiche Bodenschätze: Chinas Erdölréserven werden heute auf 30 - 50 Mrd. t geschätzt, die Kohleréserven sollen sich auf 1500 Mrd. t belaufen und gehören damit zu den größten der Welt. Eisenerzlagern von rd. 11 Mrd. t sind über das ganze Land verstreut, die größten davon befinden sich in der Mandschurei und der Inneren Mongolei. Mit großem Abstand ist China weltgrößter Produzent von Antimon und Wolfram, und besitzt ferner reiche Vorkommen an Molybdän, ein Ersatzprodukt für Wolfram, das aber bedeutend billiger ist. Im Südwesten des Landes befinden sich große Zinnlager und bereits heute liegt China in der Weltproduktion an sechster Stelle. Auch für die wichtigsten anderen Rohstoffe sind zum Teil beträchtliche Reserven nachgewiesen. Von dieser Seite sind also die formalen Voraussetzungen für eine Industrialisierung gegeben.

Die erste Entwicklung in diese Richtung setzte der seit Mitte des letzten Jahrhunderts immer massiver nach China eindringende Imperialismus. Da aber das Land von Anfang an gierige Beute aller aktiven Imperialisten wurde, hielten sie sich gegenseitig in Schach, und keiner konnte ohne Kontrolle der anderen sein Unwesen treiben. Aber die Wirtschaftsstruktur wurde dadurch doch bis heute geprägt: An der Ostküste setzten sich die ausländischen Kapitalisten fest und errichteten in verschiedenen Zentren - vor allem in Shanghai - eine Leichtindustrie, die die billige chinesische Arbeitskraft ausbeutete. Allein das rohstoffarme Japan errichtete seit Anfang der 30er Jahre in der annektierten Mandschurei einen schwerindustriellen Komplex.

I. Landwirtschaft

Die Maoisten übernahmen 1949 ein von 12-jährigen Kriegswirren zerstörtes Land. Die Verhältnisse in Landwirtschaft und Industrie waren zum Teil katastrophal. Somit war die Aufgabe klar vorgegeben: Es galt so schnell wie möglich die Lage zu stabilisieren, den Agrarbereich zu reorganisieren und den landwirtschaftlichen Überschuß für den Aufbau der Industrie nutzbar zu machen. Auch ohne Krieg hätte die landwirtschaftliche Struktur unbedingt aufgebrochen werden müssen, denn hier lag gleichsam der Schlüssel für das wirtschaftliche Desaster Chinas, das durch die politischen und sozialen Wirren nur noch verstärkt wurde: Aufgrund verschiedener Entwicklungen hatte sich ein System von kleinstparzellierten Familienhöfen herausgebildet, die vor allem auf Pachtbasis betrieben wurden. Diese Lage produzierte den für viele Länder charakteristischen Teufelskreis: Die kleine Parzelle brachte schon der Familie kaum genug zum Leben, dennoch mußte ein wachsender Teil dem Landbesitzer übereignet werden. Wachsende Verschuldung und schließlich völliger Verlust jeder eigenen Wirtschaftsgrundlage verschlimmerten so oder so die Lebensbedingungen der Bauern, die allein durch Überarbeit und Unterkonsum ihr Schicksal hinauszögern konnten. Der Effekt war eindeutig: Die Agrarproduktivität blieb niedrig, fehlten doch außer Arbeitskraft alle zusätzlichen Mittel, denn der Überschuß mußte den Grundherrn in Form der Pacht abgeliefert werden. Von diesen wurde er durchweg verpraßt, denn die chinesische Landaristokratie verachtete nicht nur die Landarbeit. Was dennoch für Geschäfte übrig blieb, diente höchstens kurzfristiger Spekulation. Eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Erträge oder der Aufbau einer Industrie waren damit praktisch wegen der antiquierten kleinparzellierten Pachtstruktur der Landwirtschaft unmöglich. Sun traute sich - wie schon erwähnt - an das Problem aufgrund der damit zusammenhängenden sozialen Risiken nicht heran - und blieb notwendigerweise bis zu seinem Tode 1925 ein "Möchtegernrevolutionär". Die Kuomintang unter Chiang Kai-Shek repräsentierte je länger, desto offener nichts anderes als die spekulative Kompradorenbourgeoisie, deren Rückrat ganz natürlich die Landbesitzer waren. Sie berief sich zwar noch auf Sun, aber was bei ihm wenigstens ernsthafte Einsicht, wenn auch ohne Taten war, verkam jetzt zur reinen Farce. Das bürgerliche Programm Sun's mit den Grundforderungen einer nationalen und sozialen Revolution fand allein bei den Maoisten seine Fürsprecher, die es wegen der blutigen Erledigung der proletarischen Frage weniger ängstlich als Sun in Angriff nehmen konnten und aufgrund einer Reihe von Umständen auch tatsächlich ihre "neue Demokratie" des Blocks der vier Klassen (Bauern, Arbeiter, Kleinbourgeoisie und nationale Bourgeoisie) durchsetzten. Der Kern bürgerlicher Revolutionen liegt in ihren nationalen und sozialen Aufgaben als Voraussetzung der Schaffung optimaler Bedingungen für eine zukünftige Produktivkraftentwicklung: national gilt es, das Land politisch zu einen, was im Falle Chinas als altes, schon immer einheitlich

regiertes Kulturland leichter zu bewerkstelligen war, denn die zeitweilige Zersplitterung des Landes unter den Warlords in der Zeit nach dem Sturz der Mandschus war schon von der Kuomintang erledigt worden.

Wichtiger war die Lösung der sozialen Probleme, was vor allem heißt: Lösung der Agrarfrage. Der gordische Knoten jeder früheren Wirtschaftsmisere mußte zerschlagen werden, um endlich der Entwicklung der Produktivkräfte eine freie Bahn zu schaffen. Es galt, die Bedingungen für die Steigerung von Agrarüberschüssen zu setzen, die für die Industrialisierung nutzbar gemacht werden könnten, und zwar so, daß möglichst wenig im Agrarsektor hängenblieb.

Die Grundbesitzer wurden eliminiert, womit man schon ihren Anteil am Agrarüberschuß in die Hände bekam. Die Landverteilung an die bisherigen kleinen bzw. landlosen Bauern ergab zwar unmittelbar kaum einen Produktionseffekt, hier bestand eher die Gefahr, daß sie sich nach all den Hungerjahren allzu lange den Bauch vollschlagen wollten. Aber jetzt stieg wenigstens im Durchschnitt die Parzellengröße und damit doch die Möglichkeit, Mittel für die Verbesserung der Landwirtschaft abzuzweigen. Aber die Initiative blieb natürlich immer stärker bei diesen sich entwickelnden "Mittelbauern". Dazu hatte der Staat den Bauern wenig für ihre Produkte zu bieten. Wie sollte er also ohne offenen Zwang an deren Erzeugnisse rankommen? Man kennt die Lösung: Der Staat enteignet jetzt seinerseits die Bauern und nimmt sie immer stärker in seine Regie. Westliche Freunde der chinesischen Landwirtschaft nennen das heute "Sozialisierung". Mao ließ sich später bei Proklamierung seiner Volkskommunen so aus: *"Die sogenannte Überführung des Kollektiveigentums in sozialistisches Volkseigentum bedeutet, die landwirtschaftlichen Produktionsmittel gänzlich in Staatseigentum zu überführen, die Bauern sämtlich zu Arbeitern zu machen, die der Staat insgesamt übernimmt und deren Lohn er zahlt."* [Mao, Notizen nach der Lektüre des Lehrbuchs *"Politische Ökonomie"* (Abschnitt Sozialismus), in: Helmut Martin, Mao Tse-tungs Notizen zum sowjetischen Lehrbuch *Politische Ökonomie* (1960), Hamburg 1975, S. 137/8] Das war auch schon das Programm Sun Yat-sen's, und dieses charakterisierte Lenin treffend so: *"In der Tat, worauf läuft die 'ökonomische Revolution' hinaus, von der Sun Yat-sen am Anfang seines Artikels so prunkvoll und dunkel spricht? Auf die Übergabe der Rente an den Staat, das heißt auf die Nationalisierung des Bodens mittels einer Art Einheitssteuer... Der Unterschied zwischen dem Wert des Bodens in einem bäuerlichen Krähwinkel und in Shanghai besteht in dem Unterschied der Größe der Rente. Der Preis des Bodens ist kapitalisierte Rente. Dafür zu sorgen, daß der 'Wertzuwachs' des Bodens 'Eigentum des Volkes' werde, bedeutet, die Rente, d.h. das Eigentum an Grund und Boden, dem Staat zu übergeben, oder anders gesagt, den Boden zu nationalisieren".* Und Lenin stellt die entscheidende Frage: *"Ist eine solche Reform im Rahmen des Kapitalismus möglich? Sie ist nicht nur möglich, sondern sie stellt sogar den reinsten, maximal konsequenten, ideal vollkommenen Kapitalismus dar. Das hat Marx im 'Elend der Philosophie' gezeigt und eingehend im III. Band des 'Kapitals' bewiesen; besonders anschaulich*

hat er das in der Polemik gegen Rodbertus in den 'Theorien über den Mehrwert' entwickelt." Die Konsequenz dieser kapitalistischen Politik ist schlagend: *"Die Nationalisierung des Bodens gibt die Möglichkeit, die absolute Rente zu beseitigen und nur die Differentialrente übrigzulassen. Die größtmögliche Ausmerzung der mittelalterlichen Monopole und der mittelalterlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft, die größtmögliche Freiheit des Handels mit Grund und Boden, die leichteste Anpassung der Bodenbewirtschaftung an den Markt - das bedeutet die Nationalisierung des Bodens nach der Lehre von Marx. Die Ironie der Geschichte besteht darin, daß die Volkstümlerrichtung im Namen des 'Kampfes gegen den Kapitalismus' in der Landwirtschaft ein Agrarprogramm vertritt, dessen volle Verwirklichung die SCHNELLSTE Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft bedeuten würde."* [Lenin Bd. 18/S.156/7, *"Demokratie u. Volkstümlerideologie in China"*] Was von Sun noch schüchtern anvisiert wurde, wird von Anfang an von Maoisten, diesen Erben Sun's, praktiziert. Und das nicht zu verstehen, ist der Springpunkt aller Idioten, die vor allem auch heutige *"Lenin-Überwinder"* über die Agrarverhältnisse nicht nur Chinas vertreten.

Ist dies dagegen einmal verstanden, so kommt sofort Klarheit in die sonst so verwirrende maostische Agrarpolitik: Sie hatte also von Anfang an klare Schwerpunkte: Zuerst galt es, den Grundbesitzern den bislang parasitär verschwendeten Agrarüberschuß zu nehmen, indem man sie in ihrer Funktion ausschaltete; dadurch "befreite" man gleichzeitig die Bauern von ihren bisherigen Blutsaugern und legte durch diese grundlegende Strukturveränderung die Basis für die immer dringender notwendige Ertragssteigerung im Laufe der verschiedenen Etappen der "Kollektivierung"; dadurch gewann der Staat die entscheidende Kontrolle über die absolute Grundrente, die im Kapitalismus jedem Landbesitzer qua Bodeneigentum zufließt. Differentialrente entspricht dagegen dem Extraertrag aufgrund vor allem besserer Ertragslage (Boden, Klima) und besserer Marktlage. Es gilt also den Agrarüberschuß zu steigern und möglichst weitgehend für die Industrialisierung nutzbar zu machen. Letzteres ist um so schwieriger, als der Staat aufgrund der erst zu entwickelnden Grundlage kaum Waren dem Bauern zum Tausch anzubieten hat. Überließe man also dem Bauern die Regie über das im Überschwang der bürgerlichen Revolution verteilte Land, so verlore man nicht nur weitgehend die Kontrolle über ihn und müßte ihm neben der Differential- auch die absolute Rente überlassen, sondern man käme an diesen Überschub nur gegen realen Tausch heran. Da man allerdings praktisch mit leeren Händen vor den Bauern stand, hatte man kaum die Möglichkeit, diese daran zu hindern, alles zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu verwenden, also im Sinne der bürgerlichen Aufgaben der Akkumulation zu verschwenden. Insgesamt wäre auf einer solchen labilen Basis, die vor allem von Lust und Laune der Bauern abhänge, keine langfristige und beschleunigte Industrialisierung möglich.

Es gab also überhaupt keine Alternative: Das anfänglich verteilte Land mußte wieder kassiert werden. Dadurch gewann man allein die Kontrolle über das agrarische Mehrprodukt, daß das Gesamtprodukt abzüglich des notwendigen Produkts aus-

macht. Daneben hatte man dann auch erst eigentlich die Möglichkeit, durch verbesserte Nutzung von Arbeitseinsatz und gegebenen Ressourcen den Ertrag zu steigern. Auch hier gab es nur ein Mittel: Wegen des weitgehenden Mangels an Kapitaleinsatz blieb als Hauptproduktivkraft nur die menschliche Arbeitskraft. Und diese mußte jetzt maximal ausgebeutet werden. Das Motto hieß: Durch Ausdehnung der absoluten Arbeitszeit den absoluten Mehrwert maximieren. Allein deshalb stand bei Mao der Mensch im Mittelpunkt seiner Phrasen. Den Bauern mußte zwar das Land wieder genommen werden, das war für alle Vertreter des jungen chinesischen Kapitals klar. Aber das Opfer durfte natürlich nach Möglichkeit nichts davon merken, bzw. sollte dies möglichst "freiwillig" selber als drängendes Bedürfnis seiner Selbstverwirklichung verlangen; denn man wußte: die Lektion sitzt nur dann, wenn die Opfer selbst von der Notwendigkeit überzeugt sind. Die Sache war ja auch nicht ganz ungefährlich. Jahrzehntlang hatte man gepredigt "Jedem Pflüger sein Land" - auch dies ursprünglich von Sun-, und jetzt sollte alles schon wieder vorbei sein. Merkte der Bauer andererseits den Betrug, so ergäben sich schlimme Perspektiven für die gerade angegangene kapitalistische Entwicklung. Dieses Maleur passierte bekanntlich den russischen Kapitalisten, und seitdem ist vor allem die Landwirtschaft das Dauerproblem der russischen Wirtschaft. Die russischen Bauern hatten aufgrund der staatlich betriebenen Politik der Stalinisten auch kaum Schwierigkeiten, zu erkennen, daß sie nichts anderes als Zwangslieferanten geworden waren.

In China waren nicht nur andere Zeiten, sondern das Problem war wegen der noch größeren zahlenmäßigen Überlegenheit der Bauern auch von ganz anderem Gewicht. Deshalb mußte die chinesische Bourgeoisie sich mehr Zeit lassen und die Sache besser vorbereiten. Der Landraub durfte nicht als solcher erkennbar werden, es galt also, die Bauern zu hypnotisieren. Und Mao fungierte hier als Chefhypnotiseur - nichts anderes war seine Aufgabe. Und wie entledigte er sich dieser Aufgabe? Anfangs hielt er sich zurück, fungierte vor allem als Symbol. Aber 1955 verlor er die Geduld. In seiner bekannten Rede "Zur Frage der Kollektivierung der Landwirtschaft" am 31. Juli 1955 forderte er eine forcierte Kollektivierung, die auch sofort verwirklicht wurde, so daß im Juni 1956 bereits 63% und im März 1957 sogar 93% der Bauern in "sozialistischen Produktionsgenossenschaften" organisiert waren. Schon das ging nicht ohne Reibereien, und auch die Bauern machten in dem schnell wieder abblasenen Manöver der "Hundert Blumen" vom 2. Mai bis 8. Juni 1957 ihrem Unmut Luft. Das "Genie" Mao reagierte bekanntlich auf diese Entwicklung in zweierlei Weise: Zum einen veröffentlichte er seine Exegese über die "Widersprüche im Volk", zum anderen forcierte er das Tempo zum "Großen Sprung" mit seinen Volkskommunen. Jetzt ging Mao als Praktiker der absoluten Mehrwertproduktion auf's Ganze: Die Bauern sollten als Lohnarbeiter in großen Verbänden zusammengefaßt werden. Die "Idylle" der bäuerlichen Familienbasis und die Jahrtausende alte Dorfstruktur sollten endgültig aufgebrochen werden. Der Arbeitseinsatz wurde gleichsam militarisiert und durch Gemeinschaftsverpflegung sollte das notwendige Agrarprodukt, also der Selbstver-

brauch der Bauern verringert werden. Maximale Ausdehnung der Arbeitszeit und der Arbeiterzahl sollten in Kombination von Landwirtschaft und Manufaktur fantastische Ertragssteigerungen erbringen. Das Ergebnis ist bekannt: Das Ganze war eine katastrophale Bauchlandung. Die chinesischen Traditionen des Dorfes und das verbissene Festklammern des Bauern an "seinen" Boden konnten so nicht zerschlagen werden. Zu früheren Zeiten wäre bei dieser Entwicklung der "Dynastie" sicher der "Himmelsauftrag" entzogen worden, aber selbst Mao mußte nach diesem Meisterstück ins zweite Glied zurücktreten. Zu sehr hatte ihn diese Katastrophe bloßgestellt.

Es war sicher nicht das ungünstige Wetter, sondern eben der wachsende offene oder versteckte Widerstand der chinesischen Bauern, durch den Mao seine entscheidende Lektion erhielt. Um diesen Eklat zu verstehen, darf man eben nicht auf chinesische wie westliche Reklame für das im Ansatz Großartige dieser genialen Idee verfallen. Hier sollte der Bauer zu nichts anderem als zu einem schlechtbezahlten, langarbeitenden Landarbeiterdasein gezwungen werden. Dies ist sicher das langfristige Schicksal des chinesischen Bauern, denn was anderes hat das Kapital auch in China nicht zu bieten, aber die schon im Ansatz bald gestoppte Schocktherapie muß man sich doch vor Augen führen, will man den Widerstand der Bauern richtig einschätzen. Die Landwirtschaft sollte quasi wie eine Fabrik - allerdings ohne Maschinen - verwaltet werden: Der Bauer arbeitete nicht mehr in einem seit unvordenklicher Zeit festgelegten traditionellen Rahmen, sondern wurde, wie beim Militär, mit Leidensgenossen zusammengewürfelt, die er kaum kannte. Er sollte nicht mehr auf seiner eigenen Scholle arbeiten, sondern hatte innerhalb des umfangreichen Gebiets der Volkskommunen (VK) von Feld zu Feld zu marschieren, um dort auf einem ihm übertragenen engen Spezialgebiet seinen Aufgaben nachzukommen. So gab es z.B. in der Anfangszeit Spezialgruppen für das Pflügen, für die Bewässerung sowie für den Bau von Gräben und Wasseranlagen. Feldarbeit sollte also praktisch von Heute auf Morgen nach dem Prinzip kapitalistischer Arbeitsteilung erzwungen werden - wenn auch erst auf "Manufakturniveau". Nicht zu Unrecht sah Mao hier wieder eine Voraussetzung zur Steigerung der absoluten Mehrwertrate. So betrug die Arbeitszeit in den meisten Kommunen im Sommer und Herbst 1958 mindestens 12 Stunden am Tag, zur Erntezeit bis zu 16, in Einzelfällen gar 18 Stunden.

Von besonderer Bedeutung für die Struktur der Kommunen war das System der "Produktionsgarantie", durch das die Beziehungen der ländlichen Großkollektive zur staatlichen Erfassungsorganisation für Nahrungsmittel geregelt wurden. Vor jeder Ernte garantierte die VK die erwartete Ablieferungsmenge. blieb der Ernteertrag hinter den Erwartungen zurück, dann mußte die Kommune die Versorgung ihrer eigenen Mitglieder einschränken, um die garantierte Ablieferungsmenge doch noch zu erreichen. Das erinnert natürlich stark an die Praktiken der russischen Stalinisten in den ersten "Planjahren".

Der militärische Charakter des ganzen Unternehmens schließlich kam dadurch zum Ausdruck,

daß die einzelnen Arbeitskräfte zunächst nach einem Erfassungssystem ausgehoben, in militärische Einheiten eingegliedert und von Kadern kommandiert wurden. Diese Konzeption einer permanenten Mobilisierung der Bauernmassen, die die traditionellen, ethnischen und territorialen Grenzen durchbrechen sollte, verlor mit dem baldigen Aufkommen der Produktionsmannschaft (PM) an Schubkraft. Da die PM nämlich mit kleineren Dörfern oder mit Sektionen größerer Ortschaften identisch ist, hatte der Bauer nunmehr wieder wie eh und je Gelegenheit, auf seinem eigenen Feld zusammen mit seinen Verwandten oder Bekannten den "alten Trott" fortzusetzen.

Diese Konzessionen hatte man sehr bald nach Beginn der VK-Bewegung den Bauern zugestehen müssen, und sukzessive verschwand das rigorose Konzept der VK: Die großen Träger der Kollektivierungswelle, die VK, standen zwar in ihrer Fassade noch unversehrt da; im Inneren aber zerfiel die Wirtschaft in zahlreiche wieder vor sich hin wirtschaftende Minieinheiten. Die eigentliche Entscheidung über Produktionspläne, Verteilung von Produktionsmitteln und Gewinnverteilung hing letztlich von der autonomen Entscheidung der PM ab: Die Landwirtschaft war eben wieder in den Schoß der Familien - und zum Teil der alten Clans - zurückgekehrt. Jedes Mitglied konnte den Wirtschaftsprozess überschauen und hatte wieder Gelegenheit, in seine eigenen Taschen zu wirtschaften. Alle Konzeptionen, nach denen die Landwirtschaft wie ein Industriebetrieb verwaltet werden sollte, waren so zunichte gemacht. Ende 1961 entsprachen damit Besitzstand und Produktions- sowie Verteilungsweise wieder der Situation am Vorabend der VK-Bewegung.

Und der Verfall der VK-Bewegung begann praktisch in dem Augenblick, in dem sie gestartet wurde, denn mit naturwüchsiger Gewalt machte sich der Widerstand der Bauern breit und führte - zusammen mit einem organisatorischen Chaos - schon 1959 zu dem entscheidenden Kollaps: Mit rd. 170 Mio. t sank die Getreideernte entgegen der Rekordernte von 1958 mit ca. 205 Mio. t wieder unter das Niveau von 1955 - und das bei wachsender Bevölkerung, wobei Mao noch in seiner manischen Fixierung auf den Menschen als Arbeitskraft jegliche Geburtenkontrolle aufgehoben hatte. Bei dem zentralen Gewicht der Landwirtschaft in China ergaben sich bald die notwendigen Konsequenzen für Leicht- und Schwerindustrie. In einer Kettenreaktion fielen mit jeweils einjähriger Verspätung deren Produktionszahlen - und zwar in der Leichtindustrie, die vor allem agrarische Primärprodukte verarbeitet, ab 1960 und in der Schwerindustrie ab 1961. Dort hatten sich gewaltige Überkapazitäten gebildet, was konkret eine Vergeudung von Rohstoffen und Arbeitskräften bedeutete. Das "neue" China hatte damit seine erste Wirtschaftskrise aufgrund extremer Disproportionalitäten zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen.

Eines hatte sich damit für alle Beteiligten gezeigt: Durch alleiniges Abstellen auf die Arbeitskraft gewann man weder die notwendige Kontrolle über den Agrarbereich noch die entscheidende langfristige Steigerung der Agrarproduktion. Die Verbesserung der Erträge hauptsäch-

lich durch Forcierung der absoluten Mehrwertproduktion, d.h. der maximalen Ausschöpfung des Arbeitspotentials bei verbesserter Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung war an eine entscheidende Grenze gestoßen. Eine Fortsetzung der Mobilisierung hatte nur einen katastrophalen "Großen Sprung zurück" gebracht.

Hier sind wir beim zentralen Punkt der Kontroverse innerhalb der chinesischen Bourgeoisie, die sich populär als "Kampf zweier Linien" manifestiert. Dabei handelt es sich nie um grundsätzliche Fehden zwischen den beiden Fraktionen, die nach außen ihre Hauptrepräsentanten in Mao und Liu Schao-ch'i fanden. Beiden ging es vielmehr allein um den jeweils optimalen Weg der Industrialisierung. In der strategischen Zielsetzung war man sich also immer einig, umstritten war nur die Taktik. Wenn beide sich gegenseitig des Abgehens vom Pfad sozialistischer Tugend bezichtigten, üben sie sich nur in dem ihnen eigenen inhaltslosen Wortgeklingel - was allerdings für die staunende Außenwelt keineswegs ohne Belang ist. Denn während die "Götter" sich darüber streiten, wie man am besten das "Volk" ausbeutet, liegt es im Interesse beider Fraktionen, daß Bauern und Arbeiter vom Wortschwall berauscht, nicht die schwachen Grundlagen des chinesischen Kapitalismus in Frage stellen.

Zunächst noch einmal zurück zu Mao. Er machte seine entscheidenden Erfahrungen in Yen-an, dieser abgelegenen chinesischen Ecke, wo er seine Mannen auf dem legendären "Langen Marsch" vom Oktober 1934 bis Oktober 1935 über rd. 12 500 km geleitet hatte - diesmal in ein keineswegs gelobtes Land. Aber den rd. 30 000 Maoisten, die sich allmählich in dieser ärmlichen Ecke mit rd. 3 Mio. Bauern einfanden, blieb nichts anderes übrig, als sich hier ihre Subsistenzbasis zu schaffen. Bald durch eine Blockade der Japaner weitgehend vom übrigen China abgeschlossen, ergab sich einfach automatisch eine Konzentration auf die im eigenen Machtbereich vorhandenen Ressourcen und ihre optimale Nutzung, um einen größtmöglichen Betrag zur Finanzierung des Krieges abzuzweigen. Die Ausgangslage war überaus kläglich. Diese Region war bis dahin fast völlig von jeder modernen, sei es national oder imperialistisch initiierten Entwicklung unbeflüßelt. Arme Bauern fristeten ihr dürftiges Leben auf kargen Böden. Der Einfluß der lokalen Grundbesitzer und die Pacht- und Zinsbelastungen bestanden ungebrochen, allerdings war in dieser gottverlassenen Gegend der Anteil der Eigentümer-Bauern eben wegen der ärmlichen Verhältnisse sehr hoch.

Dies bildete also Maos entscheidendes Experimentierfeld für soziale Umwälzungen. Da man den Bauern nicht mehr einfach durch vermehrten Druck Überschüsse abpressen konnte, wie dies unter den weitaus besseren Bedingungen Südchinas während der vor dem langen Marsch liegenden Kiangsi-Periode z.T. der Fall gewesen war, mußte man jetzt vor allem erst einmal Maßnahmen zur Produktionssteigerung ergreifen, um dann kasieren zu können. Die erste Methode wurde allerdings auch wieder in der ersten Hälfte der 50er Jahre angewandt, als die Finanzierung der Schwerindustrie über den Staatshaushalt durch starke und wachsende Belastungen des Agrarsektors aufgebracht wurde, ohne gleich-

zeitig eine Entwicklung der Landwirtschaft einzuleiten.

In Yenan praktizierte man unter den Bedingungen der erzwungenen Autarkie eine keineswegs radikale Durchorganisation der Landwirtschaft. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können [vgl. dazu Peter Schran, *Guerilla Economy. The Development of the Shensi-Kansu-Ningsia Border Region, 1937-1945*, Albany 1976], sollen hier nur die Grundzüge festgehalten werden: Hauptmittel zur Steigerung der ländlichen Produktion waren verbesserte Arbeitsorganisation und Massenmobilisierung, Bildung von Genossenschaften und Arbeitsaustauschbrigaden. Auf der Basis der Hausindustrie wurde eine Kleinindustrie entwickelt, die gleichzeitig den sozialen und technischen Wandel auf dem Dorf provozieren sollte. Dezentralisierung der Wirtschaftsentscheidungen bei gleichzeitigem Versuch einer einheitlichen Koordinierung war das Mittel, den lokalen Bedürfnissen Rechnung zu tragen und Transportkosten zu sparen. Insgesamt stehen also Methoden im Vordergrund, die aus eigener Kraft der Bauern zu bewältigen sind und die immer den politischen Mobilisierungseffekt miteinbeziehen. Betont wird das Primat der Arbeitskraft bei weitgehender Vernachlässigung des technischen Einsatzes. Zentraler Glaubenssatz ist deshalb für Mao: *"Unter allen Dingen in der Welt sind die Menschen das Wertvollste. Unter der Führung der Kommunistischen Partei kann - solange es Menschen gibt - jedes Wunder auf Erden vollbracht werden."* (Mao IV/484) Deswegen auch sein ewiger Appell an sein "Volk" und die Propagierung von immer neuen Modellhelden mit den üblichen Standards von Bescheidenheit, Selbstdisziplin, Furchtlosigkeit, Opferbereitschaft. Als vorbildlich wird also eine Haltung dargestellt, die eine Leugnung eigener Bedürfnisse, Interessen und Wünsche verlangt. Ganz nach dem bekannten Motto *"Gemeinnutz geht vor Eigennutz"* geht diese Dressur bis zum Märtyrertod für's Kapital.

Im Großen Sprung sollte diese Taktik des Kapitals ihre vertiefte Anwendung finden. Aber auch in späteren Jahren ging Mao trotz des offensichtlichen Scheiterns nie von dieser einseitigen Fixierung ab. Vielmehr fand sie ihre erneute Bekräftigung in der Musterbrigade Dazhai, die Mao ab 1964 als Modell für die Landwirtschaft pries. Interessant ist aber, daß auch er nicht mehr eine Volkskommune in den Mittelpunkt stellt, sondern sich auf die mittlere Einheit der Produktionsbrigade stützt (die untere ist die Produktionsmannschaft). Diese Brigade von rd. 400 Bauern im nördlichen Lößgebiet entspricht seinen Wünschen, deren Maßstäbe jetzt allerdings deutlich bescheidener geworden sind, denn eine Brigade entspricht als größeres Dorf in etwa einer früheren *"vollkollektivierten"* landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG). In Dazhai verzichten die Bauern auf ihr Privatland, orientieren sich vor allem auf ihre eigene Kraft und praktizieren ein einheitliches Entlohnungssystem. Jeder bekommt pro Arbeitstag die gleichen Arbeitspunkte. Die Höhe dieser Arbeitspunkte wird einmal im Jahr auf einer Versammlung für jeden festgelegt, wobei die eigene Einschätzung von den Anwesenden diskutiert und festgesetzt wird. Da natürlich gemäß dieser Logik nur derjenige ein guter Mensch

ist, der vor allem am Allgemeinwohl orientiert ist, ist ein Bauer um so fortschrittlicher, je geringer er seine eigene Entlohnung ansetzt. Wahrlich eine Perfektionierung der freiwilligen Unterwerfung der Bauern unter die langfristigen Interessen des Kapitals. Von solch einer freiwilligen Kasteiung ihrer Arbeiterklasse träumen natürlich alle Kapitalisten. Nur fragt sich, ob es wirklich funktioniert. Für den Brigadechef Ch'en Yung-kuei hat sich der Einsatz jedenfalls gelohnt. Er machte eine steile Karriere: der 9. Parteitag wählte ihn 1969 ins ZK, auf dem 10. Parteitag 1973 kam er ins Politbüro und 1975 wurde er noch Vize-Premierminister.

Nun war die Betonung der Arbeitskraft durch Mao sicher gar nicht so falsch. Zumindestens weiß er um die einzige Quelle, die Mehrwert schaffen kann, Bescheid, was ältere Bourgeoisien angesichts ihres riesigen Maschinenparks durchweg aus den Augen zu verlieren scheinen. Und für das weitgehend industrieloze China lag in der Forcierung des absoluten Arbeitseinsatzes auch sicher eine zwingende Notwendigkeit. Aber diese Methode zeigte eben schon bald ihre klaren Grenzen. Sicher konnten infolge der Kollektivierung ab 1956 erhebliche Mengen saisonal oder ganzjährig brachliegender Arbeitskräfte mobilisiert werden. Aber insgesamt erwies sich, daß die Arbeitsproduktivität nur insofern gesteigert werden konnte, als die jährliche Arbeitszeit pro Arbeitskraft erheblich ausgedehnt wurde. Die getroffenen Maßnahmen waren nicht in der Lage, die Produktivität pro Arbeitstag zu steigern. Hier mußte im Gegenteil vor allem in der VK-Bewegung eine sinkende Produktivität in Kauf genommen werden. Besonders der fast totale Mangel an moderner Agrartechnik erwies sich immer stärker als Schranke, d.h. die lange hinausgezögerte "Grüne Revolution" mußte endlich in Angriff genommen werden.

Zwar gab auch Mao Ende 1959, als das Scheitern seines Sprungs schon offensichtlich war, die Parole aus: *"Der grundsätzliche Ausweg für die Landwirtschaft liegt in der Mechanisierung"*, aber jetzt brach die Stunde der Liuisten an. Liu hatte schon vorher stets betont, daß der Kollektivierung die Mechanisierung vorausgehen müsse. Den Tenor der wachsenden Kritik gegen den Aktivismus Maos formulierte der Verteidigungsminister Peng Dehuai auf der Lushan-Konferenz im Sommer 1959 in einem Brief an Mao so: *"Das 'Politik-an-die-erste-Stelle-setzen' ist keineswegs ein Ersatz für wirtschaftliche Grundsätze und noch weniger für die konkreten Maßnahmen bei der Wirtschaftstätigkeit."* [Schreiben P'eng Te-huais an Mao Tse-tung v. 14. Juli 1959, in: J. Glaubitz, *Opposition gegen Mao*, Olten 1969, S. 194] Trotz der im ganzen zähmen Kritik sah Mao darin eine Majestätsbeleidigung. Doch erst nachdem er die Vertrauensfrage gestellt und mit der Wiederaufnahme der Guerillatätigkeit gedroht hatte, gelang ihm die Verdammung von Peng - der im übrigen von Lin Biao ersetzt wurde.

Die Entwicklung war jedoch nicht mehr aufzuhalten. In den Hungerjahren 1960-62 ergab sich vielmehr eine spontane Dekollektivierungs- und Reprivatisierungsbewegung, die man erst ab 1963 sukzessive eindämmen konnte. Die reorganisierten VK, wie sie etwa seit 1963 Ge-

stalt annahmen, schlossen sich in ihrer Struktur sehr organisch an die Kollektivierung 1956/57 an. Der Boden ging wieder aus dem Besitz des Haushalts in das der PM über. Die Zahl der VK wurde verdreifacht, und es ergab sich jetzt folgendes Verhältnis: rd. 74 000 VK, 500 000 PB u. rd. 3 Mio. PM. Sicher nicht zufällig entsprach damit die vertikale Gliederung in PM, PB u. VK den traditionellen Einheiten des vorrevolutionären Chinas von Marktgemeinde, Dorf und Nachbarschaft. (Ab 1970 wurde im übrigen die Zahl der VK wieder auf etwa 50 000 gesenkt.) Erst nachdem man den Zerfallsprozeß in der Landwirtschaft gestoppt hatte, konnten die Vertreter des chinesischen Kapitals ab September 1962 wieder eine längerfristige Orientierung setzen. Und jetzt waren die Liuisten eindeutig am Ruder. Neben dem Slogan "Die Landwirtschaft ist die Grundlage und die Industrie der führende Faktor" wurden die sog. "Vier Transformationen" für die Landwirtschaft verkündet. Damit waren die Mechanisierung, die Elektrifizierung, die Ausweitung der mechanischen Bewässerungsanlagen und der Einsatz von chemischem Dünger gemeint.

Dies war der Beginn der "Grünen Revolution" in China, deren Prinzipien bis heute von keiner Fraktion bestritten wurden. Unter dem Begriff "grüne Revolution" versteht man im biologischen Sinn die Züchtung und Verbreitung neuer Satten, sog. Hochleistungssorten. Dieses neue Saatgut bringt aber nur dann höhere Erträge, wenn gleichzeitig bestimmte Mengen Wasser, Dünger und Pflanzenschutzmittel verabreicht werden. Neben die biologische tritt also eine technische Revolution, da die überkommenen Anbaumethoden geändert werden müssen. Die "vier Transformationen" sind also nichts anderes als die chinesische Formulierung der technischen Voraussetzungen zur intensiven Landwirtschaft auf wissenschaftlicher Basis. Der technische Wandel setzt wiederum bestimmte ökonomische und soziale Mechanismen in Gang, da die Herstellung der neuen Rohstoffe für die Landwirtschaft finanziert, das Produzentenverhalten von Subsistenzsicherung auf Überschuß- und damit Marktproduktion umgestellt werden muß und die Herstellung und Anwendung der neuen Agrartechnik infolge von Spezialisierung und Arbeitsteilung erhebliche Einflüsse auf das traditionelle ländliche Sozialgefüge ausüben. Diese Auswirkungen sind natürlich langfristig, aber vom Effekt ermöglichen sie genau das, was Mao im Großen Sprung auch erreichen wollte - die Aufbrechung der traditionellen Agrarstruktur und damit eine Verbesserung der Erträge. Was aber bei Mao weitgehend in der Luft hing, wird jetzt substantiell ausgeführt. Erst die sukzessive reale Unterwerfung des Agrarbereichs unter die Bedingungen der kapitalistischen Produktion garantiert eine nachhaltige Zerstörung überkommener Produktionsverhältnisse - natürlich letztlich auch mit dem Ziel, die gesamte Landwirtschaft in Staatsregie zu nehmen und den Bauern in einen Landarbeiter zu verwandeln.

Aber das ist noch Zukunftsmusik, denn mit der Stellung der Aufgabe fangen die eigentlichen Probleme erst an. Nur ein Beispiel: Um von den rd. 100 000 im Jahre 1964 vorhandenen Traktoren auf die zur Vollmechanisierung (Kriterium: auf 670 ha. Ackerland fallen 7 Traktoren à 15

PS) benötigte Zahl von 1,1 Mio zu kommen, bräuchte China, wenn die Produktion nicht erheblich gesteigert würde, fast 100 Jahre! [Anm. Zwischen 1958 und 1964 erhöhte sich die Traktorenzahl von 45 330 auf 100 000 Stück, vgl. China aktuell, Nov. 1972, S. 28]

Auf dezentraler Ebene wurde die Kleinindustrie auf dem Lande intensiviert und vor- wie nachgeschaltete Fabriken und Werkstätten wurden mit der Landwirtschaft zu agroindustriellen Komplexen ausgebaut. Dabei lieferten erstere die agrarischen Grundstoffe wie Dünger, Zement und Steine für die Bauvorhaben, Elektrizität usw., während letztere die landwirtschaftlichen Produkte weiterverarbeiteten. Hier entstand mit der Zeit ein durchaus beachtlicher Bereich: Die Gesamtzahl der ländlichen Kleinbetriebe betrug Mitte der 70er Jahre ohne die städtische Kleinindustrie ca. 500 000. Sie beschäftigte ca. 10 - 17 Mio. Lohnarbeiter. 1973 waren das 36,2% der gesamten Industriearbeiterschaft. Gemessen an den ländlichen Arbeitskräften ergab das allerdings nur eine Quote von 5%, die seit 1973 offenbar nicht mehr ausgedehnt wurde. Die Betriebe waren insgesamt technisch wenig entwickelt und entsprachen eher Handwerksbetrieben. In ihrer Leitung unterstanden sie allein der örtlichen Verwaltung.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, ergeben sich durch diese Agrarpolitik zusammenfassend folgende Effekte: Durch die Bereitstellung von für die Landwirtschaft wichtigen Grundstoffen konnte die Flächenproduktivität im Durchschnitt erheblich gesteigert werden. Diese Steigerung reichte aus, mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten und eine weitgehend stabile und ausreichende agrarische Pro-Kopf-Produktion zu erzielen. Da die zum Einsatz kommende Technik zur Herstellung agrarischer Grundstoffe wie der technische Grad der Arbeitsmittel und Rohstoffe selber - einfache Maschinen, geringe Energieleistung, geringer Nährgehalt des Düngers - vergleichsweise niedrig waren, konnte die Arbeitsproduktivität allerdings kaum gesteigert werden. Der Ersatz von Kapital durch Arbeitskraft spielte also immer noch eine tragende Rolle. Die stagnierende Arbeitsproduktivität und, was noch wichtiger war, die stagnierende Pro-Kopf-Produktion seit Anfang der 70er Jahre, deuteten klar auf Grenzen dieser Strategie hin.

Die ehrgeizigen Pläne der chinesischen Kapitalisten in punkto Agrarerträge konnten deshalb trotz aller Anstrengungen nie erreicht werden. Bedenkt man das zentrale Gewicht der Landwirtschaft für die gesamte chinesische Wirtschaft, so mußte das deutliche Konsequenzen für das Tempo der Industrialisierung haben.

1960 verabschiedete man nach längerer kontroverser Beratung z.B. das sog. "Nationale Entwicklungsprogramm der Landwirtschaft 1956-67" - kurz Zwölfjahresprogramm genannt. Ziel des ursprünglichen Plans war es, bis 1967 eine Gesamtgetreideernte von rd. 360 Mio. t. jährlich zu erreichen [vgl. Leslie T.C. Kuo, The Technical Transformation of Agriculture in Communist China, New York 1972, S. 9-10, 241-262]. Bei einer Bevölkerung von 1967 ca. 780 Mio. wäre eine Pro-Kopf-Produktion von

rd. 460 kg erzielt worden, was natürlich nicht klappte. Dieses Programm sollte dann in einer Neuauflage im Zeitraum 1968-80 erneut anvisiert werden, was bis zum Umschwung unter Deng/Hua auch wieder voll danebenging. Der tatsächliche Leistungsstand lag z.B. 1975 bei rd. 265 Mio.t (ohne Soja). Bei einer geschätzten Bevölkerung von ca. 880 Mio. ergab sich eine Pro-Kopf-Produktion von rd. 300 kg. Da 1975-77 die Grundnahrungsmittelproduktion im wesentlichen stagnierte, hat sich an diesem Problem also praktisch bis heute wenig geändert.

Dies ist deshalb besonders gravierend, weil von der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung zu einem guten Teil die Zukunft des gesamten Industrialisierungsprogramms abhängt. Durch die 1963 nach dem Desaster der "Großen Sprungs" eingeleitete Politik der "Vier Transformationen" sollte deshalb nicht nur eine Getreideerzeugung von rd. 360 Mio. t bzw. 460 kg pro Kopf erzielt werden, sondern darüber hinaus war eine beträchtliche Steigerung der sog. Industrieernte (vor allem Baumwolle, Ölfrüchte, Zucker, Tee, Tabak usw.) vorgesehen. Entsprechend den Hektarertragssteigerungen der Getreideerzeugung sollte die Gesamtgetreidefläche zugunsten der Industrieernten Schritt für Schritt verringert werden. Unter dem Schlagwort "Drei-Drittel-Politik" wurde diese Zielvorstellung Teil des Zwölfjahresplans. Dies sollte bedeuten, daß jeweils rd. ein Drittel der gesamten Agrarfläche für Getreide, Industrieernten sowie Gemüse und Obstanbau zur Verfügung stehe. Man sieht, welche gewaltigen Aufgaben im aktuellen Programm der jetzigen Modernisierungsanstrengungen zu bewältigen sind: Daß sie sich bis jetzt als undurchführbar erwiesen hatten, war ja schon für die Getreideproduktion demonstriert worden. Zusammen aber mit der "Drei-Drittel-Politik" wird das Auseinanderklaffen von Plan und Wirklichkeit noch deutlicher: Statt der erwarteten 360 Mio. t Getreide auf einem Drittel der jährlich bebauten Fläche wurde 1975 nur 265 Mio. t auf rd. drei Viertel der jährlich bebauten Fläche erzielt.

Trotz aller Anstrengungen, die die Vertreter des chinesischen Kapitals nach ihrer Machteroberung unternommen hatten, konnte China also keinen entscheidenden Durchbruch seiner Agrarproduktion erreichen. Die landwirtschaftliche Produktion - insbesondere die Getreideproduktion - stieg nur unwesentlich schneller als die Bevölkerung. Die deutlich feststellbaren Verbesserungen des ländlichen Lebensstandards wurden nicht durch ein gesteigertes Produktionswachstum erzielt, sondern in erster Linie durch eine spürbare Verbesserung der Austauschrelationen zwischen Industrie und Landwirtschaft zugunsten der Landwirtschaft - gingen also letztlich auf Kosten einer forcierten Industrialisierungspolitik.

Der bisherige Aufwand an agrarkapitalistischen Investitionen brachte immerhin in absoluten Zahlen eine Mehrerzeugung von 1975 rd. 80 Mio. t gegenüber 1957 (185 Mio. t). Wesentliche für diese Steigerung waren vor allem die Bereiche Wasserbau und Düngemittel. Gewaltige Be- und Entwässerungssysteme vor allem in Mittel- und Südchina ermöglichten dort eine bedeutende Ausdehnung der Zwei- und Drei-Ernten-Flächen. Es erscheint aber, daß auch diese Entwicklung vorläufig an ihre Grenzen gestoßen ist. Auch eine ver-

mehrte Düngung ohne zusätzlichen Einsatz der anderen agrartechnischen Bereiche wie Saatgutforschung, Be- und Entwässerung sowie Mechanisierung erweist sich ab einem gewissen Punkt als ziemlich wirkungslos. Wegen der besonderen Anstrengungen in Südchina hat die chinesische Reisproduktion nahezu Weltstandard erreicht. Hier dürften in Zukunft nur relativ geringe Wachstumsraten zu erzielen sein.

Im Gegensatz dazu scheint ein grundsätzlich größerer Spielraum für die Trockengetreideerzeugung in den nördlichen Gebieten Chinas, insbesondere in der Nordchinesischen Tiefebene, gegeben zu sein. Hier liegen die Hektarerträge erheblich unter dem Weltstandard. Grundvoraussetzung für entsprechende Ertragssteigerungen ist jedoch ein groß angelegter Ausbau der regionalen Wassersysteme in den traditionellen Weizenprovinzen nördlich und südlich des Gelben Flusses. Im Gegensatz zu den südchinesischen Anbaugebieten und zur Agrarregion entlang des Yantsekiang ist dieser Ausbau bisher nur in bescheidenem Maße erfolgt. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in der gänzlich anders gearteten Problematik der Nordchinesischen Tiefebene, und während im südlichen China der Entwässerung eine mindestens ebenso große Bedeutung zukommt wie der Bewässerung, machen die häufigen und langanhaltenden Sommerdürrezeiten Nordchinas Fragen der Bewässerung zum Hauptproblem. Von den grundsätzlich gegebenen drei Möglichkeiten - Grundwasser - schon weitgehend ausgenutzt, Wasser vom Gelben Fluß - zu verschlammt -, bleibt im Grunde nur die Ableitung eines Teils der Wassermassen des Yangtsekiang in die Tiefebene. Pläne dazu bestanden schon seit langem, aber zu ihrer Realisierung sind so gewaltige Mittel erforderlich, daß sie bislang die Kräfte Chinas überstiegen. Im Rahmen der "Vier Modernisierungen" wurde auch auf dem 5. Nationalen Volkskongreß im März 1978 dieses Projekt wieder ernsthaft in Angriff genommen. Der Plan sieht die Umleitung von Wasser des Yangtse über tausend Kilometer nördlich nach Tientsin vor und soll etwa der Route des alten Großen Kanals folgen, der zur Hauptwasserstraße zwischen dem Norden und dem Süden ausgebagert, für 4 Mio. ha von Dürre betroffenen landwirtschaftliche Flächen Bewässerung bringen soll. [New China News Agency (NCNA), 25.8.78] Solange dieses gewaltige Vorhaben nicht realisiert ist, wird die chinesische Getreideerzeugung auch weiterhin in einem Wettlauf mit dem Bevölkerungswachstum stehen.

Zum besseren Verständnis der chinesischen Agrarprobleme müssen wir aber noch einmal auf die Konsequenzen der "Grünen Revolution" eingehen. Aufgrund der Größe des Landes und der mangelhaften Infrastruktur betrieb der chinesische Staat bekanntlich von Anfang an eine Politik der regionalen Autarkie. Das bedeutete für die Landwirtschaft eine Tendenz zu unterschiedlichen Entwicklungsstufen je nach vorliegenden natürlichen Bedingungen. Zwei Schlüsselbegriffe - sichere Ertragsgebiete und sichere Hohertragsgebiete - beinhalten sowohl die vorrangigen Zielvorstellungen der chinesischen Mechanisierungspolitik als auch die Unterscheidungsmerkmale für die ärmeren und reicheren Agrarregionen. Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche Chinas beträgt ca. 140

Mio. ha; 33 Mio. ha oder rd. ein Viertel sind sog. "sichere Ertragsflächen", und wiederum ein Teil davon - 1971 geschätzte 13 Mio. ha bzw. ein knappes Zehntel der gesamten Nutzfläche wird als sog. "sichere Hohertragsfläche" deklariert [vgl. A.L. Erisman, China: Agricultural Development 1949-71, in: People's Republic of China: An Economic Assessment, A Compendium of Papers Submitted to the Joint Economic Committee, Congress of the United States, S.134] Ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche kann also als relativ reicheres Gebiet eingestuft werden. Die Hauptziele der landwirtschaftlichen Mechanisierungspolitik liegen darin, die "sicheren Ertragsflächen" zu festigen und mehr noch den Anteil der "sicheren Hohertragsflächen" zu steigern. Nur in zweiter Linie erstrecken sie sich auf die Agrarregionen mit nichtklassifizierten Anbauflächen. Diese Prioritäten lassen sich in einigen wenigen Vergleichszahlen deutlich ablesen. Seit 1963 ist die Gesamthektarzahl der "sicheren Anbauflächen" nicht mehr gestiegen. In jenem Jahr betrug sie offiziell 33,5 Mio. ha [NCNA, 30. 11.1963]. Das heißt, die konkrete Agrarpolitik war weder vor noch nach der Kulturrevolution darauf ausgerichtet, die ungünstigen Agrarregionen mühsam mit "sicheren Anbauflächen" zu versorgen, sondern sie konzentrierte sich darauf, innerhalb der bereits bestehenden "sicheren Anbaugebiete" den Anteil der "sicheren Hohertragsgebiete" zu steigern. Die "sichere" Gesamtanbaufläche wurde seit der Zeit des Ersten Fünfjahresplans 1953-57 - abgesehen von einer kurzen Episode 1958/59 - nicht mehr vergrößert. Im Gegensatz dazu stieg die Gesamtzahl für die "sicheren Hohertragsgebiete" mit energiebetriebenen Be- und Entwässerungsnetzen sowie einem relativ hohen Grad an maschineller Ausstattung von 1963 7,6 Mio. ha auf die bereits erwähnten 13 Mio. ha 1971. [vgl. Erisman, S. 134] und ist seither ständig weiter ausgedehnt worden. Hauptziel der Mechanisierungspolitik ist also nicht die quantitative Neugewinnung rentabler Ertragsflächen in den wirtschaftsgeographisch benachteiligten Regionen Chinas, sondern die Steigerung der Produktion in denjenigen Gebieten des Landes, die bereits seit den frühen 50er Jahren als die agrarischen Zentralregionen gelten. Die Politik des "Auf-zwei-Beinen-Gehens" hat diese Entwicklung eher verfestigt als revidiert.

Das bedeutet natürlich keine absolute Vernachlässigung der ärmeren Regionen. Spätestens seit 1972 dient Dazhai als praktisches Demonstrationsmodell dafür, was alle diejenigen Gebiete zu tun haben, denen staatliche Unterstützung kaum zufließt.

Neben den Maßnahmen zur Beruhigung der Bauern und zur Förderung ihrer materiellen Leistungsmotivierung wie Gewährung von Privatland, Nebentätigkeit, freie Märkte, neue Entlohnung etc. konzentrierte sich also die Agrarpolitik auf einen zunehmenden Ausbau der landwirtschaftlichen Produktivkräfte. Dabei nahm man wachsende Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen ganz im Gegensatz zur geläufigen Phrase vom Abbau der Unterschiede zwischen Stadt und Land bewußt in Kauf. Da man der "Privatinitiative" der Bauern insgesamt mehr Raum gab, entwickelte sich eine soziale Differenzierung innerhalb der einzelnen Regionen.

Und überhaupt mußten die agrarkapitalistischen Bemühungen eine gleichsam naturwüchsige Tendenz zur Arbeitsteilung, Spezialisierung und allgemeinen Klassenbildung begünstigen. Waren aber Auszehrung der VK und Anschwellen des Bürokratismus noch angegangen, so mußten die Maoisten vor allem über den damit einhergehenden Gesinnungsschwund bestürzt sein, der diesem als krämerhaft empfundenen System auf dem Fuße folgte. Dahin war es also mit der Revolution gekommen. Die Bauern - und natürlich auch die Arbeiter - lebten und arbeiteten wieder sichtbar ohne Rücksicht auf den "Gemeinnutz". Aber diesmal zog der neue Sturm weitgehend ungefährlich über den Bereich der Landwirtschaft, dies sicher auch, weil Mao von seiner Sprungktion kuriert, in weiten Teilen die neue Agrarpolitik der dezentralen Mechanisierung mit verantwortet hatte. Alle Versuche, die Bauern zu Lohnarbeitern mit Kadavergehorsam zu trimmen, blieben nicht zuletzt aus Angst vor einem neuen Produktionseinbruch im Vorfeld stecken. Insoweit brachte die Kulturrevolution keine grundlegende Änderung. Das Einschneidenste waren die Zwangsdeportationen revoltierender Rotgardisten ab 1968 und die Stationierung von Truppen der "Volksbefreiungsarmee", die darauf aufpaßten, daß die Bauern bei ihrem Protest gegen die Regierung nicht das Geschäft von Aussaat und Ernte vergaßen. Und auch wenn die Maoisten eine Stärkung des "Kollektivs" gegenüber den Einzelbauern im Sinne hatten, so war doch meistens der Partei- bzw. Staatsapparat eben gerade durch die maoistischen Attacken so weit paralysiert, daß die staatlichen Ankaufstellen nicht funktionierten, weswegen die Bauern gezwungen waren, zum freien Verkauf ihrer Erträge überzugehen. Auf diese Weise setzten sich ironischerweise in vielen Dörfern jene Produktionsverhältnisse durch, die die Maoisten bekämpfen wollten. Die Bemühungen des "engsten Waffengefährten" Lin Biaos, unter dem bezeichnenden Schlagwort "700 Mill. Menschen werden 700 Mill. Soldaten" ein Zurück zu den "Drei Roten Bannern" früherer Jahre zu probieren, scheiterten schnell am Widerstand der Bauern und der mit der Stimmung vertrauten Provinzchefs. Mit folgenden epischen Versen versuchte er sich als zweiter Mao: "Wir gehen in fliegenden Sprüngen voran, mit einer Geschwindigkeit, die einen Tag zu 20 Jahren werden läßt." Mit einer maoistischen Militärdiktatur wollte er endlich wieder Zucht in den Sauhaufen der chinesischen Bauern und Arbeiter bringen. Dabei ruhte das Auge des Meisters wohlgefällig auf seinem Jünger, denn auch ihm lag die Mobilisierung der Landbevölkerung zu ideologisch korrektem politischen Verhalten besonders am Herzen. Es ist eben immer das gleiche alte Lied: "Alle Untertanen werden aufgefordert, die Gefühle Ihrer Majestät zu teilen." (Büchner, Leonce und Lena, 111/3)

Aber die Bauern hatten jetzt gründlich die Schnauze voll. Sie antworteten auf diese maoistische Renaissance in einer Reihe von Dörfern mit Bummelstreiks während der Ernte. Im Spätsommer 1971 berichteten die Publikationsmedien der Provinzen Hunan und Fukien sogar von offenen Widerstandshandlungen der Bauern gegen Versuche der lokalen Parteiorgane, die Grundsätze der maoistischen Dazhai-Bewegung in den Dörfern durchzusetzen. Mag der Unmut auch nicht

immer offene militante Formen erreicht haben, so drohte doch der ganzen, sowieso immer auf dünnem Eis sich bewegendem Agrarpolitik eine schwere Gefahr, falls man die Bauern weiter provozierte. Seit Anfang Juli 1971 begannen die Anhänger eines pragmatischen Kurses in der Landwirtschaft in ihrer Kritik über die von Lin Biao vertretenen Vorstellungen hinauszugreifen und den maoistischen Ansatz von 1958 selbst wieder in Frage zu stellen. Hierzu bot die Kampagne gegen den Chefideologen Maos, Chen Boda, der an der Formulierung von Maos Vorstellungen 1958 maßgeblich Anteil gehabt hatte, einen willkommenen Anlaß. Das liest sich dann so: *"Im Sommer 1958 täuschte der pseudo-marxistische politische Schwindler vom Typ Liu Shao-ch'is den Vorsitzenden und peitschte in wahnwitziger Weise eine pseudo-kommunistische Hochflut in den Dörfern auf ... Daraus entstand Tyrannie, die den Massen große Leiden brachte."* [RMRB, 15.8.1971] Und dies wurde damals von der Mehrheit der Regionalkommandanten und des zivilen Verwaltungsapparats geteilt. Die Entscheidung über die Richtung der Landwirtschaftspolitik nahm so jene über das persönliche Schicksal Lin Biaos vorweg. Der Sturz des designierten Nachfolgers Maos war damit unvermeidbar geworden. Von nun an war von den Maoisten kaum noch mehr als ein permanentes Mäkeln zu vernehmen, in der Praxis bewirkten sie aber nichts. Höchstens störten sie mit ihren ewigen Attacken.

Die Versuche der Maoisten, die Erträge der Landwirtschaft vor allem über die extensive Ausbeutung der Arbeitskraft zu erzwingen, hatten in der kurzen Episode Lin Biaos einen neuerlichen Bankrott im Widerstand der Bauern erfahren. Ein Durchbruch zur höheren Agrarproduktion war so allein nicht mehr zu erzielen. Die in früheren Jahren betriebene dezentrale und hauptsächlich auf die Verantwortung der Kollektive abgestellte Agroindustrialisierung hatte nämlich in zweierlei Hinsicht zu Anfang der 70er Jahre immer deutlicher ihre Grenzen aufgezeigt. Die zur Anwendung gelangte einfache Agrartechnik hatte die Arbeitsproduktivität im Agrarbereich höchstens minimal gesteigert. Zweitens bewirkte die autarke, regionale Praxis eine zunehmende Differenzierung des Entwicklungsniveaus innerhalb des Agrarsektors. Anders als Lin suchten die Pragmatiker in einer Forcierung der *"Grünen Revolution"* den Ausweg: Seit 1973 wurden Maßnahmen eingeleitet, die das Schwergewicht der Agroindustrialisierung zu Ungunsten der Kleinbetriebe verlagern sollten.

Diese gleichsam dritte Phase chinesischer Agrarpolitik läßt sich gut am Beispiel der Chemiedüngerproduktion illustrieren. Nachdem man zunächst die in Kleinbetrieben erzeugte Düngerproduktion durch wachsende Importe ergänzte, wurden seit 1972/73 komplette Chemieanlagen geordert. Bis Januar 1976 - im Jahr 1976 erfolgten keine weiteren Bestellungen mehr - waren es 37 Anlagen im Auftragswert von mehr als 700 Mio. US \$ mit einer Gesamtkapazität von mehr als 15,17 Mio. Jato, was in etwa der gesamten ursprünglichen Produktion der Kleinbetriebe entsprach. Bei diesen Betrieben handelte es sich in Dimension und Technik um die modernsten und größten Produktionsstätten, die z.Zt. auf der Welt gebaut werden können. Interessant sind auch die Standorte: Soweit bekannt, liegen sie überwiegend in Regionen, die als *"sichere Hocheertrags-*

flächen" zu charakterisieren sind.

Auch wenn die Entwicklung in anderen Branchen nicht so massiv erfolgte, ist die Konsequenz dieser Maßnahmen doch deutlich: Auch wenn die Kleinindustrie in der zukünftigen Agrarpolitik sicher noch eine Rolle spielt, so haben sich aber die Gewichte klar zugunsten der Großproduktion verschoben. Die noch vorhandenen Kleinbetriebe werden darüber hinaus von autarken regionalen Einheiten immer mehr zu Zulieferern der Großen und so in ein überregionales Produktionsnetz eingespannt. Das ist allerdings noch Perspektive, aber die Richtung wurde klar nach dem Sturz Lins gelegt und im Programm der *"Vier Modernisierungen"* Chous vom Januar 1975 (V. Volkskongreß) fixiert und soll jetzt bekanntlich in der Ära des *"Neuen langen Marsches"* vollendet werden. Mit wachsender Umsetzung dieser agrarkapitalistischen Maßnahmen wäre damit in der Tat ganz im Sinne der maoistischen Visionen die traditionelle chinesische Landwirtschaft verändert worden.

II. Industrie

Von der Industrie war 1949 nicht mehr viel übrig, die Schwerindustrie in der Mandschurei demontierten zum Schluß noch die Russen. Später sollten sie ihren *"Brüdern"* als Ersatz ältere Maschinen verkaufen. Enteignet wurde nur das *"bürokratische Kapital"*, das im wesentlichen den vier Familien Chiang, Sung, Kung und Chen gehörte. Das *"nationale"* Kapital war ja Bundesgenosse und konnte zunächst wie gewohnt weitermachen. Bis 1956 wurde aber dieser Bereich auch verstaatlicht, wobei die Eigentümer durch regelmäßige Zinsen von 5% und meistens auch entsprechenden Gehältern abgefunden wurden. Diese Regelung wurde erst in der Kulturrevolution aufgehoben, soll aber jetzt unter der neuen Ordnung der Herren Hua/Deng wieder aufgenommen werden. Auch das ausländische Kapital behandelten die Maoisten sehr rücksichtsvoll. Japanischer, deutscher und italienischer Besitz war 1945 bereits von der KMT-Regierung kassiert worden.

Die zweite Welle der Enteignungen seit Ende 1950 betraf zunächst nur das US-Kapital und wurde den Maoisten quasi aufgezwungen. Als Reaktion auf den chinesischen Eintritt in den Korea-Krieg verhängte die Truman-Regierung unter Berufung auf den *"Trading with the Enemy Act"* von 1917 am 17.12.1950 ein Handelsembargo gegen China und beschlagnahmte sämtlichen chinesischen Besitz in den USA. Jetzt zogen die Chinesen am 29.12.1950 gleich. Auch diese Maßnahme war keineswegs entschädigungslos. Deswegen spielt dieser gegenseitige Ausgleich bei den Verhandlungen über einen Handelsvertrag 1979 noch eine Rolle.

Durch das Embargo waren die anderen ausländischen Betriebe praktisch von ihrer Zentrale abgeschnitten, weswegen nicht selten die jetzt erfolgenden Enteignungen auf ausländisches Ersuchen vorgenommen wurden. Die letzte englische Wollfabrik wurde aber erst 1959 nationalisiert.

Nach der Konsolidierung der ersten Jahre wurde bekanntlich die erste Investitionsphase vor allem mit russischen Lieferungen durchgeführt. In der ersten Planperiode (1953-57) beliefen sich die Bestellungen der Chinesen auf 156 Projekte mit Gesamtkosten von ca. 1,4 Mrd. US \$. Dabei sind diese Angaben, wie auch die Exporte Russlands und anderer "Ostblockländer" nach China in den folgenden Jahren bis 1963 keineswegs immer exakt. Wichtig ist hier nur der Einblick in die ungefähre Größenordnung: Insgesamt lieferte der Ostblock um die 200 Betriebe und schuf damit das Rückgrat der chinesischen Industrialisierung. Da sich die Russen, anders als während des Koreakrieges bei Rüstungskrediten, jetzt weit weniger spendabel erwiesen, und China vor allem mit agrarischen und mineralischen Rohstoffen die Rechnungen begleichen mußte, überstieg dieser Handel sehr bald die Potenzen der chinesischen Wirtschaft. Zusammen mit der Stagnation in der Landwirtschaft wurde bald klar, daß dieser Weg wirtschaftlich in die Sackgasse und politisch in wachsende Abhängigkeit von Rußland führen würde.

Maos Radikalkur des "Großen Sprungs" sollte ja nicht nur in der Landwirtschaft den Durchbruch schaffen. Die massenhafte Mobilisierung von Arbeitskraft sollte vor allem die industriellen Investitionen steigern. Der chinesische Arbeiter sollte bekanntlich Maos Wunderwaffe sein. Diesen Schöpfer des Mehrwerts galt es zu wahren Höchstleistungen anzuspornen und bei geringstem Eigenverbrauch für die Industrialisierung auszubenten. Und dieser Grundgedanke war sicher völlig richtig - nur die Umsetzung führte bekanntlich zur Katastrophe. Unter dem Schlachtruf "Auf eigenen Füßen stehen" setzte eine Industrialisierung des Landes ein, die in einer Unzahl von weitgehend wenig aufeinander bezogenen Kleinbetrieben die Produktion maximieren sollte. Diese "Sprungbetriebe" in den bäuerlichen Hinterhöfen produzierten wie wild Eisen und Stahl, ohne daß die Weiterverarbeitung überhaupt gesichert war. Diese Mißverhältnisse zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen führten zwangsläufig zur Krise. In der Schwerindustrie kommt der große Einbruch 1961 und damit wurde die "Sprungpolitik" auch endgültig gestoppt. Die bis zu 100 Mio. Bauern, die in der Eisen- und Stahlkampagne mobilisiert wurden, mußten wieder schwerpunktmäßig in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Die Überkapazitäten in der Schwerindustrie wurden schlagartig stillgelegt und der zwischen 1958 und 1960 produzierte riesige Eisen- und Stahlberg verrottete zum größten Teil.

Wie im Agrarbereich, setzten die Liuisten in der Industrie ihre Prinzipien durch. Der Vorrang der Schwerindustrie bleibt zwar unbestritten, doch plädiert man für eher mäßige Investitionsraten und ein gleichmäßigeres Wachstum. Man wendet sich gegen den Aufbau von Kleinbetrieben und umfangreiche Investitionen im Hinterland. Im großen und ganzen knüpft man an die Erfahrungen der Jahre vor dem "Großen Sprung" an. In den sog. "70 Artikeln zur Industriepolitik" schreibt man folgende Grundsätze fest: materielle statt politische Anreize, Manager statt Parteikomitees in der Betriebsführung, anstelle der Masselinie feste Regeln in der Betriebsführung, Verantwortlichkeit des Chefindingenieurs, gleichgewichtiges und stetiges Wachstum statt Sprünge, Verwendung von ausländischer Technik. Insgesamt betonen

die Liuisten das Einzelinteresse mit der klassischen These, daß die Summe der Einzelinteressen das Gesamtinteresse ausmache.

Durchgängig kritisiert diese Fraktion den "Großen Sprung" als irrational, als insgesamt verfrüht. Statt auf Quantität müsse vor allem auf Qualität der Produktion geachtet werden. Insgesamt müsse die Rentabilität bei allen Investitionen im Vordergrund stehen. Liu fordert dazu auf, das kapitalistische Management des Westens zu studieren und auch in der chinesischen Industrie das wirtschaftliche Rechnungswesen einzuführen. Die einzelnen Branchen sollen nach Art kapitalistischer Trusts unter zentraler Leitung der Ministerien und das Fabrikmanagement wie in kapitalistischen Betrieben organisiert sein. Dabei sollen die Ministerien nur die globalen Rahmenbedingungen vorgeben, während die einzelnen Betriebe weitgehend autonom nach wirtschaftlichen Kennziffern produzieren können. Die Profitmaximierung steht dabei ganz im Vordergrund. Wissenschaft und Technik sollen zur Produktivkraftentwicklung gezielt eingesetzt werden, wobei auch wieder die Notwendigkeit betont wird, vom entwickelten Kapital des Westens zu lernen. Stand bei Mao ganz die absolute Mehrwertproduktion im Vordergrund, so wird jetzt immer stärker die Notwendigkeit ihrer Ergänzung durch relative Mehrwertproduktion mit Hilfe einer verbesserten Produktivität und Intensität der Arbeit betont. Und das war auch nur konsequent, denn im Laufe der ersten Investitionsphase bis zum "Großen Sprung" war die Grundlage der Industrialisierung Chinas gelegt, und die Mittel der überwiegend extensiven Ausbeutung zeigten immer offener ihre Grenzen. Steht am Anfang jeder Industrialisierung vor allem die erste Installierung der Produktivkräfte unter einer eher langfristigen Perspektive, die nicht bei jeder Maßnahme allein nach den unmittelbaren Profiten fragen kann, so muß sich andererseits je nach dem Grad der Produktivkraftentwicklung gerade dieses Rentabilitätskriterium immer deutlicher als zentrale Aufgabe stellen. Ziel jeder kapitalistischen Akkumulation ist der Mehrwert, um ihn wieder investieren zu können. Was und wie produziert wird, bestimmen klare Gesetze, die zu mißachten letztlich nichts anderes als Vergeudung bedeutet. Diese Lektion war den chinesischen Kapitalisten während des "Großen Sprungs" überdeutlich demonstriert worden. Nicht der menschliche Wille bestimmt den Gang der Produktion, sondern das Wertgesetz diktiert Produktion und Verteilung nach Maßgabe der spezifischen kapitalistischen Logik. Als sich hinter dem Rücken der Produzenten herstellender gesellschaftlicher Zusammenhang und blindwirkender Regulator der kapitalistischen Produktionsweise bewirkt das Wertgesetz zweierlei: Es sichert die Durchsetzung der den jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte gemäßen Produktionsbedingungen und es verteilt die gesellschaftliche Arbeit den Erfordernissen des Akkumulationsprozesses entsprechend auf die verschiedenen Produktionssphären. Deshalb ist nicht erstaunlich, daß auch das chinesische Kapital, das von Anfang an weniger den Mythos des Plans betonte, sondern vielmehr eine dezentral-einzelbetriebliche Industrialisierung betreiben mußte, ziemlich bald mit diesen Gesetzmäßigkeiten Bekanntheit machen mußte. Im Laufe der Wirtschaftsentwicklung konnte man sich jedenfalls die Unschuld Maos nicht mehr leisten. Ganz im Sinne der stalinistischen

Propaganda sollte auch jetzt das "Wertgesetz" für die "Planung" furchtbar gemacht werden. Der Haupttheoretiker dieser Diskussion war Sun Ye-fang. Er gab der liuistischen Politik ihren theoretischen Anstrich. Sun, von dem der Ausspruch überliefert ist "Ich gehe weiter als Liberman"^{**}, war ein massiver Kritiker der maoistischen Praxis des "Großen Sprungs". Nach seiner Ansicht mußte die Generallinie lauten: "Einheit von Kosten und Nutzen oder die Erzielung eines Maximums an Nutzen bei einem Minimum an Kosten". Um unzureichende Nutzung von Ressourcen, ineffektive Betriebsführung und Verschwendung zu vermeiden, sollte das Nettoprodukt, also die jeweilige Verwertung des Kapitals, gegenüber dem Bruttoprodukt im Vordergrund stehen. Die Planung sollte sich weniger am Gebrauchswert als an der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit orientieren. Ob dieses Kriterium erfüllt wird, mißt sich am Profit, den ein Unternehmen macht. Nettoprodukt und Profit sind somit die zentralen Planziele, wobei das Nettoprodukt als Produktionswert abzüglich der Produktionskosten und der Profit als Nettoprodukt abzüglich der Löhne definiert wird. Das Planziel der Profitmaximierung soll also ganz richtig in erster Linie durch Kostenminimierung erreicht werden. Statt Mengen sollen den Betrieben deshalb Profitkennziffern vorgegeben werden. Danach sind die Betriebe angehalten, die produktivste Technik und Arbeitsorganisation anzuwenden, Rohstoffe zu sparen und die Produktionsmittel effektiv zu nutzen.

Auch wenn hier nicht detailliert auf die Diskussion um Wertgesetz und Planung in China eingegangen werden kann, so wird aus dem hier kurz skizzierten doch klar, daß Sun mit erfreulicher Offenheit die objektiven Gesetze der kapitalistischen Akkumulation als auch für die chinesische Produktion allein gültig aufzeigt. Natürlich wird das alles durch Schwüre auf den Sozialismus garniert, aber insgesamt konnten sich die Vertreter des chinesischen Kapitals keine Selbsttäuschung mehr leisten. In Theorie und Praxis setzte so die Mannschaft um Liu Daten, hinter die man in den folgenden Jahren nicht mehr zurückfallen konnte. Das war auch um so weniger möglich, als diese Politik nichts anderes tat, als der sog. "normativen Kraft des Faktischen", also den immanenten Gesetzen des Kapitals ihren Tribut zu zollen.

Verbunden mit der Entwicklung des Kapitalismus war natürlich auch in China eine zunehmende Veränderung der Industriestruktur, wie in der Landwirtschaft eine Umwälzung in den Beziehungen zwischen Boden, Arbeit und Kapital, zwischen Landwirtschaft, Handel und Industrie und zwischen Stadt und Land im allgemeinen. Die alten Mythen mit ihrer Betonung auf Überwindung der verschiedenen Gegensätze wurden von der Wirklichkeit immer offener konterkariert. Die kapitalistische Klassengesellschaft bekam mit wachsender Industrialisierung erst ihre eigentliche Façon. Die Parole der Volksgemeinschaft verkam zur schlichten Propaganda.

Den Maoisten paßte natürlich diese ganze Richtung nicht. Mao grollte beständig im Hintergrund, versuchte mit seiner 1962 gestarteten "Sozialistischen Erziehungsbewegung" den chine-

sischen Volksgenossen wieder auf den rechten Pfad der Selbstlosigkeit und des freudigen Arbeitseinsatzes zu trimmen, sein Einfluß auf die Entwicklung blieb aber insgesamt bescheiden. In seiner bekannten Manier ging er dann wieder auf's Ganze. In einem beispiellosen Terror wurden innerhalb kurzer Zeit von einer aus dem Boden gestampften Jugendbewegung Parteiapparat und Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen zerschlagen. Bis zu jeweils 2/3 der Führungskader verschwanden in der Versenkung. Die maoistische Fraktion sprach mit der liuistischen Fraktur, um ihre vermeintlich bessere Taktik der Industrialisierung im Kapitalismus zu retten. Das Ganze blieb aber auf der Oberfläche. Eingriffe in Industrie und Landwirtschaft waren insgesamt vorsichtig, zu tief steckte noch der Schock des "Großen Sprungs". Und letztlich erlebte Mao, daß für engbegrenzte taktische Maßnahmen eingesetzte Massen sehr leicht außer Kontrolle geraten und man dieser Eruption nur durch Eindämmung und massive Repression Herr werden kann. Seit Anfang 1967 hatte er jedenfalls alle Hände voll zu tun, um sich der sich zunehmend radikaler gebärdenden Rebellenhaufen zu erwehren. In einer blutigen Militäraktion mit um die 400 000 Toten gelang es schließlich, diese soziale Revolte der Zurückgekommenen im Blut zu ersäufen. Das Militär war jetzt die alleinige Kraft, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt erzwang. Die maoistische Propaganda der "Kommune von Shanghai" verkam in der Realität zum "Revolutionskomitee", in denen unter Militäraufsicht erfahrene Kader, die man oft gerade erst zum Teufel geschickt hatte, und Arbeiter den politischen Bestand zu retten hatten. China hatte zwar dank Mao seine zivilen Kader zum großen Teil gefeuert, dafür hatte man jetzt eine Militärdiktatur. Auch in Fabriken und Kommunen quartierten sich Soldaten ein, die während mehrerer Jahre durch ihre Anwesenheit für die nötige Arbeitsfreude zu sorgen hatten. Die Neuauflage der "Großen-Sprung"-Praxis unter Lin Biao blieb auch in der Industrie Episode. Die materiellen Veränderungen in China hatten eben Bedingungen gesetzt, die man nicht mehr einfach beiseitefegen konnte.

Wie in der Landwirtschaft kam auch in der Industrie nach dieser zweiten Lektion für Mao die kapitalistische Entwicklung sehr bald wieder mit den gleichen Grundsätzen, aber mit stärkerem Schwung in Gang. Zhou Enlai reaktivierte nach Lin's Sturz all die "bürgerlichen Machthaber", die Militärs wurden spätestens zur Jahreswende 1973/74 von den wichtigsten politischen Posten entfernt. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan. Die Dauerkampagnen der Maoisten konnten diese Entwicklung in den folgenden Jahren nie umkippen, sondern höchstens verzögern. Solange Mao lebte, bildeten sie eine permanente Schleifspur in der kapitalistischen Entwicklung. Man kann sich die Erleichterung vorstellen, die alle Verantwortlichen ergriff, als der "Alte" endlich das Zeitliche segnete. Man pfiff auf Pietät und Trauerzeit. Den Rest der maoistischen Clique erledigte man so bald wie möglich. Pointiert könnte man sagen, daß damit zum zweiten Mal in der jüngsten Geschichte Schranken der Produktivkraftentwicklung zu Fall kamen.

Trotz aller Eigentümlichkeiten der chinesischen Politik ist die Entwicklung aber keineswegs originell. Sie widerspiegelt vielmehr die typischen politischen und sozialen Brüche, die die

^{**} wichtigster Reform-Ökonom der Ära Chruschtschow, IKP

ökonomische Dynamik des Kapitalismus noch stets begleitet haben. Vor allem in heute sich kapitalistisch entwickelten Ländern trifft man trotz verschiedener Ausformungen und mancher Überlagerungen diese Prozesse an. Am Anfang steht der Sturm "populistischer" Mobilisierung, häufig von "Volkstribunen" entfacht. Je nach revolutionärer Ausstrahlung setzen sie die Grundlagen für den sozialen Umbruch, fixieren die Massen auf ihre Person und erzeugen so die soziale Mobilisierung, die nötig ist, um das Volk hauptsächlich für das "Gemeinwohl" arbeiten zu lassen. Ist die Euphorie verflogen, hat die kapitalistische Entwicklung die sozialen Spannungen verschärft, dann folgt die Periode des offenen Zwangs und nicht zufällig ist dies meist die Stunde der Militärs. Hier ist die Ausbeutung nur noch qualvolle Pflicht und die soziale Atmosphäre durchzogen von wachsender Spannung.

Hat sich der Kapitalismus gemästet und so durch die wachsende Zahl von Fabriken wie Maschinen eine halbwegs kräftige Statur gewonnen, so übernehmen durchweg zivile "Rechte" das Geschäft. Es sind eher nüchterne, farblose Technokraten, die allein in den strengen Kategorien von Gewinn und Verlust zu denken pflegen. Die Ausbeutung hat sich jetzt soweit eingespielt, daß sie auf den immanenten Zwang der Produktion und die wachsende Kontrolle der Maschinerie vertrauen können, was eine Änderung der staatlichen Fassade ermöglicht. Wenn auch diese Etappen sich nicht immer so klar voneinander trennen lassen, in China bestimmen sie jedenfalls den Ablauf: Zuerst die bürgerliche Revolution Mao's mit seiner allgemeinen Volksstimulans, dann die Entwicklung zur wachsenden Militarisation aller Lebensbereiche und zum Schluß seit der Kulturrevolution die allmähliche Herrschaft der Pragmatiker, die seit dem Tode Maos allein die Regie übernommen haben.

III. Wirtschaft allgemein

1. Ergebnis

Um die Entwicklung Chinas einschätzen zu können, wurden bisher einige Grundlagen in Landwirtschaft und Industrie skizziert, die noch einer Zusammenfassung und teilweisen Vertiefung bedürfen. Viele Bereiche mußten natürlich ausgeblendet werden. So gab es einen zunehmenden Ausbau der Zirkulationssphäre. Für eine handelsmäßige Verbindung der einzelnen Wirtschaftsräume wurden gewaltige Anstrengungen unternommen, um über Ausbau der verschiedenen Transportwege und Aufbau einer weitmaschigen Handelsorganisation die Voraussetzungen für einen wachsenden Warenaustausch zu legen. Die Ergebnisse gerade auf dem Transportsektor sind aber immer noch eine der zentralen Schwierigkeiten des kapitalistischen Chinas und gerade in der jetzigen Phase des "Neuen Großen Sprungs" werden viele Mittel in Eisenbahn, Straßen, Flüssen usw. investiert werden müssen, um die allgemeinen äußeren Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion zu garantieren.

Gerade die Expansion der Leichtindustrie - also der Konsum- und Verbrauchsgüterindustrie - wurde nicht zuletzt auch deswegen behindert, weil die Infrastruktur der Hinterlandprovinzen dem Transport von Masseninvestitionsgütern für den Bau größerer Anlagen nicht gewachsen war. So konzentrierte sich der kontinuierliche Ausbau auch dieses Sektors im wesentlichen auf die vorrevolutionäre Arbeitsteilung von Küstenregionen und Hinterland. Auch wenn eine größere Standortentflechtung teilweise erreicht wurde, so bleiben die traditionellen Zentren wie Peking, Shanghai und Tientsin immer noch führend.

Aber trotz der Schwierigkeiten in der Infrastruktur hat sich der Handel bisher immens ausgedehnt, was nichts anderes bedeutet, als daß die Agrarproduktion zunehmend kommerzialisiert wurde und der Warenverkehr zwischen Stadt und Land sich stetig intensiviert.

Von zentraler Planung, diesem beliebten Indiz für Sozialismus, ist bislang nicht zufällig kaum die Rede gewesen, denn sie fand in China praktisch nie statt. Der erste Plan startete 1955 um zwei Jahre verspätet, denn erst nach Stalins Tod kam der Warenaustausch zwischen Rußland und China richtig in Gang. Auch kamen jetzt die russischen Experten, die den völligen Mangel an qualifizierten Kapitalagenten anfangs wettmachten. Der zweite Plan geriet unter die Räder der "Drei-Banner-Politik". Der dritte sollte nach Zhou En-Lai bereits Anfang 1963 starten, fing aber tatsächlich erst 1966 an. Kaum begann man wieder "planmäßig" zu wirtschaften, setzte bereits die Kulturrevolution ein, die den für die Überwachung der Planerfüllung nötigen Partei- und Verwaltungsapparat in der Zentrale, aber auch in den Regionen, weitgehend zertrümmerte. Und auch während der Lin-Episode konnte von Planung keine Rede sein. Der vierte (1971-76) stand unter einem unglücklichen Stern. Der fünfte schließlich, mit einem Jahr Verzögerung 1978 angelaufen, soll von Anfang an nicht mehr als den Rahmen fixieren.

Die Wirtschaftsentwicklung verläuft demnach von Anfang an weitgehend dezentral, denn die zentrale Ebene beschränkt sich auf wenige globale Größen, wie z.B. die Gesamtproduktionsmengen einiger besonders wichtiger Produkte, die Gesamthöhe der staatlichen Investitionen sowie einzelne "Schlüsselbauprojekte", die Verteilung besonders wichtiger Güter etc. Die Einzelbetriebe, bekanntlich auf Profitmaximierung verwiesen, müssen auch in China den Großteil von Beschaffung und Absatz unter sich ausmachen. Die einzelnen Betriebe warten nicht auf Zuteilung von Rohstoffen und dergleichen "über den Dienstweg", sondern verhandeln untereinander. Daß man dabei jeweils seine eigenen Belange im Auge hat, ist selbstverständlich. Im größeren Rahmen bilden sich örtliche Wirtschaftseinheiten, die ihre Wirtschaftsaufgaben selbst "planen". Insgesamt verstärkt sich in China mit wachsender Wirtschaftsentwicklung dieser Trend zu einer Unzahl von unabhängigen Produzenten, was im Klartext nichts anderes heißt, als daß sich in zunehmendem Maße die kapitalistische Privatproduktion auch an der Oberfläche zeigt. Es sind bekanntlich zwei Charakterzüge, welche die kapitalistische Produktionsweise von vornherein kennzeichnen: Sie produziert ihre Produkte als Waren - eine Bestimmung, worin das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital enthalten ist -, und sie produziert diese Waren "als

Produkte des Kapitals, worin Zirkulation, Konkurrenz und Verwertung eingeschlossen ist. Mithin ergibt sich aus den beiden obigen Charakteren der Produktion als Ware, oder Ware als kapitalistisch produzierte Ware, die ganze Wertbestimmung und die Regelung der Gesamtproduktion durch den Wert". (Kap. III/887)

Diese prinzipielle Aussage gilt eben auch für China, was natürlich nicht ausschließt, daß sich auf der konkreten Ebene der Erscheinungen, dort wo sich dieser kapitalistische Prozeß in seiner alltäglichen Vielschichtigkeit umsetzt, alle "Bilderbuchvorstellungen" des Kapitalismus, die die Apologeten des östlichen Kapitals durchweg aus spezifischen Erscheinungen des westlichen Kapitals gewonnen haben, wiederfinden lassen. Zudem muß im Falle des kapitalistisch sich entwickelnden Chinas noch festgehalten werden: "Wird also in der Theorie ... vorausgesetzt, daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich rein entwickeln", so besteht in der Wirklichkeit "immer nur Annäherung; aber diese Annäherung ist um so größer, je mehr die kapitalistische Produktionsweise sich entwickelt und je mehr ihre Verunreinigung und Verquickung mit Resten früherer Zustände beseitigt ist". (Kap. III/184)

Kein Wunder also, daß sich in China eine einzelbetriebliche Konkurrenz zunehmend Bahn bricht. Und das hat Konsequenzen, die man gut an den ständig wie rkehrenden Klagen über die Schwierigkeiten gesamtwirtschaftlicher Koordinierung ablesen kann. Auch die Kapitalisten im Westen wären bekanntlich froh, wenn sie den Schlüssel für diese Harmonie besäßen.

Aus der Fülle von Beispielen sollen hier nur einige Grundprobleme verdeutlicht werden. Immer wieder heißt es: Die Pläne und die zentralen Entwicklungsprioritäten werden nicht eingehalten; einige Gebiete und Einheiten nahmer unter Verwendung mehr oder weniger illegal beschaffter Produkte und Mittel "wild" Investbauprojekte in Angriff; die Industrie unterhalb der Kreisebene, die nicht unter der Kontrolle des Zentralstaates steht, entwickelte starke Eigenbestrebungen und konkurrierte häufig mit den staatlichen Mittel- und Großbetrieben um Rohstoffe, Brennstoffe und Energie.

Meh och: In einem Artikel der Volkszeitung vom Oktober 1969 wird die Tatsache beklagt, daß sich dezentrale Wirtschaftseinheiten weigerten, mehr landwirtschaftliche Maschinen und Geräte herzustellen, mit der ausdrücklichen Begründung, daß infolge der relativ niedrigen Verkaufspreise dieser Waren die betrieblichen Profite sinken würden. [RMRB, 14.10.1969, S.2]

Auch das Bankensystem hat Schwierigkeiten, seine Kontrollfunktionen im Zuge der Kreditpolitik zu erzwingen. So wird z.B. im August 1965 in einem Artikel der Zeitschrift Jingji Yanjiu (Wirtschaftsforschung) gefordert, die Unternehmen müßten daran gehindert werden, eigentlich an den Staat abzuführende Profite oder kurzfristige Umlaufmittel für Investitionen einzusetzen oder sogar Bankkredite in Anspruch zu nehmen, um ihrer Profitabführungspflicht an den Staat nachkommen zu können. Die Verpflichtung, alle finanziellen Transaktionen über das Bankensystem abzuwickeln, was natürlich auch die Grundlage für

die Kontrolle der Banken bilden soll, kann z.B. von den Betrieben durch Naturaltauschgeschäfte oder illegale Bargeldzahlungen bzw. gegenseitiger Gewährung von Zahlungszielen umgangen werden [FEER: Far Eastern Economic Review v. 2.1. 76, S.31-35]. Die Tendenz der Unternehmen, Umlaufmittel entgegen den Vorschriften für Anlageinvestitionen zu verwenden, wird durch die hohe Kapitalrendite gefördert. Da sich investiertes Kapital oft schon innerhalb eines Jahres amortisiert, verliert die Trennung in kurz- und langfristige Mittel und damit die Kontrollmöglichkeit der Banken an Wirksamkeit.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung Chinas eine immer stärker werdende einzelbetriebliche Konkurrenz durchgesetzt hat, die eine offizielle zentrale Planung zunehmend unmöglich macht. Das wird jetzt sogar von den Chinesen ganz offiziell bestätigt. In einer längeren Reportage über dieses Problem in der RMRB gipfelte die Enttäuschung über die Planwirtschaft in der bemerkenswerten Feststellung: Die Erfahrung lehre "die Unmöglichkeit der Erstellung allumfassender Pläne" (nach NZZ v.4.4.79). Wachsende Produktivkräfte durchbrechen in ihrer Gier nach Profit noch stets all die illusionären Vorstellungen von Plan, Planification oder Investitionskontrolle.

Die Wirtschaftsentwicklung war deswegen in China auch stets unregelmäßig. Sind auch die folgenden Angaben nicht immer sicher, so geben sie doch einen Einblick in den Trend. Überblickt man den Verlauf bis zum Umbruch 1976, so läßt sich feststellen/ 28 Jahre Wirtschaftsentwicklung haben eine Grunderkenntnis heranreifen lassen, die sich auf die Formel bringen läßt, daß das ökonomische Wachstum immer dann überproportional emporschnellte, wenn das Land nicht von Mao in Aufruhr gesetzt wurde, und daß Zuwächse umgekehrt stets dann wieder aufgezehrt wurden, wenn der große Steuermann sich austobte. Vier repräsentative statistische Daten machen dies deutlich. Während des "ruhigen" ersten Fünfjahresplans (1953-57) stieg das Bruttosozialprodukt jährlich durchschnittlich um 7%, das Pro-Kopf-Einkommen um 5%, die Industrie(brutto-)Produktion um 16% und die landwirtschaftliche Brutto-Produktion um 4%.

Diese Werte veränderten sich dramatisch während der Jahre des "Großen Sprungs" (1958-61). Sie lauten jetzt: -3%, -5%, +2% und -6%. Als die Führung, durch die "drei schlimmen Jahre" (1959-61) geschockt, das Steuer herumriß und auf der Basis materieller Anreize eine Konsolidierungsphase einleitete (1962-65), kam augenblicklich wieder ein kräftiger Aufwind in die Wirtschaft, wie die Werte +13%, +11%, +16,5% und +10% zeigen.

In der Kulturrevolution (1966-1969) kam die Wirtschaft aber gleich wieder aus dem Tritt. Die Zahlen fielen zwar nicht absolut, aber insgesamt trat eine Stockung ein: +4%, +2%, +7% und +1%.

Die von Zhou En-lai und später von Deng betriebene nachkulturrevolutionäre Wiederaufnahme der Wirtschaftspolitik von 1961 ff. ließ dann auch das Wachstum mit +7%, +5%, +10% und +4% wieder ansteigen. Wäre die "Vierzehnerbande" nicht gewesen, so hätte man, wie es heute heißt, noch weit mehr erreichen können.

Daß der zyklische Wirtschaftsverlauf aber keineswegs auf die Störmanöver Maos zurückzuführen ist, beweist die nähere Untersuchung dieser Schwankungen im nächsten Kapitel. Die wirtschaftlichen Einbrüche waren durchweg aus der inneren Logik der kapitalistischen Akkumulation entstanden und durch den Voluntarismus Maos höchstens verschärft worden.

Wie weit China immer noch hinter entwickelten Industrieländern hinterherhinkt, sollen folgende Angaben aus den Jahren 1973/74 verdeutlichen. Sie sind nicht überholt, weil gerade dies Jahr einen vorläufigen Höhepunkt vor dem Wechsel in Peking brachte. Bekanntlich wollen die chinesischen Kapitalisten dermaleinst die USA überrunden, oder zumindest in den Club der Supermächte aufgenommen werden. Was das heißt, zeigt folgender Vergleich: Das Bruttosozialprodukt pro Einwohner lag z.B. 1974 in den USA bei 6,510 US \$, in China bei 380 US \$. An elektrischem Strom fielen auf den einzelnen US-Bürger 1973 8890 Kw/h, auf den einzelnen Chinesen dagegen 104 Kw/h, bei Stahl waren es 1973 in den USA 711 kg je Einwohner, in China 36, an Ausfuhren (laufende Preise 1974) fielen auf den einzelnen Yankee 457 US \$, auf den einzelnen Chinesen 7,5. Selbst in der Landwirtschaft, dem ureigensten chinesischen Gebiet, liegen die USA weit vorn: Dort wurden z.B. 1973 auf einem Hektar Ackerland 92 kg Düngemittel verbraucht, in China dagegen nur 48 kg.

2. Wirtschaftszyklen

Zum oben schon erwähnten zyklischen Wirtschaftsverlauf in China müssen nicht zuletzt wegen des weit verbreiteten Aberglaubens, "sozialistische" Wirtschaften hätten so was nicht, noch einige grundlegende Anmerkungen gemacht werden.

Da China seit dem Desaster des "Großen Sprungs" kaum Wirtschaftszahlen veröffentlicht, ist die Beobachtung der Entwicklung nicht einfach. Fleisige Fachleute im Westen unterziehen sich aber regelmäßig der mühevollen Aufgabe, aus den zeitweise gemachten Angaben der Verantwortlichen in China Produktionszahlen zu rekonstruieren. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Produktionsergebnisse bringt Tabelle 1. Hier sind voneinander unabhängige Indexreihen erfaßt, die durch ihre in der Tendenz weitgehende Übereinstimmung trotz der teilweise schmalen Datenbasis eine gewisse Aussagekraft besitzen.

Plastisch kommt der zyklische Verlauf im Schaubild 1 zur Geltung, in dem die Indexwerte für BSP, Industrie, Getreide und Maschinenimporte in eine Grafik umgesetzt wurden.

Das Schaubild zeigt für den zentralen Indikator BSP deutliche Fluktuationen Ende der 50er Jahre, Mitte der 60er Jahre und weniger deutlich Anfang der 70er Jahre. Ausgeprägter sind diese Schwankungen beim Wachstum der Industrieproduktion und beim Import, während die Kurve der Getreideproduktion nur bis zu Beginn der 60er Jahre eine starke Parallelität mit der BSP-Kurve aufweist. Dies deutet darauf hin, daß im Zuge der kapitalistischen Entwicklung die gesamtwirtschaftlichen Schwankungen in Abhängigkeit von der Agrarproduktion geringer werden und bereits 1967 und noch deutlicher 1972 Rückgang und Wachstum der Industrie die Entwicklung der Produktion (BSP) stär-

ker beeinflußt als die Landwirtschaft. Immer offener wird also in China der Wirtschaftsverlauf von der industriellen Produktion und nicht mehr von der Ernte bestimmt.

Aus dem bisher Gezeigten kann schon auf folgendes geschlossen werden: Das gesamtwirtschaftliche und insbesondere das industrielle Tempo der Akkumulation ist erheblichen Schwankungen unterworfen, die sich zeitweise nicht nur in sinkenden Wachstumsraten, sondern sogar in Kapitalvernichtung-im euphemistischen bourgeoisen Slang "Negativwachstum" - äußern. Der Umfang des Imports von Maschinen und Ausrüstungen scheint sehr empfindlich auf diese Schwankungen zu reagieren. Insgesamt scheinen diese Importe überhaupt der Hauptindikator für die noch zu betrachtenden Investitionszyklen zu sein.

Dieses Auf und Ab der Akkumulation wird deutlicher anhand der jährlichen Wachstumsraten, die in Tabelle 2 zusammengestellt sind. Überträgt man diese Angaben für die Bereiche "gesamte Industrie", "Produktionsgüterindustrie" und "Maschinenbau" in eine Grafik, so erhält man Schaubild 2. Jetzt springt der zyklische Verlauf der industriellen Akkumulation richtig ins Auge.

Bis 1955 sinken die Wachstumsraten der gesamten Industrie, unterbrochen von einem kürzeren Aufschwung, von 35 auf 4,3% jährlich, steigen 1958 bis auf 45%, um dann 1961 bis auf -41,3% zu fallen. Danach folgt bis 1965 ein neuer Aufschwung bis auf 22,1%, der bis 1967 von einem enormen Ab-schwung abgelöst wird. Der nächste Aufschwung erreicht 1969 seinen Gipfel. Der folgende Ab-schwung fällt geringer aus und erreicht erst 1974 seinen Tiefpunkt. Die Jahre 1975/76 bringen Stagnation und erst 1977/78 bringen Konsolidierung und neuerlichen Aufschwung.

Die Kurven für die Produktionsgüterindustrie und den Maschinenbau bestätigen diese Tendenzen, reagieren bei den Boom- und Krisenpunkten aber viel ausgeprägter als die gesamte Industrie, was klar zeigt, daß eben auch in China das Akkumulationstempo des konstanten Kapitals den typisch kapitalistischen Wirtschaftsverlauf bestimmt.

Vergleicht man die Kurven von Produktions- und Konsumgüterindustrie, wird diese Aussage bestätigt (vgl. Schaubild 3).

Die Schwankungen der Konsumgüterindustrie sind zwar auch erheblich, aber weniger ausgeprägt als bei der Produktionsgüterindustrie. Wichtig für den zyklischen Wirtschaftsverlauf sind die Industrialisierungsschübe, die durchweg Phasen von Maschinen- und Anlagenimporten entsprechen. Die erste Welle der Industrialisierung setzte etwa mit Beginn des 1. Fünfjahresplans ein und ist geprägt durch den forcierten Aufbau der Montanindustrie und bestimmter Zweige des Maschinenbaus. Diese Investitionsphase, die sich ursprünglich über den Zeitraum von drei Fünfjahresplänen, also bis 1967, erstrecken sollte, sollte das Fundament zu einer allgemeinen Industrialisierung legen. Ganz im Vordergrund stand die produktive Konsumtion, also die Produktion von Produktionsmitteln zur Erzeugung weiterer Produktionsmittel. Diese rigorose Akkumulation wurde vor allem getragen durch entsprechende Lieferungen der "Bruderländer",

TABELLE 1: Wirtschaftswachstum 1949 - 1976 (Indexwerte 1957 = 100)

	BSP	Brutto- anlage- investi- tionen	Bau- inve- sti- tionen	Getrei- de	Indu- strie I	Indu- strie II	Indu- strie III	Produk- tions- güter	Konsum- güter	Maschi- nenbau	Import Maschi- nen u. Produktions- anlagen
1949	43		7	58,1	20		18	14	28	8	
1950	52		11	67,7	27		24	21	36	14	12,2
1951	60		22	73,7	38		34	30	48	24	32,5
1952	71	39	37	84,1	48		44	39	60	33	49,8
1953	76	55	53	85,5	61		57	51	73	50	53,9
1954	80	67	70	87,0	70		66	62	82	60	63,2
1955	87	74	77	94,3	73		70	66	81	62	72,5
1956	94	109	112	98,8	88		90	84	94	90	102,7
1957	100	100	100	100,0	100	100	100	100	100	100	100,0
1958	120	172	176	110,5	145		167	166	117	175	115,0
1959	114	208	195	93,1	177		232	212	131	242	195,1
1960	113	199	175	81,2	184			237	114	274	164,0
1961	87	83	121	87,6	108			129	80	116	39,7
1962	99	45	112	94,2	114			138	83	140	12,6
1963	110	56	140	99,9	137			158	109	178	19,6
1964	124	80	162	108,2	163	167	163	183	135	213	35,4
1965	143	107	200	108,2	199	204	195	212	183	263	64,8
1966	154		221	112,8	231	249	235	250	205	326	89,4
1967	150		181	117,9	202			207	195	273	74,7
1968	151		214	120,0	222	217	203	228	214	292	54,0
1969	167		237	121,5	265	283	267	289	233	455	47,2
1970	190		245	124,6	313	344	328	345	271	573	77,6
1971	202		273	128,2	341	381	376	395	270	645	99,2
1972	210		313	123,1	371	416	408	428	294	677	102,2
1973	231		333	134,6	416	463	449	478	332	754	168,0
1974	237		349	141,0	432	491	471		341		358,5
1975				146,2		538					410,6
1976				156,9							

Quelle: Ulrich Menzel, Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells, S. 574

SCHAUBILD 1 : Indikatoren des Wirtschaftswachstums 1949 - 76 (Indexwerte)
1957 = 100

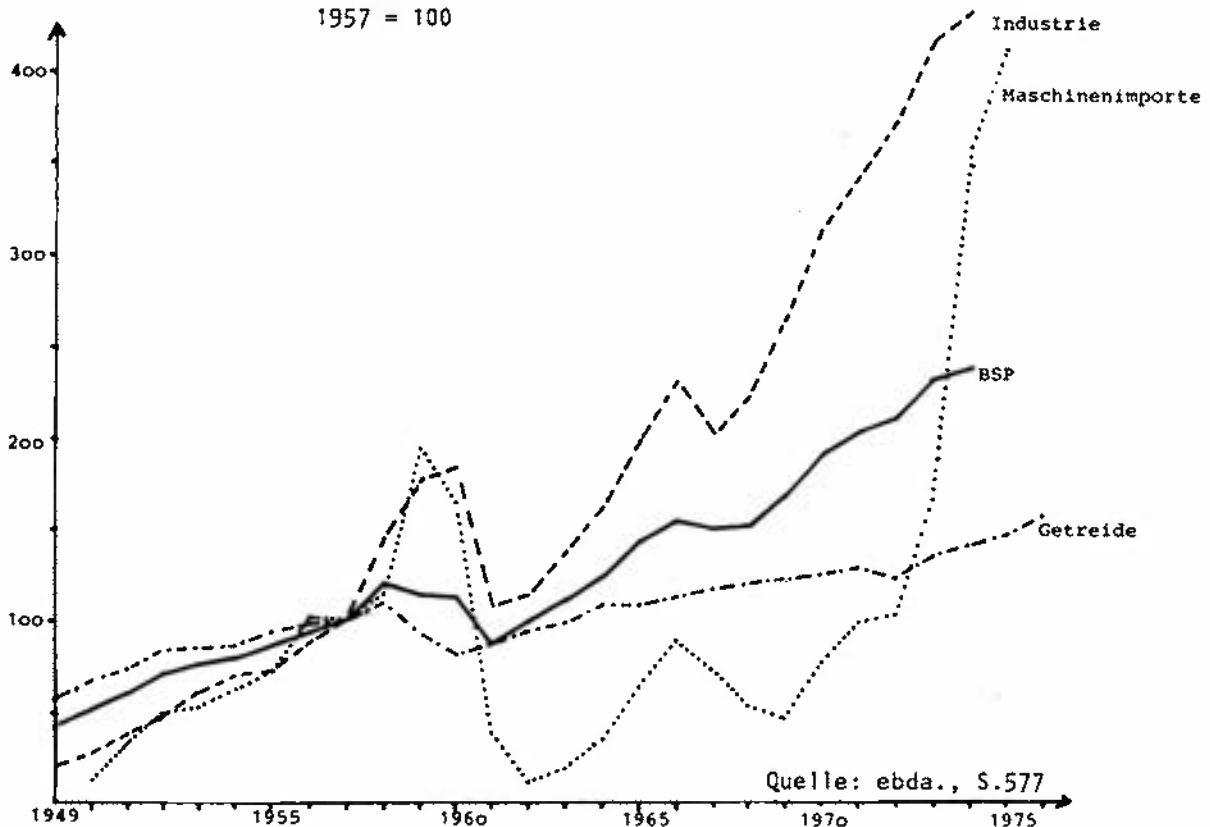
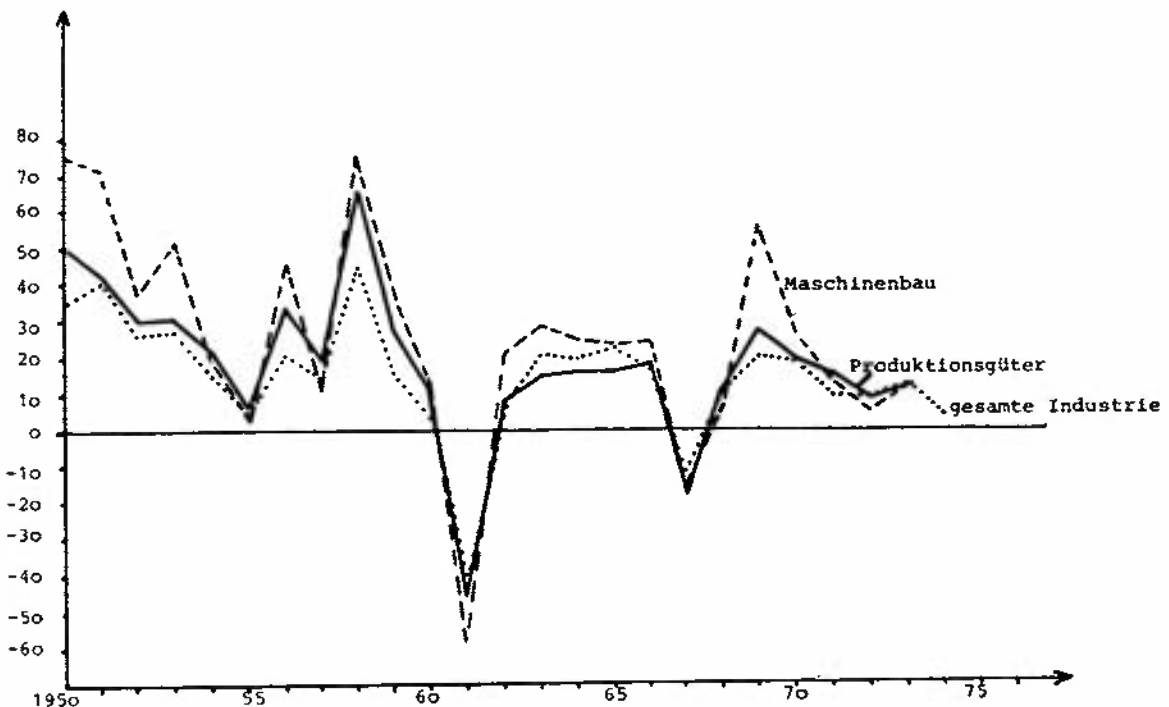


TABELLE 2 : Jährliche Raten des Wirtschaftswachstums 1950 - 1976
(auf der Basis von Indexwerten)

	BSP	Brutto- anlage- investi- tionen	Bauin- vesti- tionen	Getreie	Indu- strie (I)	Indu- strie (II)	Indu- strie (III)	Produk- tions- güter	Konsum- güter	Maschi- nenbau	Import Maschinen u. Produk- tionsan- lagen
1950	20,9		57,1	16,5	35,0		33,3	50,0	28,6	75,0	
1951	15,3		100,0	8,9	40,7		41,7	42,9	33,3	71,4	166,4
1952	18,3		68,2	14,1	26,3		29,4	30,0	25,0	37,5	53,2
1953	7,0	41,0	43,2	1,7	27,1		29,5	30,8	21,7	51,5	8,2
1954	5,3	21,8	32,1	1,8	14,8		10,5	21,6	12,3	20,0	17,3
1955	8,8	10,4	10,0	8,4	4,3		6,1	6,5	-1,2	3,3	14,7
1956	8,0	47,3	31,3	4,8	20,5		28,6	33,3	16,0	45,2	41,7
1957	6,4	-8,3	-12,0	1,2	13,6		11,1	19,0	6,4	11,1	-2,6
1958	20,0	72,0	76,0	10,5	45,0		67,0	66,0	17,0	75,0	15,0
1959	-5,0	20,9	10,8	-15,7	15,2		38,9	27,7	12,0	38,3	69,7
1960	-0,9	-4,3	-10,3	-12,8	4,0			11,8	-13,0	13,2	-15,9
1961	-23,0	-58,3	-30,9	7,9	-41,3			-45,6	-29,8	-57,7	-75,8
1962	13,8	-45,8	-7,4	7,5	5,6			7,0	3,8	20,7	-68,3
1963	11,1	24,4	25,0	5,1	20,2			14,5	31,3	27,1	55,6
1964	12,7	42,9	15,7	9,3	19,0			15,8	23,9	19,7	81,0
1965	15,3	33,8	23,5	0,0	22,1	22,1	19,6	15,8	35,6	23,5	83,1
1966	7,8		10,5	4,3	16,1	22,1	20,5	17,9	12,0	24,0	38,0
1967	-2,6		-18,1	4,5	-12,6			-17,2	-4,9	-16,3	-16,4
1968	0,7		18,2	1,8	9,9			10,1	9,7	7,0	-27,7
1969	10,6		10,7	1,3	19,4	30,4	31,5	26,8	8,9	55,8	-12,6
1970	13,8		3,4	2,6	18,1	21,6	22,8	19,4	16,3	25,9	64,4
1971	6,3		7,3	2,9	9,0	10,8	14,6	14,5	-0,4	12,6	27,8
1972	4,0		14,7	-4,0	8,8	9,2	8,5	8,4	8,9	5,0	3,0
1973	10,0		6,4	9,3	12,1	11,3	10,0	11,7	12,9	11,4	64,4
1974	2,6		3,8	4,8	3,8	6,0	4,9		2,7		113,4
1975				3,6		9,6				12-14	14,4
1976				7,3							

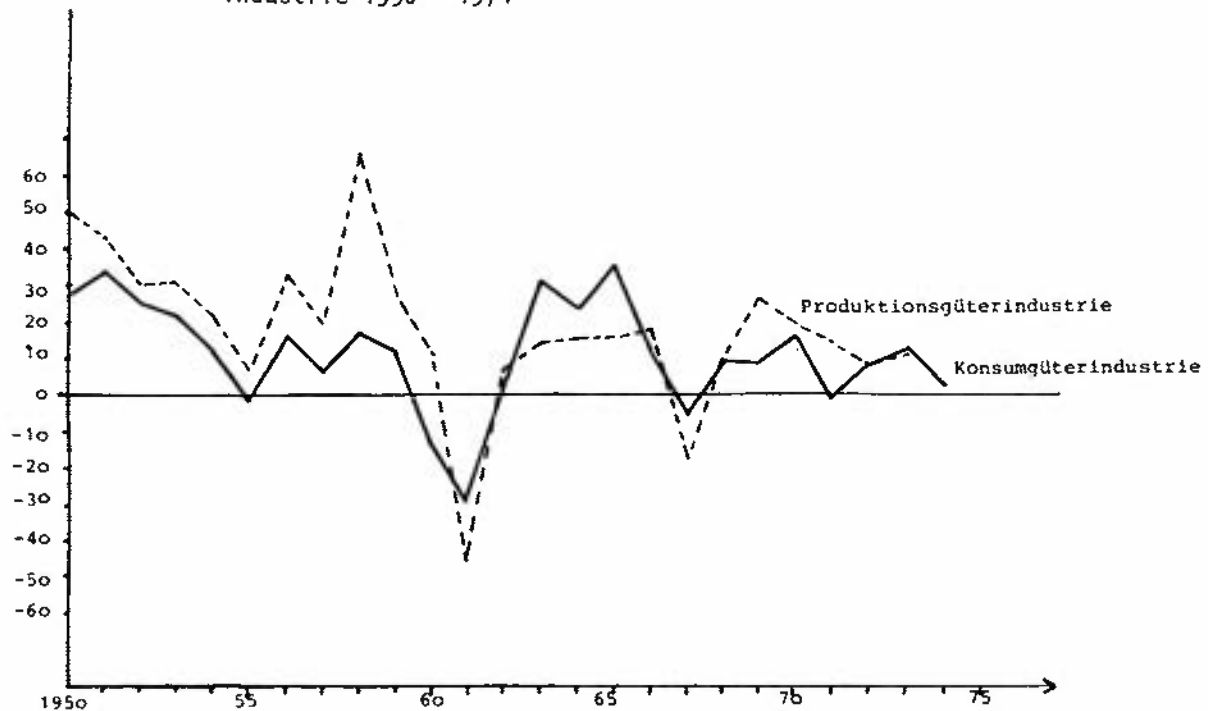
Quelle: ebda., S. 579

SCHAUBILD 2 : Jährliche Wachstumsrate der gesamten Industrie, Produktionsgüter-
industrie und Maschinenbau



Quelle: ebda., S. 580

SCHAUBILD 3: Jährliche Wachstumsraten von Produktionsgüter- und Konsumtionsgüterindustrie 1950 - 1974



Quelle: ebda., S. 582

brach aber in dem Augenblick zusammen, als die Chinesen mit eigenen Exporten nicht mehr mithalten konnten. Die daraus sich ergebenden Akkumulationsschwierigkeiten gipfelten bekanntlich in dem Versuch, durch den "Großen Sprung" den Durchbruch "aus eigener Kraft" zu schaffen, was in der schon geschilderten Zuspitzung der Disproportionalitäten und der daraus folgenden Krise endete.

Die zweite Welle der chinesischen Industrialisierung beginnt etwa 1965 und dauert, von Kulturrevolution und Lin-Episode allerdings zeitweise unterbrochen, bis etwa 1975. Geprägt wird dieses Stadium jetzt durch ein forciertes Wachstum der Erdölindustrie, der Chemie und der Petrochemie, wobei insbesondere die Herstellung von chemischen Düngern und Fasern im Vordergrund steht, sowie anderer Zweige des Maschinenbaus. Neben vermehrter Eigenleistung setzt aber auch hier schon früh (vgl. Schaubild 1) der Import von Produktivkräften ein - jetzt allerdings aus dem Westen. Seit August 1963 werden entsprechende Verträge abgeschlossen, die ab 1965 zu einem Anstieg der Importe führen. Sicher sind für den Zeitraum 1963-65 31 komplette Produktionsanlagen nachgewiesen, von denen bei 29 der Kaufpreis mit einer Gesamthöhe von ca. 200 Mio. US \$ festgestellt werden kann. Davon entfallen allein 20 bzw. 65% auf den Bereich der Chemie, wobei die Schwerpunkte Dünger, Erdölverarbeitung und Faserherstellung bilden. Gemessen am gesamten Auftragswert handelt es sich für diese Branchen sogar um rd. 75%. Die in den 50er Jahren beim Import dominierenden Bereiche Eisen/Stahl und Maschinenbau sind auf 17 bzw. 3% zurückgegangen.

Während die Kulturrevolution diese Importpolitik wieder weitgehend stoppte, setzten neue Käufe 1972 zögernd und 1973/74 mit solcher Vehemenz ein, daß sie alle bis dahin getätigten

Importe in den Schatten stellen. Die betonte Selbstbeschränkung der maoistischen Fraktion war zunehmend an ihre Grenzen gestoßen.

In den Jahren 1973/74 werden allein Aufträge im Wert von über 2,4 Mrd. US \$ vergeben, darunter zwei komplette Walzwerke zum Preis von 198 bzw. 228 Mio. US \$. Anhand von Presseberichten lassen sich für den Zeitraum 1972-76 Hinweise zu Verträgen über 156 Fabriken nachweisen; von 137 Anlagen ist dabei der Kaufpreis bekannt, der sich auf insgesamt mindestens 3,44 Mrd. US \$ beläuft. Davon entfallen über zwei Drittel auf die Jahre 1973/74, was bedeutet, daß etwa ab 1976 mit der Betriebsaufnahme zu rechnen ist. Von diesen 156 Projekten entfallen 124 auf den Bereich Chemie und Petrochemie und nur 5 auf den Maschinenbau. Innerhalb des Chemiesektors dominiert immer noch der Düngerbereich. Weniger durch die Zahl als durch sein Volumen bildet der Stahlsektor den zweiten Schwerpunkt. Ein Konsortium unter der Führung von Demag (BRD) liefert ein Kaltwalzwerk von 500 Mio. DM, Nippon Steel ein Warmwalzwerk und ein Stahlwerk von 227,7 Mio. US \$ und ebenfalls Demag eine Stranggußanlage von 150 Mio. DM. Alle drei Anlagen sollen den vorhandenen Eisen- und Stahlkomplex Wuhan ergänzen. Der Bereich der Elektroindustrie ist jetzt auch erstmals mit 4 Fabriken vertreten.

Vergleicht man diesen Import aus dem Westen mit dem Export des Ostens, so fällt auf, daß sich nicht nur die Branchenschwerpunkte verlagert haben, sondern daß auch ein klarer Trend zu größeren Betrieben besteht. Während die vermutlich gelieferten 198 Betriebe aus Rußland einen Durchschnittspreis von 9,2 Mio. US \$ aufweisen, beträgt dieser bei den westlichen Betrieben ca. 25 Mio. US \$. Selbst unter Abzug der inflationsbedingten Preissteigerung, die etwa die Hälfte ausmacht, läge der Durchschnittspreis noch etwa

50% höher.

Ein weiterer Bereich, auf dem Importe nach 1972 von Bedeutung waren, soll noch erwähnt werden, nämlich die Beschaffung von Schiffsraum. Importe und eigene Bautätigkeit zusammen haben die Handelsmarine Chinas seit 1972 um ca. 60% vergrößert, so daß heute ca. ein Drittel des Außenhandels auf chinesischen Schiffen erfolgt, ein weiteres Drittel auf Reedereien (teils unter Somali-Flagge) und ein letztes Drittel auf Charterschiffen.

Auch damals schon nahm man es mit der Kreditablehnung keineswegs mehr so genau. Die Chinesen erfanden zwar andere Bezeichnungen, aber neben einem Handelsbilanzdefizit von insgesamt ca. 1,7 Mrd. US \$ für 1973-75 werden die ausländischen mittelfristigen Kredite von damals auf 1,2 - 1,5 Mrd. US \$ geschätzt. Zusätzlich standen geschätzte 500 - 600 Mio. US \$ zur Verfügung, die die 13 von China kontrollierten "Schwesternbanken" in Hongkong durch Bank-zu-Bank-Depositen und Kundeneinlagen zur Verfügung stellten. Insgesamt ergibt sich also eine Verbindlichkeit von 1,7 - 2 Mrd. US \$ für 1972-74: Sie erforderten jährliche Rückzahlungen in Höhe von ca. 250 Mio. US \$ 1975 bis 370 Mio. US \$ 1978, um dann wieder abzusinken - sollten nicht neue Kredite aufgenommen werden. Kein Wunder also, daß Mao und seine Mannen ihre heiligsten Tabus verraten sahen und in der Zeit 1975/76 verstärkt zum Sturm bliesen.

China — eine Gesellschaft der Gleichen?

Wie generell für den Wirtschaftsbereich, gilt vor allem auch für alle Fragen der Entlohnung seitens Chinas strenge Geheimnistuerei. Deshalb stammen Angaben fast ausschließlich von Chinesen, die nach Hongkong geflüchtet sind. Dazu kommt die systematische Analyse der Spezialisten. [vgl. A.D. Barnett, *Cadres, Bureaucracy and Political Power in Communist China*, New York 1967; R.A. Scapino (ed.), *Elites in the People's Republic of China*, Seattle/London 1972] Zu dieser ungünstigen Ausgangslage in punkto materieller Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit wie insbesondere der Quantifizierung der Ausbeutung kommt noch hinzu, daß die Einkommensbedingungen im ganzen Land keineswegs gleichmäßig sind: Auf ganz China übertragen, belaufen sich die maximalen Unterschiede in der Entlohnung zwischen den verschiedenen Regionen, vor allem aber zwischen Stadt und Land auf 1:4, manchmal sogar auf 1:5 - und dies bei etwa gleicher Leistung.

Ist schon die Bestimmung der Lohndifferenzen nicht einfach, so verwirrt auch ein grundsätzliches Problem die Untersuchung der sozialen Beziehungen. Dies betrifft die allgemeine Tendenz des modernen Kapitalismus zur Anonymität. Nicht mehr der Eigentümerunternehmer repräsentiert jetzt das Kapital, sondern eine Unzahl von formal besoldeten Managern oder Bürokraten. Dabei ist völlig gleichgültig, wie man diese Figuren benennt, wichtig ist allein ihre Funktion: Sie verwalten die Produktionsmittel quasi

treuhänderisch ohne eigentliche Eigentumstitel und ihre Qualifikation für diese Funktion wird daran gemessen, wie erfolgreich sie die Profitmaximierung organisieren. Zeigen sie sich unfähig, können auch sie gefeuert werden. Meistens werden sie nach dem Erreichen eines gewissen Alters entlassen, denn durchgängig sind sie spätestens dann nicht voll funktionstüchtig im Sinne der Aufgaben einer optimalen Kapitalverwertung.

Das ist überhaupt eine der zentralen Erscheinungen des heutigen Kapitalismus, die für alle diejenigen ein scheinbar unlösbares Rätsel bedeutet, die an der Oberfläche der Erscheinungen kleben und so zu den sattem bekannten Schlüssen kommen: Der Kapitalismus ist im eigentlichen privaten Kapital, und da dies im "Osten" nicht vorliegt, gibt es dort keinen Kapitalismus. Spezifische Symptome, die zudem nur in einer besonderen Entwicklungsphase des Kapitals gegeben waren, werden so zur allgemeinen Theorie erhoben. Und das alte Bild stimmt selbst für den westlichen Kapitalismus je länger, desto weniger. Denn wem gehören z.B. die Multis, die Großbanken, die Versicherungskonzerne etc.? Es wird diesen Ideologen des privaten Kapitals sehr schwer fallen, für sie befriedigende Eigentumsverhältnisse aufzudecken. Also wird wohl gemäß dieser Logik der Kapitalismus immer "sozialistischer"? Dagegen wird er eben nur anonym. Denn es ist überhaupt nicht einzusehen, weswegen die Aufgaben der Mehrwertproduktion nur deswegen ihren immanenten Charakter ändern sollen, weil das Kommando über das Kapital jetzt bei Männern ohne formalen Eigentumstitel liegt. Im Westen hat sich im Laufe eines langen Konzentrations- und Zentralisationsprozesses dieser Trend zum anonymen Kapital durchgesetzt und setzt sich immer noch durch. Auch wenn aufgrund der spezifischen geschichtlichen Bedingungen immer noch Privatkapitalisten als quasi Fossilien des Manchesterkapitalismus existieren, so vertritt jedenfalls das anonyme Kapital der heute viel zitierten multinationalen Konzerne die Höhe und generell die Dynamik der Entwicklung. Ein kapitalistischer Spätentwickler beginn nun nicht seine Entstehung, indem er alle früheren Erscheinungsformen des älteren Kapitalismus schön der Reihe nach wiederholt, sondern er organisiert seine Produktivkraftentfaltung auf dem zeitgemäßen Niveau, ja er forciert manche Momente, die beim älteren Kapital in der Tendenz erst angelegt sind. So organisierte sich das deutsche und US-amerikanische Kapital ziemlich bald in Trusts, Kartellen etc., legte in Deutschland die Grundlage der sog. wissenschaftlich-technischen Revolution, schuf in den USA mit dem Propagandisten Taylor und dem Praktiker Ford die Basis der "wissenschaftlichen" Betriebsführung und damit der rigorosen Organisation des Arbeitsprozesses. Und in Japan stampfte der Staat die Industrie aus dem Boden und sorgte so von Anfang an für die innige Verbindung von Staat und Kapital, die dem japanischen Kapitalismus seine ihm eigene Dynamik und Durchschlagskraft gab. Höchstens in den USA könnte man aufgrund spezifischer Strukturmerkmale von kapitalistischen Momenten à la Manchester sprechen, bei den beiden anderen Spätentwicklern des letzten Jahrhunderts zeigt der Kapitalismus gegenüber dem Musterfall England völlig entstellte Züge, die vom "Erfinder" des Industriekapita-

lismus, wenn überhaupt, erst in seiner Niedergangphase übernommen wurden. Die Tendenz zum Monopolkapitalismus war sicher auch in England angelaufen und hatte auch hier die "Idylle" des Manchesterkapitalismus der "Freien" und "Gleichen" verdrängt, aber forciert wurde diese Entwicklung zur Durchorganisation der Branchen, ja der gesamten Volkswirtschaft und zu einem wachsenden Staatsinterventionismus vor allem in Japan und Deutschland unter dem Diktat von Kaisern und Führern.

Und ähnliches in der Tendenz gilt für die beiden Spätentwickler des 20. Jahrhunderts - Rußland nach der stalinistischen Konterrevolution und China. Faschistoide Momente, die selbst in Deutschland und Japan erst in der Tendenz durchgesetzt wurden, werden hier jetzt forciert: neben der Anonymität des Kapitals z.B. Erscheinungen wie: Staatsgewerkschaften, Staatsintervention, offene Farce in der Pflege demokratischer Spielregeln, Lohndiktat, Arbeitslager etc. Für durchweg alle Interpreten dieser Erscheinungen der ungeschminkten Diktatur des Kapitals, quasi des Kapitalismus sans phrase ergibt sich dann das bekannte Verwirrspiel: Dies muß Sozialismus oder eine Übergangsgesellschaft sein, denn schließlich schwenken die Machthaber dort die rote Fahne und die lieb gewordenen Oberflächenphänomene DES Kapitalismus im Westen liegen auch nicht vor.

Dieser knappe Exkurs war notwendig, will man das Wesen der sozialen Struktur von Kapital und Arbeit verstehen. Denn die Anonymität des modernen Kapitals führt oberflächlich betrachtet zu einer Entwicklung, die sich in einem "Lohnarbeiterfetischismus" niederschlägt. Da die Profitmaximierung von besoldeten Agenten betrieben wird, sind jetzt scheinbar Alle Lohnarbeiter und es herrscht die klassenlose Idylle, eben die Volksgemeinschaft, wie die Bourgeoisie seit ihrem ersten geschichtlichen Auftreten "ihrem" Volk weismachen will. Wichtig ist in diesem Fall aber nicht die Lohnfülle, sondern allein das Kommando über Maschinen und Arbeit zum Zwecke der Profitmaximierung. Die Form der gekauften Arbeitskraft verleiht nämlich zwei völlig verschiedenen Wirklichkeiten Ausdruck: Im einen Fall kauft das Kapital eine Arbeitskraft, deren Pflicht es ist, unter fremder Anleitung für die Vermehrung des Kapitals zu arbeiten; im anderen wählt das Kapital durch einen Selektionsprozeß innerhalb der kapitalistischen Klasse oder aus entsprechend trainierten "Aufsteigern" Managementpersonal aus, um den Ausbeutungsprozeß zu organisieren und zu überwachen. Dies muß bei den folgenden Ausführungen über Löhne und Einkommen berücksichtigt werden, zumal hier keine detaillierte Darstellung der Klassen geleistet werden kann.

Das allgemeine Einkommensgefüge Chinas setzt sich aus drei großen Einkommensformen und -bereichen zusammen:

1. Gehaltsbereich der Staatsbediensteten
2. Lohnsystem der Wirtschaftssektoren
3. Einkommen der ländlichen Kollektivwirtschaft.

Einkommensbereich eins, d.h. das Vergütungswesen der Staatsverwaltung (Zentrale, Provinzen usw.), des Erziehungs wesens, der Wissenschaft, Technik und anderer entsprechender Sektoren sowie des Militärs, kurz der gesamte Bereich, deren Verteilung über den zentralen Staatshaushalt und

die Haushalte der Provinzen erfolgt, war bis zur Kulturrevolution nach einem Gefüge von 34 Vergütungsgruppen gestaffelt. Während der Kulturrevolution wurde dieses System außer Kraft gesetzt und durch das 8-Stufensystem der Industrielöhne abgelöst. Im Zuge der Lohnreform 1971/72 wurde gegen Ende 1972 wiederum ein ausgefeiltes Ranggefüge eingeführt, diesmal mit 30 Stufen.

Ganz an der Spitze (Ränge 1-3) stehen das Staatsoberhaupt, der Ministerpräsident und seine Stellvertreter. Minister und Kommissionsvorsteher teilen sich die Ränge 4-8. Die Vorsteher und ihre Stellvertreter in den Provinzen nehmen die Ränge 5-9 ein, die der Kreis und Städte die Ränge 13-17. Bürochefs und ihre Stellvertreter in der Zentralregierung besetzen die Rangstufen 6-10, während ihre Kollegen in entsprechenden Positionen bei den Provinzregierungen die Stufen 8-12 einnehmen. Abteilungs-Chefs und Stellvertretende Minister teilen sich die Grade 10-14; ihre Counterparts in den Provinzen: 15-19. Sektions-Chefs besetzen in der Zentralregierung die Ränge 14-18, in den Provinzen die Ränge 15-19, in den Kreise 17-21. Gewöhnliche Angestellte erhalten Grad 17-26 und "Diensttuende" 25-30.

Techniker und Ingenieure werden nach etwas anderen Kriterien eingestuft. Wie viele Sprossen es auf der Industrie-Leiter gibt, ist freilich nicht genau bekannt: Manchmal ist von vier, bisweilen auch von fünf Stufen die Rede. Generell ist die Einstufung unterschiedlich, je nachdem, ob man in Betrieben unter direkter Kontrolle der Zentrale, der Provinzen, des Kreises bzw. in kleinen Lokalindustrien arbeitet. Innerhalb jeder dieser Ebenen sind Ingenieure und Techniker wiederum nach Laufbahnrängen gegliedert, deren Zahl bei 6 - 8 liegt.

Im Erziehungssektor schließlich sind Verwaltungsposten in 25 Stufen und Lehrerpositionen in 12 Stufen aufgefächert. Nicht ganz einfach ist es, den einzelnen Rängen bestimmte Gehälter zuzuordnen, denn - wie gesagt - das Gefüge ist für das ganze Land nicht einheitlich. In Hongkong gibt es die besten Informationen zu dieser Frage erklärlicherweise aus der benachbarten Stadt Kanton: Angestellte in Kanton, die auf der untersten Ebene stehen, also den Grad 26 in der Regierungsorganisation bekleiden, verdienen 1974 35 Yuan im Monat. Ein Sektionschef der Stadt erhielt bei Stufe 18 120 Yuan und auf Stufe 17 128-130 Yuan im Monat. Der Chef einer Abteilung konnte 160 - 174 Yuan, der Chef eines Büros 200 - 210 Yuan verdienen. Der Vorsitzende des Provinzrevolutionskomitees (Grad 8) erhielt monatlich 310 Yuan.

Nach Angaben aus Taiwan erhalten Regierungsangestellte im Gesamtbereich Chinas auf Stufe 26 monatlich 26 Yuan, auf Stufe 20: 56 Yuan, auf Grad 15: 96 Yuan, auf Grad 10: 170 Yuan. Ein Kabinettsminister verdient zwischen 230 und 380 Yuan; der Mann an der Spitze des Staates nach diesen Angaben 540 Yuan. Deng Xiaoping sprach gegenüber japanischen Reportern davon, daß er selbst und weitere rd. 100 führende Funktionäre ein Monatsgehalt von 400 Yuan erhielten [IHT v. 22.4.1975]. Aber es sind sicher nicht diese Gehälter allein, die der chinesischen Bourgeoisie einen gegenüber dem Durchschnitt so ganz

anderen Lebensstandard auch in diesem Land der scheinbar betonten Schlichtheit seiner Großkopfeten sichert. In Kanton, über das eben am leichtesten Informationen zu beschaffen sind, leben führende Armeedoffiziere und Regierungsangestellte z.B. in jenen modernen Villen, die einst von hohen Kollegen der Kuomintang bewohnt waren. Das Führungspersonal hat auch eigene Dienstwagen. Innerhalb der verschiedenen Ränge werden zum Teil scharfe Linien gezogen:

- a) Der Chef einer "Sektion" erhält kraft seines Amtes eine Dreizimmerwohnung. Ein eigener Wagen steht ihm zwar nicht zur Verfügung, doch kann er einen der Pkws der "Sektion" in Anspruch nehmen, wenn dienstliche Belange zu erfüllen sind. Auf Bahnreisen ist die "harte" Klasse zu benutzen.
- b) Der Chef einer Abteilung bekommt eine Vierzimmerwohnung, hat einen Wagen zur persönlichen Verfügung, allerdings nur für offizielle Zwecke, und kann sich bei Zugreisen in der "weichen" Klasse niederlassen. Bei wichtigen Anlässen ist er auch berechtigt, ein Flugzeug zu benutzen. Wenn eines seiner Familienmitglieder krank ist, erhält er vom zuständigen Krankenhaus bevorzugte Behandlung.
- c) Der Chef eines Büros hat einen eigenen Wagen, der nicht nur bei offiziellen, sondern auch bei privaten Anlässen benutzt werden kann. Bei Reisen mit der Eisenbahn kann er für sich und seine Mitarbeiter eine eigene Abteilung reservieren lassen. Er ist auch stets berechtigt, die Reise mit dem Flugzeug zu unternehmen. Er wohnt in einem Haus mit Garten und verfügt über eine Fünfzimmerwohnung. Außerdem steht ihm eine besondere Leibwache sowie ein Chauffeur zur Verfügung. Seine Familie erhält daneben einen Diensthilfen.
- d) Ein Provinzchef hat unter Umständen mehrere Leibwachen und Diener und erhält manchmal sogar ein eigenes Flugzeug.

Natürlich sind alle diese Einrichtungen kostenlos. Hinzu kommen besondere Urlaubsorte für höhere Funktionäre, die sich meist in gebirgigen Gegenden oder in der Nähe von heißen Quellen befinden. Die besten Plätze dieser Art sind Funktionären vom 8. Grad ab zugedacht. Das gemeine Volk hat natürlich keinen Zutritt. Immer wenn im Clinch der beiden Fraktionen bürgerlicher Dreck nach oben gespült wurde, erfuhr das zum einfachen Leben verdonnerte Volk alle nur erdenklichen Zoten aus dem Leben der großen Tiere. Jetzt wird sich zwar einiges im Westen davon herumgesprochen haben, aber es ist immer noch notwendig, das Geschwätz vom einfachen Leben der chinesischen Bourgeoisie als Ideologie zu entlarven. Nie ging es in China anders als in Rußland zu, für Maoisten bekanntlich wegen einer neuen privilegierten Klasse jetzt auch wieder kapitalistisch. Falsch ist daran vor allem, daß man dies erst für die Nach-Stalin-Periode feststellen zu können glaubt. Wie noch zu allen Zeiten decken sich auch die "Treuhandler" des chinesischen Kapitals mit den nötigen Privilegien ein, um im Kapitalismus praktisch nach ihren Bedürfnissen leben zu können, während sie "ihrem" Volk die verheißungsvolle Versprechung machen, daß sie demnächst ebenso dran sein werden, vorausgesetzt natürlich, sie arbeiten immer stramm und fordern nichts. Damit das Volk über die Privilegien seiner Bourgeoisie nicht irre wird, mimt man derweil Entsa-

gung. Die ekelhafte Posse dieser Bourgeois in Fantasiekostümen aus bestem Tuch soll ihre Klassenposition kaschieren. Dabei verraten diese Tarnanzüge jedem, der es wissen will, genug. Schnell findet man z.B. heraus, daß die unansehnliche Armeekluft ohne jede Rangabzeichen die wichtigsten Unterschiede erkennen läßt: zwei Brusttaschen für Soldaten und Unteroffiziere, ebensolche plus zwei Rocktaschen für Offiziere. Bessere Offizierswintermäntel mit Kunstpelzkragen sind nirgendwo zu erstehen - die Armee ist eben ein privilegierter Staat im Staat, in dem dienen zu dürfen Ehre und Vorteile schafft. Der beste wattierte, blaue und graue Zivilmantel kostet etwas mehr als ein gutes monatliches Durchschnittsgehalt. Lederschuhe, für teilweise ein Drittel bis zur Hälfte eines Monatsgehalts, sind auch diskrete Rangabzeichen in Militär und Bürokratie. Feinere Unterschiede lassen sich ferner daran erkennen, wie die Taschen aufgenäht und abgesteppt sind. Dieses Spiel läßt sich sehr weit treiben. Es bestätigt Bekanntes aus Osteuropa und Rußland: nichts ist klassenbewußter und mehr auf Zurschaustellung von Unterschieden und Rangabstufungen aus als eine sog. "klassenlose" Gesellschaft - und in China muß angesichts größerer Uniformität bloß auf noch subtilere Weise der Unterschied markiert werden.

Man kann auf dieses Schmierentheater der chinesischen Bourgeoisie bekanntlich verschieden reagieren: Der Bourgeois des Westens findet den endgültigen Beweis für die ewige Wahrheit des Oben und Unten; der nach Gerechtigkeit dürstende Kleinbürger leugnet tapfer diese Momente oder erklärt sie zynisch zu Übergangsschwierigkeiten; der Marxist sieht in diesem Affentheater nichts anderes als die schlechten Tarnmanöver der kapitalistischen Klasse.

Kommt man von der Ebene der Ausbeuter zur Ebene der Ausgebeuteten, so gelangt man zunächst in die *Landwirtschaft*, wo ja immer noch mehr als 2/3 der Chinesen ihr Leben fristen. Aber gerade hier sind generelle Angaben aufgrund der regionalen Unterschiede schwer zu treffen. Es werden auch keineswegs überall dieselben Kriterien angewandt.

Das Faktum der Differentialrente und hohe Einkommensunterschiede regionaler wie familiärer Art werden als leistungssteigerndes Moment ja seit 1949 von der Regierung bewußt gefördert.

Allgemein läßt sich nur sagen, daß die Löhne der Kommunemitglieder nach einem System von Leistungspunkten berechnet werden, während die Verwaltungsangestellten ein festes Gehalt beziehen. Alle in der Landwirtschaft Beschäftigten erhalten dazu noch eine Getreideration als Deputat. Die Höhe der Lebensmittelrationen wird - wie die Anzahl der Lohnpunkte - von jeder Familie bei der Produktionsgruppe vorgeschlagen, gemeinsam diskutiert und schließlich von der Verwaltung entschieden. Es gibt aber bei der Abrechnung eine Unter- und eine Obergrenze. Auch wenn der Abstand der Einkommen zur Stadtbevölkerung noch immer beträchtlich ist, so hat sich die Entwicklung für die Landarbeiter nicht unwesentlich verbessert. Bezüglich der Wohnsituation gibt es gegenüber den beengten Verhältnissen in der Stadt durchweg sogar klare Vorteile.

Vor allem die staatlichen Maßnahmen der Steuer- und Preispolitik brachten der Landwirtschaft eine sukzessive Erleichterung. Die Steuersätze für die Landwirtschaft wurden stetig gesenkt. Die Tatsache, daß der chinesische Staat diesen Abbau bis zum heutigen faktischen Verschwinden verhältnismäßig mühelos akzeptierte, läßt sich aus zwei Gründen erklären. Zum einen nimmt die Bedeutung der Agrarsteuer für den staatlichen Haushalt fortschreitend ab. Zum anderen wird das traditionell feindselige Verhalten zwischen der staatlichen Herrschaft und der Dorfbevölkerung abgebaut und die Gefahr einer gleichsam antistaatlichen "kollektivsolidarität" der bäuerlichen Produktionseinheiten gebannt. Ansätze solcher Widerstandsbewegung hatte es vor allem während der Rasereien Maos durchaus gegeben.

Ähnliches war mit der Preispolitik beabsichtigt. Die in den 50er Jahren extreme Preisschere zwischen Agrarprodukten und landwirtschaftlich benötigten Waren der Industrie reduzierte nicht nur die objektiven Möglichkeiten zur Mechanisierung und Modernisierung der Landwirtschaft. Sie mußte ferner auch die subjektiven Motivationen der ländlichen Bevölkerung und deshalb ihre Leistung begrenzen.

Die Lohnsituation des chinesischen Proletariats läßt sich wieder besser darstellen. Nach der Machteroberung stellte sich den Vertretern des chinesischen Kapitals zunächst das Problem, welche Möglichkeiten einer Entlohnung es gab, die vom realen, damals noch instabilen Geld unabhängig war. Man fand die Antwort in der Entlohnung nach Lohnpunkten. Diese beinhaltete eine bestimmte Anzahl von Konsumgütern, die existenznotwendig waren, also die Reproduktion der Ware Arbeitskraft gewährleisteten.

Das erste Lohnpunktsystem wurde 1950 im Industriezentrum der Mandschurei eingeführt und danach auf ganz China ausgedehnt. Ein Lohnpunkt umfaßte z.B. 1 Pfund Getreide, 1 Fuß Baumwolle, 0,04 Pfund Sojaöl, 0,04 Pfund Salz und 5 Pfund Kohle [vgl. Chien-jen Chen, Die Lohnstruktur in der Volksrepublik China, Bern 1972, S. 21]. Die Strukturierung nach qualifizierter bzw. weniger qualifizierter, schwerer oder leichter Arbeit wurde durch Lohnstufen (Grade) geregelt, die zentral vom Planungsamt festgelegt wurden. Für die Schwerindustrie galt das Lohnsystem der 8, für die Leichtindustrie gab es 7 Klassen. Gegen dieses achtklassige Lohnsystem richtete die Mao-Fraktion zwar mehrmals ihre Attacken, aber es besteht heute immer noch. Der Unterschied waren damit aber noch nicht genug, denn es gab ferner Differenzierungen innerhalb einer Industriebranche, Unterschiede zu anderen Branchen und interregionale Lohnhierarchien.

Die Lohnberechnung nach dem Lohnpunktesystem wurde 1956 durch den Geldlohn abgelöst. Voraussetzung war die zur weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung vorgenommene Währungsreform vom 1.3.1955. Der Geldlohn, am 16. Juni 1956 rückwirkend zum 1. April beschlossen, hatte folgende Charakteristika:

- Lohndifferenzierung nach Lebenshaltungskosten
- Lohndifferenzierung nach strukturpolitischen Aspekten
- Lohndifferenzierung nach Industriebranchen
- Entlohnung nach Arbeitsfunktion

- interne Differenzierung zwischen verschiedenen Lohnklassen, um Arbeiter anzureizen, durch Schulung einen höheren Qualifikationsgrad zu erreichen
- Differenzierung nach Arbeitsintensität und Arbeitsplatzbedingung
- Prämien-differenzierung bis 15%.

Das Prämien-system hat auch in der Folgezeit immer wieder eine große Rolle gespielt. Nach 1956 gab es deshalb noch vier weitere Lohnanpassungen, in deren Mittelpunkt immer wieder das Prämien-system stand.

Die Lohnpolitik folgte so dem Auf und Ab der Fraktionskämpfe innerhalb der Bourgeoisie. Der wirtschaftlichen Entspannung von 1956 - damals wurden die Löhne um 14,5% erhöht - folgte der Große Sprung: Mao ließ die Löhne wieder kappen. Die "liberale" Politik der Liuisten in den frühen 60er Jahren bevorzugte wieder den materiellen Anreiz, der in der Kulturrevolution erneut als "ökonomismus" verdammt wurde. Nach dem Sturz Lin Biaos begann wieder die Phase der materiellen Anreize, die allerdings ständig vom "Alten" mit Meckern begleitet wurde. Erst in der 5. Lohnreform vom Oktober 1977 fand dieser Streit sein Ende. Mit dem neuen Gespann Deng/Hua wurde sogar eine grundsätzliche Neuorientierung des Lohnsystems eingeleitet. Vor dem Hintergrund dieser Maßnahmen soll deshalb die aktuelle Lohnstruktur Chinas untersucht werden.

Diese Lohnreform vom Oktober 1977 schloß ausdrücklich die in der Landwirtschaft Beschäftigten aus. Trotz dieser Beschränkung bedeutete sie eine klare Direktive für die Zukunft. Mit dem Ende Maos und seiner Jünger trat diejenige Fraktion von der Bühne ab, die die Lohnabhängigen vor allem mit weisen Sprüchen abspeisen wollte. So beeindruckt sich westliche Bourgeois von den "tiefen" Einsichten des Meisters zeigten, um so unbefriedigter blieb der berühmte kleine Mann von dieser dürftigen Kost des Gurus. Und die Zeit war inzwischen über die einfachen Einsichten des alten Yanan-Haudegens hinweggeleitet. Durch die wachsenden Produktivkräfte wurden auch in China die sozialen Verhältnisse komplexer. Das heißt natürlich nicht, daß unter Deng/Hua das Paradies ausbricht. Auch jetzt gilt: Die ohnehin Betuchten kommen auf ihre Rechnung, vom Galopp in die Zukunft bleiben jedoch den meisten Chinesen nur die Tritte.

Kerngedanke der jetzigen Lohnpolitik sind Abbau sozial-egalitärer Versuche und materielle Leistungsvergütung zwecks Erreichung einer erhöhten Produktivität. Unausweichliche Folge wird die weitere Verschärfung der "drei großen Gefälle" (Stadt-Land, Arbeiter-Bauer, geistige und körperliche Arbeit) sein.

Um diese erste allgemeine Revision des gesamten Lohngefüges seit 1956 richtig beurteilen zu können, müssen noch einige Angaben zu früheren Lohnanpassungen gemacht werden. Die wichtigsten Eckdaten waren 1960, 1963 und 1971/72. Insbesondere die letzte Lohnrevision hatte verhältnismäßig große Verbesserungen im Lohnniveau vorgenommen, um "Egalisierungstendenzen" der Kulturrevolution wieder auszugleichen. Zwei Aspekte waren dabei von Bedeutung: 1. Ende 1971 wurden alle Lohnarbeiter der drei

niedrigsten Lohnstufen um zwei Stufen befördert. 2. 1972 wurden alle Löhne - ausgenommen die beiden höchsten Lohnstufen - um 10% erhöht. [vgl. Food and Agriculture Organization of the United States, Report on China's Agriculture, Rom 1974, S. 32 (FAO Report)] Wichtig an dieser Lohnerhöhungspolitik 1971/72 ist im Zusammenhang mit der Lohnreform von 1977 vor allem die Maßnahme eins. Sie beinhaltet, daß Lohnarbeiter der beiden untersten Lohnstufen nur unter denjenigen Arbeitskräften zu finden sind, die nach 1971 in den Ausbeutungsprozeß gelangten. Die Lohnerhöhungen für diese beiden untersten Lohngruppen machen auf der anderen Seite 1977 den Großteil der Erhöhung mit Steigerungsraten von rd. 15% aus. Ausgehend von geschätzten 40 Lohnarbeiterjahrgängen (20 - 60 Lebensjahre) und einer Gesamtzahl von rd. 70 - 80 Mio. Lohnarbeitern des Staatsbereiches, des Handelswesens und der Industrie ergibt sich eine ungefähre Gesamtzahl an Proletariern der beiden unteren Lohngruppen von rd. 9 - 11 Mio., d.h. also von höchstens 2 - 3% aller Chinesen im arbeitsfähigen Alter, für die die Lohnerhöhung von 1977 wirklich wesentliche Verbesserungen erbracht hat.

Betrachtet man das Lohngefälle und die Steigerung der Minimal- und Maximallohne einzelner Industriebranchen für die Jahre 1957 - 1978, so ergibt sich folgendes Bild:

Industriesektor	1957	1978	Differenz 1978-57	
			Min.	Max.
Bergbau	33-110	39-113	+6	+3
Hüttenwesen	34-110	39-117	+5	+7
Elektrizitätswirtschaft	34-107	37-112	+3	+5
Bauindustrie	34- 94	35-105	+1	+11
Arzneimittelindustrie	31- 90	32- 95	+1	+5
Textilindustr.	31- 85	30-102	-1	+17

Quelle: China aktuell 1978, S.21

Beim Vergleich dieser Übersicht ergeben sich u.a. zwei interessante Hinweise. Zum einen ist das Lohnniveau in den kapitalintensiven Schlüsselindustrien mit relativ hohem Produktivitätsniveau pro Arbeitskraft sowie staatlichem Investitionsvorrang höher als in arbeitsintensiven Konsumgüterindustrien. Da die untersten Lohngruppen in allen Branchen nur geringfügig über dem gesetzlich fixierten monatlichen Mindestlohn von 28 Yuan liegen, wird offensichtlich nicht die körperliche Härte der Arbeit in den Schwer- und Grundstoffindustrien höher entlohnt, sondern die aufgrund der staatlichen Investitionen höhere Produktivität und die fachliche Qualifikation der Arbeitskraft. Das heißt, die staatliche Lohnpolitik entlohnt nicht nur die individuelle Leistung, sondern mehr noch die Tatsache, daß eine Arbeitskraft in einem Industriesektor tätig ist, den die Kapitalvertreter für wichtiger als andere Branchen halten.

Ein zweiter Punkt von Bedeutung ist die Tatsache, daß sowohl Minimal- als auch Maximallohnstufen zwischen 1957 und 1978 nur unwesentlich erhöht wurden. Über einen Zeitraum von gut 20 Jahren ergibt sich ein durchschnittlicher Jahresanstieg

von weniger als 0,5%. Im Gegensatz dazu zeigt die Entwicklung des absoluten Durchschnittsindustriellohns (Mittel aller Lohnstufen und Industriesektorenlohne) einen erheblich deutlicheren Anstieg. So betrug der absolute Durchschnittsindustriellohn 1957, von der damaligen Jahresbasis auf die jetzige Monatsbasis umgerechnet, rd. 54 Yuan. Nach der Lohnreform 1971/72 hatte er sich auf rd. 60 Yuan erhöht, und gegenwärtig dürfte er bei rd. 63 Yuan (ohne Prämienzulage usw.) liegen. Es ergibt sich ein durchschnittliches Jahreswachstum von 1,5-2% beim absoluten Durchschnittslohn. Der Schluß liegt deshalb nahe, daß die Verbesserungen in den mittleren Lohnstufen deutlicher waren als in den untersten und höchsten Lohnstufen, was sich aus der massenhaften Anhebung der unteren Lohngruppen 1971 ergibt.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die direkten Lohnverbesserungen der Lohnarbeiter bis 1977 nur verhältnismäßig gering waren und im Durchschnitt weniger als 2% jährlich betragen. Die Steigerungen für qualifiziertes Personal und für Hilfsarbeiter waren im Gegensatz dazu annähernd null. Diese Situation soll sich durch die Lohnreform von 1977 gerade ändern.

Statt des während der letzten Jahre üblichen Monatslohns (unabhängig von den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden und der individuellen Produktion) wird wieder die Kategorie des Stunden- und Akkordlohns propagiert. Das liest sich in einem Artikel der Volkszeitung z.B. so: "Das Zeitlohnsystem ist eine weit verwendbare Form der Vergütung. Das Akkordarbeitssystem ist zwar nur in einem engeren Bereich verwendbar, aber es ist trotzdem unter bestimmten Bedingungen für bestimmte Bereiche angemessen. Der Einsatz notwendiger materieller Vergütungen kann unter bestimmten Umständen und in gewissen Grenzen die Schwächen der Grundentlohnungsformen ausgleichen und dazu beitragen, das Prinzip der Verteilung nach Leistung zu verwirklichen." Und zum Zusammenhang zwischen Profit und Lohn heißt es: "Das neugeborene bourgeoise Element Wang Hungwen machte die absurde Aussage: 'Das System der Akkordarbeit, der Stundenlöhne und der Prämien spiegelt nicht die Sorge für das Leben des Volkes wieder. Es ist eine ungeheure Verletzung für die Arbeiterklasse'. Chinas Arbeiterklasse war 'einer ungeheuren Verletzung' ausgesetzt, nicht durch das 'System der Akkordarbeit, der Stundenlöhne und Prämien', sondern durch die Viererbande, die die Massen unterdrückte, sich über sie lustig machte und ihr Wohlergehen mißachtete... Ein System, das beide Formen vereint und in der Hauptsache auf dem Stundenlohnsystem beruht, während das Akkordsystem als Zusatz dient, ist der gegenwärtigen Situation unseres Landes angemessen... Insbesondere unter solchen Bedingungen, da das Stundenlohnsystem praktiziert wird und in denen eine verhältnismäßig lange Zeit nötig ist, um Lohnanpassungen vorzunehmen, kann der richtige Einsatz von Vergütungen die Produktion bemerkenswert vorantreiben (!). Wenn die Löhne verhältnismäßig niedrig sind, kann der richtige Einsatz von Vergütungen eine wichtige Rolle in der Hebung des sozialistischen Enthusiasmus unter den Massen und in der Verbesserung ihres Lebensstandards spielen." [RMRB v. 22.11.77 "Die Falschheiten der 'Vier-

rerbande' hinsichtlich der Entlohnungsformen für die Arbeit widerlegen"]

Und zu den Profiten heißt es in derselben Zeitung: *"Sozialistische Unternehmen sind darauf angewiesen, ihre Profit- und Steuerabgaben an den Staat zu erhöhen, um Kapital für eine ausgedehnte sozialistische Produktion zur Verfügung zu stellen, die verschiedenen administrativen Ausgaben des Staates zu decken und Kapital für Unternehmungen in Wissenschaft, Erziehung, Gesundheitswesen, Kultur, Künsten und für Wohlfahrtsfonds wie Altersrenten und Nothilfe bereitzustellen... Die Viererbande nahm bössartige Verleumdungen vor, indem sie Gewinne in sozialistischen Unternehmen in China mit der Praxis des 'Kommandos der Profite' gleichsetzte, um Verwirrung zu schaffen und die Produktion zu stören."* [ebd. "Gewinne im Sozialismus"] Man sieht, der Wettstreit der Menschheitsbeglückter ist in China in vollem Gange. Alle reden von Verbesserung der Lebensbedingungen - und meinen Erhöhung der Ausbeutung. Jede Epoche hat dabei ihre Parolen und Schlagworte. Was bleibt, sind die Lügen der Bourgeoisie.

Der Tenor der Aussagen und eine Flut ähnlicher Berichte besagt nichts anderes, als daß über Leistungslöhne die Ausbeutung forciert werden soll. Der Trend zur relativen Mehrwertproduktion, also der Erhöhung der Arbeitsleistung innerhalb der gegebenen Arbeitszeit ist eine immanente Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Und erhöhte Ausbeutung bedeutet natürlich auch erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft, also die Möglichkeit steigender Löhne entsprechend der höheren Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Gegenwärtig ist aufgrund der bisherigen Politik der Niedriglöhne der Lohnkostenanteil an der Produktion vor allem in der kapitalintensiven Produktionsgüterindustrie im internationalen Vergleich ausgesprochen gering. Zumindest in den modernen staatlichen Betrieben machen die Lohnkosten in der Regel weniger als 10% aller Kosten aus. Einige wenige Hochleistungsbetriebe lagen sogar unter der 5%-Marke. [FAO-Report, S. 29] in dieser Hinsicht soll die 77er Reform neben der anvisierten Leistungssteigerung auch eine weitverbreitete Unzufriedenheit der Arbeiter dämpfen. Deshalb auch im wesentlichen ihre Beschränkung auf die zwei unteren Lohngruppen. Daneben wurde die Gehaltsbegrenzung nach oben abgebaut, um so das Loyalitätsbewußtsein der "Staatsdiener" zu stärken.

Bei der Lage des Proletariats darf aber nicht übersehen werden, daß es in China in einer Reihe von Industriebranchen praktisch zwei Klassen von Industriearbeitern gibt. Arbeiter erster Klasse (in der Regel fachlich qualifiziert) sind auf Lebenszeit Angestellte ihres jeweiligen Industriebetriebes mit allen entsprechenden sozialen Vergünstigungen (Wohnung, Krankenbehandlung, Lohnfortzahlung, Altersrente usw.). Im Gegensatz dazu sind die Arbeiter zweiter Klasse in der Regel nur zeitweilig auf Kontraktbasis angestellt. Sie genießen die Vergünstigungen der permanenten Betriebsarbeiter nur für die Zeit ihres Arbeitsverhältnisses, d.h. sie unterliegen der andauernden Unsicherheit, in Zeiten des verminderten Arbeitskräftebedarfs den verbesserten Lebensstatus zu verlieren und in die jeweiligen ländlichen Volkskommunen zurückkehren zu müssen, die den

Bereitstellungskontrakt mit den verschiedenen Industriebetrieben geschlossen haben und eine entsprechende "Leihkommission" erhalten. Diese Politik der Kontraktarbeiter, d.h. einer möglichst kleinen permanenten Belegschaft und einer konjunkturgebundenen Arbeitskraftreserve bildete sich vor allem in der Konsolidierungsphase unter Liu Shao-ch'i und Deng Xiaoping 1962-65 heraus, als die Betriebe nach dem Desaster des "Großen Sprungs" unter überhöhten Lohnfonds zu leiden hatten. Damals entstanden sogar sog. städtische oder regionale "Arbeiterpools", die Arbeiterkontingente auf Zeit an Betriebe ausliehen. Diese Spaltungsbemühungen der Bourgeoisie innerhalb der Lohnarbeiterschaft machen dann auch die permanent wiederkehrenden Berichte über Zusammenstöße von verschiedenen Arbeitsgruppen in einzelnen Betrieben verständlich. Der Interessenbruch zwischen beiden Arbeiterkategorien war vorgegeben und wurde in den taktischen Auseinandersetzungen von beiden Fraktionen des chinesischen Kapitals genutzt. Daß das Problem eines Arbeiterabbaus sicher auch wegen anstehender Rationalisierungen der heutigen Führung zu schaffen macht, geht aus Presseberichten indirekt hervor. So heißt es u.a.: *"Staatsorgane und Unternehmen, die landwirtschaftliche Arbeitskräfte für sich selbst abziehen wollen, müssen sich strikt an den Staatsplan halten. Wenn es nicht im Plan vorgesehen ist, dürfen Einheiten keine Arbeitskräfte illegal von den Produktionsgruppen abziehen. Das gesamte Personal, das durch illegale Abmachungen rekrutiert, angeheuert und beschäftigt worden ist, muß entlassen und in die jeweiligen Produktionsbrigaden zurückgeschickt werden."* [Summary of World Broadcasts, Part III The Far East, Reading (hg. v.d. BBC) (SWB), 25.11.77] Die gegenwärtige Führung ist also offensichtlich dabei, überzählige Arbeiter auf Kontraktbasis abzubauen und in die landwirtschaftliche Produktion zurückzukanalisieren. Dort ist sie ein Kostenfaktor der kollektiven Grundeinheiten und nicht mehr der staatlich-betrieblichen Lohnfonds. Da die große Mehrheit der Kontraktarbeiter in die beiden unteren Lohnstufen eingeordnet ist, wird mit der Lohnreform vom Oktober 1977 noch zweierlei erreicht: Zum einen die erzwungene Ab- und Rückwanderung, so daß die Belastung des Lohnfonds durch die Lohnerhöhungen zu einem Teil durch die verminderte Zahl der Arbeiter wieder aufgefangen wird, und zum anderen wird die mögliche Unzufriedenheitswelle unter den restlichen Kontraktarbeitern durch das Lohngeschenk gedämpft.

Daß auch die Mannschaft Deng/Hua gegenüber den Arbeitern keine Spendierhosen anhat, zeigt sich, wenn man die Kosten dieser großartig hinausposaunten Reform abschätzt. Ausgehend von rd. 30 - 40 Yüan Monatslohn in den beiden unteren Lohngruppen der Industrie Chinas ergibt sich bei rd. 15% Lohnerhöhung ein annähernder Durchschnitt von 5 Yüan monatlich. Für 9 - 11 Mio. Arbeiter läßt sich eine jährliche Mehrbelastung an Lohnkosten von rd. 550 - 650 Mio. Yüan ausrechnen. Selbst unter der Annahme, daß noch einmal die gleiche Zahl von Industriearbeitern höherer Lohnstufen teilbegünstigt worden wäre, kann die Steigerung der Gesamtlöhne für den Industriebereich kaum wesentlich über 1 Mrd. Yüan liegen; denn nach Aussagen eines NCNA-Berichtes vom 1. Januar 1978 betragen die Lohnsteigerungen durchschnittlich nur 10%. [SWB v. 5.1.78] Da sie in den

unteren Stufen eine höhere Steigerungsrate erreichte, müssen sie in den mittleren beachtlich unterhalb der 10%-Marke gelegen haben.

Im Verhältnis dazu wurde der Bruttoproduktionswert der Industrieproduktion 1975 auf rd. 330 Mrd. Yuan geschätzt [G. Hidasí, China's Economy in the Mid-1970s and its Development Perspectives, Acta Oeconomica, Vol. 14 (4), 1975, S. 366/67] Bei einer Steigerung der Industrieproduktion 1976/77 um 14% und einer weit geringeren Steigerung 1975/76 ergibt sich für 1977 eine Größenordnung von 380 Mrd. Yuan. Selbst die hieraus ableitbare Nettoindustrieproduktion (Verhältnis ca. 100:32) liegt immer noch bei mehr als 120 Mrd. Yuan. Allein der Zuwachs für 1977 dürfte bei rd. 14 Mrd. Yuan gelegen haben. Unter diesen Umständen bedeutet eine Lohnerhöhung von rd. 1 Mrd. Yuan 1978 eine Belastung, die kaum zu Buche schlagen dürfte, andererseits aber Unzufriedenheitsabbau, Loyalitätsfestigung und Leistungsanreiz bewirken kann. Ein weiterer Vergleich bezöge sich auf die Gesamtlohnkostengröße der industriellen Produktion Chinas. Ausgehend von einem absoluten Industriedurchschnittslohn von jährlich rd. 760 Yuan und einer Gesamtindustriearbeiterzahl von rd. 50 Mio. ergeben sich Lohnkosten von rd. 38 Mrd. Yuan. Das heißt, die Lohnreform bedeutet für den industriellen Bereich eine Erhöhung der Lohnkosten um weniger als 3%. Da es sich um die erste Reform seit 1971/72 handelt und da die Bruttoindustrieproduktion seit 1972 ein geschätztes Wachstum von 265 Mrd. Yuan auf 380 Mrd. Yuan aufweist (Hidasí), stehen 3% Lohnerhöhung rd. 30% industriellem Wirtschaftswachstum gegenüber. In diesen Zahlen drückt sich entgegen allem Geschwafel schön plastisch die Ausbeutung in China aus, die auch die die lächerliche Lohnerhöhung von 1977 nur noch verschärft werden soll.

Und diese Ausbeutung dokumentiert sinnfällig entgegen allen anderslautenden Schwüren den kapitalistischen Charakter Chinas. Das Kapital kauft die Arbeitskraft, um sie maximal auszubeuten, der Arbeiter will sich maximal verkaufen. Zwei gleichrangige Interessen finden ihren Ausgleich im ökonomischen Kampf. Zum Kampf braucht das Proletariat allerdings die Macht der Vereinigung und die Waffe des Streiks. Das Mirakel obiger Zahlen über die Ausbeutung und das Lohn-diktat des Kapitals löst sich rasch, betrachtet man die Waffen des Proletariats - es hat keine bzw. es wurde durch das Kapital mit seinen eigenen Waffen entwaffnet. Streik ist zwar laut Verfassung erlaubt, aber das heißt noch weniger als im Westen. Gewerkschaften, geschweige eine revolutionäre Partei gibt es auch nur formal als Disziplinierungsorgane der Bourgeoisie über das Proletariat als Ware Arbeitskraft. Alle formalen Voraussetzungen für den Übergang der Klasse an sich zur Klasse für sich sind durch den "revolutionären" Mummenschanz der chinesischen Bourgeoisie verbaut. Der revolutionären Perspektive ist vorerst durch seine institutionelle Verarbeitung für eine bessere Kapitalverwertung die Spitze abgebrochen; der immanent ökonomische Kampf des Proletariats um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen steht ganz unter dem Diktat der Bourgeoisie. Hier hat der kapitalistische Lehrling den faschistischen Meister bis zur Vollendung kopiert. Die Gewerk-

schaften bilden in diesem Rahmen als Staatsorgane einen Teil der umfassenden Organisation der Bevölkerung zur weitgehenden Integrierung in den kapitalistischen Produktionsprozeß. Einst Kampfinstrument des Proletariats zur Verteidigung seiner ökonomischen Interessen innerhalb des kapitalistischen Systems wird sie jetzt unter die Regie des Kapitals genommen und dient dazu, die absolute Unterordnung dieser unmittelbaren Arbeiterinteressen unter die langfristigen Interessen des Kapitals zu unterstützen. Die Marschkolonnen werden für lange Zeit der bevorzugte Bewegungsrahmen und unter dem Kollando verkleideter Bourgeois geht's ab in die Produktionsschlacht. Außer den Namen hat die "Gewerkschaft" genannte Organisation des Kapitals also überhaupt nichts mit dem proletarischen Kampfverband gemein. Es ist das immer wieder bewährte Schema: man benutzt traditionelle Symbole, Organisationsformen - ja, sogar die revolutionäre Ideologie, um die kapitalistische Ausbeutung besser tarnen zu können, indem man dem Proletariat jede tagespolitisch-ökonomische wie langfristige-revolutionäre Perspektive zu verbauen versucht.

Aber auch offene Staatsgewerkschaften - das zeigte schon der Faschismus - tendieren aufgrund ihrer Basisnähe zu teilweise gefährlichem Eigenleben. Es läßt sich kaum verhindern, daß diese primär auf Optimierung der Ausbeutung abgestellte Organisation im Ansatz Interessen der Ausgebeuteten zu artikulieren beginnt - und sei dies nur, um desto wirksamer die Disziplinierungsaufgabe langfristig wahrnehmen zu können. Kurzfristig führt diese widersprüchliche Ausgangslage aber häufig zu Spannungen mit den Vertretern der unmittelbaren Kapitalinteressen, die sich gewöhnlich einen Dreck um die Interessen der Lohnabhängigen scheren, für die sie vielmehr störende Faktoren im Kapitalverwertungsprozeß darstellen. Das "Volk" hat zu gehorchen und zu malochen - sonst hat es die Schnauze zu halten, oder es bekommt eine Lektion, damit es merkt, wie der Hase läuft.

Und so war es auch in China. Dreimal mußte die Gewerkschaftsspitze wegen sentimentaler Anfälle gesäubert werden; beim letzten Mal wurde diese Staatsorganisation sogar unter dem Gegröle der Rotgardisten, diesen Helden aller "aufgeklärten" Menschen, aufgelöst und die Chefs an den Pranger gestellt. Natürlich haben wir Kommunisten nichts dagegen, wenn sich die Bourgeoisie gegenseitig fertigmacht, aber es ist doch bezeichnend, daß die Mao-Fraktion zur Erreichung ihres Programms einer Steigerung der Ausbeutung gleich zu Anfang diese Streikverhinderungsorganisation zerschlagen mußte, weil sie tendenziell ihre Aufgabe nicht mehr wahrnehmen konnte.

Die Daten dieser Konflikte waren 1951/52, 1957 und eben 1966. In allen Fällen warfen die Kapitalvertreter ihren Kollegen von der unmittelbaren Front der Arbeiterdisziplinierung vor, in ihren Selbständigkeitsversuchen zu weit gegangen zu sein. Regelmäßig wurde die Aktivität der "Gewerkschaft" wieder auf einflußlose Bereiche beschränkt, wie soziale Hilfeleistungen, Produktionsentwicklung, Wettkampfkampagnen, kulturelle Tätigkeit, Freizeitgestaltung usw.

Im Dezember 1966 war's dann mit diesen "Gelben

Gewerkschaften" auf Staatsebene vorbei. Spätere Wiederbelebungsvorhaben durch die Pragmatiker wurden 1975 abgestoppt, als sich abzeichnete, daß dieser Transmissionsriemen von den Maoisten erobert zu werden drohte. Bis zur "Neuen Ära" mußten die Arbeiter auf "ihre" Organisation verzichten, was nicht weiter auffiel. Erst im Oktober 1978 auf dem "9. Nationalen Gewerkschaftskongreß" wurde diese Leiche wieder aufgemöbelt. Und damit den Arbeitern die Lust nur ja nicht verging, griff der große Trickkünstler Deng sehr tief in seine Schminkkiste: Er versprach der staunenden Versammlung die Mitbestimmung - natürlich nach jugoslawischem Vorbild, denn Westdeutschland ist immer noch kapitalistisch.

Und daß die Gewerkschaftsbosse wissen, worum es geht, zeigt der Tenor einer "erweiterten Tagung des Ständigen Ausschusses des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes": *"Die Gewerkschaften müssen sich in ihrer Arbeit auf die Produktion konzentrieren. Das heißt, sie müssen die Arbeiter mobilisieren und organisieren, am sozialistischen Wettbewerb teilzunehmen, mit allen Kräften die Produktion zu erhöhen und für Sparsamkeit bei der Produktion zu sorgen; sie müssen großen Wert auf die ideologische und politische Erziehungsarbeit legen und die Arbeiter und Angestellten ermutigen, sich für die sozialistische Modernisierung einzusetzen."* Beijing Rundschau 11/79, S. 4)

Statt »Großer Ordnung« Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes

Vor dem Hintergrund der bisher skizzierten ökonomischen und sozialen Bedingungen gewinnt die Politik der alten und neuen Vertreter des Kapitals in China erst an Kontur. Es geht eben nicht hauptsächlich um "Ideen" der Menschen, sondern um die Umsetzung der Industrialisierung bei sich verändernder Ausgangslage. In Zeiten allgemeiner sozialer Umwälzung bedarf es sicher des inneren Stützkorsetts einer Morallehre. Auch war es schon immer sehr heikel, die Grundlagen der kapitalistischen Akkumulation zu setzen - ohne Maschinen, ohne Tradition in bezug auf die Absurditäten der neuen Ökonomie der Zeit usw. Hier gab die Ideologie Maos mit ihrer Betonung von Leistung, Disziplin und Puritanismus die notwendige Orientierung. Ganz im Vordergrund stand anfangs die Abrichtung für die Fabrikarbeit und die soziale Zerstörung des traditionellen Dorfes, um Arbeitsfreude kombiniert mit einem minimalen Lohnniveau zu garantieren. Der Maoismus war das staatlich verordnete Aufputschmittel, um die Arbeitskraft maximal zu aktivieren. Ein pausenloses ideologisches Trommelfeuer sollte das "Volk" präparieren. Und um die Ausbeutung möglichst zu kaschieren, sollte der einzelne im massenhaften Getriebe untertauchen. Polizei, Arbeitslager, Zwangspsychiatrie etc. sorgten - wenn nötig - für die rigorose Einordnung in das "Volksganze".

Die Kapitalvertreter waren zum anfeuernden Vorbild aufgerufen, hatten also vor allem als Agenten für das Kapital und weniger für sich zu handeln. Die Maximierung des produktiven und die Minimierung des individuellen Konsums war die logische Devise. Wir wissen aus späteren Kampagnen, daß auch der chinesischen Bourgeoisie dieser "faustische Konflikt" keineswegs problemlos glückte.

Als Agenten des Kapitals damit betraut, soviel Mehrwert wie möglich aus dem "Volk" zu pressen und der Akkumulation zuzuführen, wirtschafteten sie allzuleicht in ihre Taschen. Sie schmälerten damit nicht nur die Mittel für die Industrialisierung, sondern drohten soziale Fronten aufzureißen, die mühevoll durch allerlei illusionistische Tricks gekittet waren. Kritik am "Bürokratismus" artikuliert im Kern die Angst vor der Verfestigung von antagonistischen Klassen. Oder in der Art der Spruchweisheiten Maos galt es folgende Konsequenz so lange wie möglich zu bannen: Wenn die Tendenzen zu Bürokratismus und Restauration bürgerlicher Ideologie sich verstärken, können sich die Widersprüche im Volke zu Widersprüchen zwischen dem Staat und dem Volke entwickeln. Da trifft sich Mao mit den frommen Wünschen aller Demokraten.

Auch wenn Mao sicher die Aufgaben eines Bourgeois - zumal wenn er am Anfang der Akkumulation steht - durchaus richtig sah, so entsprach doch seine aktuelle Politik je länger, desto weniger den Erfordernissen der Zeit. Man konnte eben nicht einfach durch immer neue Kampagnen die Bauern und Arbeiter für eine nicht endende Arbeitsschlacht mobilisieren und diese durch allerlei Hoffnungen abspeisen. "Revolution" am Morgen, am Mittag, am Abend - das geht nur eine Zeitlang gut. Allmählich verflüchtigen sich eben durch die bekannte Reibung mit der Wirklichkeit letztlich auch die größten Illusionen. Und außerdem erzwingt eine wachsende Entwicklung der Produktivkräfte mit urchimlicher Naturgewalt eine soziale Aufspaltung der Gesellschaft. Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft, die Arbeit in ihm ist Ausbeutung; das läßt sich höchstens vorübergehend kaschieren. Aber es fällt um so schwerer, je mehr der Kapitalismus entwickelt ist. Deshalb ist es auch nicht erstaunlich, daß der Höhepunkt des persönlichen Einflusses Maos praktisch im Frühsommer 1957 überschritten war. Der Fehlschlag der "Hundert-Blumen Kampagne", der Politik der "Drei Roten Banner" und schließlich auch der Kulturrevolution brachten Schritt für Schritt den Abbau seines Prestiges und damit seines Einflusses mit sich. Die hartnäckige Betonung von Autarkie, Egalismus, Massenmobilisierung etc. entsprach immer weniger den materiellen Erfordernissen. Mehr noch als die Industrie stieß die Landwirtschaft auf die Grenzen des maoistischen Modells. Da Neulandgewinnung immens kostspielig war, blieb hier nur Mechanisierung und Chemie. Beide Maßnahmen sprengen die maoistische Devise, wesentliche Entwicklung aus eigener Kraft durchzuführen, denn hierzu brauchte man den Import moderner Technik.

Schon vor dem Großen Sprung und dann verstärkt nach diesem Desaster hatten die "Liuisten" diese Notwendigkeit erkannt. Der maoistische

Starrsinn wirkte nur hemmend auf die Akkumulation, da Mao gegen die materiellen Bedingungen seine Ideologie vom "tausendjährigen Reich der Volksgemeinschaft" erzwingen wollte, aber im Endeffekt nichts anderes als wachsenden Widerstand von unten provozierte und damit die Grundlage für die Akkumulation unterminierte.

Bis zum Tode Maos bestimmten die "Realisten" die Politik, Mao und seine Mannschaft funkten nur über den Propagandaapparat dazwischen. Sie konnte so die Richtung zwar nie entscheidend ändern, die Entwicklung aber insgesamt stark verzögern. Insgesamt bedeuten die Jahre seit der Kulturrevolution nichts anderes, als Schritt für Schritt diesen Störfaktor zu eliminieren. Es war auch nicht zufällig, daß Lins Versuch, den "echten" Maoismus zu erzwingen, zur Farce der Militärdiktatur verkam. Der 10. Parteitag 1973 brachte ein Patt zwischen den Fraktionen, das sich aber schon beim V. Volkskongreß 1975 weitgehend zugunsten der Pragmatiker im Staatsapparat auflöste. Sicher nicht zufällig blieb Mao dieser Versammlung fern und plauderte lieber mit Franz-Josef Strauß. Er wollte offensichtlich Chous Programm der "Vier Modernisierungen" nicht zur Kenntnis nehmen. Die Maoisten verschärften vielmehr ihre Kampagnen: Die gegen ihn gerichtete Konfuzius-Kampagne hatte Chou geschickt auf Lin abgewendet. Die Antwort Maos auf den Volkskongreß war eine "Kampagne zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats", und im Laufe des Jahres kam die Shui-hu-chuan-Kampagne hinzu, die sich mit dem Roman "Die Räuber vom Liangshan-Moor" - einer Art chinesischer Robin-Hood-Erzählung gegen das "Kapitulantenentum" Dengs richtete. Denn dieser Deng, in der Kulturrevolution als "Kapitalist Nr. 2" gleich hinter Liu von den Maoisten erledigt, war jetzt der entscheidende Mann, da Chou schon seit 1974 im Krankenhaus lag. Und Deng ging auf's Ganze. Im Verlauf des Jahres 1975 ließ er drei Grundsatzdokumente erstellen, in denen mit Phrasen kaum getarnt, das alte Programm der Liuisten programmatisch unterstrichen wurde. Die endgültige Konfrontation steuerte auf den entscheidenden Punkt. Die äußeren Daten sind weitgehend bekannt: Januar 1976 Tod Chous, am 7. Februar wird Hua und nicht Deng Ministerpräsident, parallel verschärftes "Schattenschießen" auf Deng, 5. April Massenauflauf auf dem Tiananmen-Platz, der als "konterrevolutionär" von der Polizei zerschlagen wird. Sturz Dengs. Juli schwere Erdbeben und Tod Chu Des. Tod Maos am 9. September. Damit war der Yenaner "Uradel" verschieden. Verhaftung der "Viererbande" am 6. Oktober. Dem Meister setzte man sein gigantisches "Mausoleum", um sich jeweils zum Todestag in rituellen Verbengungen zu versammeln. Der Kampf, der nach Maos Tod so schnell und heftig entbrannte, war keine Erscheinung engstirniger Machtpolitik. Vielmehr ging es um die längst überfällige Entscheidung, die Weichen der langfristigen Kapitalakkumulation für das Land zu stellen. Es war daher nur natürlich, wenn die neue Führung gleich nach der Palastrevolte die Reaktivierung Dengs betrieb.

Auf die Nachricht vom Sturz der "Vier" kam es in vielen Provinzen zu schweren Unruhen. Den ganzen Monat hatten lokale Milizen und Militär mit ihrer Niederschlagung zu tun. Erst Anfang

Dezember konnte die "Ruhe" in fast allen Teilen des Landes wiederhergestellt werden. Auch wenn die jahrelange Indoktrinierung und Propaganda bei Teilen der Bevölkerung sicher nicht spurlos geblieben war, so gilt dennoch: Die Nachricht vom Sturz löste bei der überwiegenden Mehrheit nicht nur Erleichterung, sondern eine Art Festtagsstimmung aus. Und es ist diese Aufbruchsstimmung, die in den nächsten Jahren die Mächtigen wohl eher nervös macht, droht sie doch ihr neues Konzept der "Großen Ordnung" zumindest durcheinanderzubringen. Am Anfang steht freilich die Erleichterung dank der spontanen Beseitigung des größten maoistischen Plunders. Die bürgerliche Zwangsjacke mußte einfach ein bißchen gelockert werden: Man darf sich wieder schüchtern lieben, selbst Geschriebenes darüber soll's jetzt geben, in den größeren Städten steht eine "Mauer der Demokratie", wo jetzt nicht mehr alle "subversiven" Meinungsäußerungen von der Polizei entfernt werden. Es gibt Werbung, sogar mit Bildern nackter Frauen, also gibt es jetzt auch Sittenverfall, auf der Straße erzählt man sich wieder Witze, wer will, hört wieder Mozart, Beethoven etc., vor allem lernt man aber Englisch, trinkt die erste Cola und ißt bald auch Hamburger. Die Frauen tragen wieder Dauerwellen, die Mode bekommt insgesamt Farbe. Der französische Modeschöpfer Pierre Cardin war auch schon da. Es gibt jetzt auch "Schwierigkeiten bei der Inflationsbekämpfung", "Kampf gegen Korruption" und Kriminalität. Daß das Ganze nicht ausartet, dafür sorgt schon Deng, der immer ernster vor Übertreibungen warnt. Und daß die Chinesen nicht zu übermütig werden, darüber wacht immer noch die massenhafte Polizei. Schließlich war Hua vorher nicht umsonst Chef der Geheimpolizei. Aber jetzt soll es streng nach den Normen des Rechtsstaats zugehen. Ordentliche Verhaftungen, ordentliche Gerichtsverfahren und zur Not ordentliche Hinrichtungen. Unter Mao herrschte die reine Willkür, wie erst jüngst Amnesty International feststellen konnte. [Political imprisonment in the People's Republic of China, London 1978]. Aber das heißt sicher nicht, daß man jetzt zimperlicher mit dem "subversiven Gesindel" umspringen wird. Die ehemaligen Helden der Kulturrevolution haben das schon gespürt: z.B. die Aktivistin Nieh Yuan-tzu, die die erste Wandzeitung am 25.5.1966 auf dem Pekinger Campus anbrachte. Unter Mao macht sie Karriere, im November 1978 wird sie dagegen verhaftet und soll wegen "krimineller konterrevolutionärer Angriffe auf die Partei" vor Gericht kommen. Denn inzwischen hat sich bekanntlich der Wind völlig gedreht. "Großer Sprung" und Kulturrevolution werden von den jetzigen alten Herren, den Überlebenden des Revolutionsadles, natürlich ganz anders eingeschätzt. Nicht umsonst hatte man ihnen in der Kulturrevolution übel mitgespielt. Nach dem Tod des "Alten" kommt jetzt die Abrechnung.

Auf der anderen Seite werden alle rehabilitiert, die bislang noch nicht drangekommen waren. Von den Oberen alle bis auf Liu. Der ist inzwischen verstorben, aber bedacht wird auch er, seine Frau wurde nämlich schon "empfangen". Von den "Kleinen" alle Opfer des maoistischen Zornes. Eine Unzahl von Individuen vegetierte praktisch seit Jahren als Parias, weil sie der Bannstrahl Maos getroffen hatte. Alle "konterrevolutionä-

ren" Elemente seit dem "Hundert-Blumen"-Betrug können aufatmen. Daß die Geschichte jetzt wieder völlig gegen den Strich gebürstet wird, zeigt auch der "konterrevolutionäre" Zwischenfall vom Tiananmen. Der 5. April 1976 wird heute mit dem 4. Mai 1919 in einem Zusammenhang genannt, beides jetzt also Daten für einen stürmischen Durchbruch in die Zukunft.

Man läßt also Dampf ab und ordnet die Verhältnisse. Denkt man an die wirtschaftlichen Fragen, so sieht man erst, welche Probleme es zu lösen gilt. Und das soll nun nach der "2. Befreiung" im Riesentempo erledigt werden. Gleich nach dem Umsturz begann eine Welle von sog. Fachkonferenzen die neue alte Politik einzuleiten. August 1977 auf dem 11. Parteitag und Februar 1978 auf dem V. Volkskongreß fixierten die Richtung, die dann auf der 3. Plenartagung des 11. ZK im Dezember 1978 ihre endgültige Bestätigung fand. Inzwischen ist Deng der unbestrittene Star und für das US-Magazine Time der "Mann des Jahres". Die allgemeinen Prinzipien unterscheiden sich natürlich nicht grundsätzlich von dem, was wir schon aus früheren Phasen kennen. Es sind ja nicht umsonst zum großen Teil dieselben Akteure: Im Bildungswesen gelten wieder Aufnahmeprüfungen, Zensuren, Zeugnisse und Fachwissen. Die Universitäten sind nicht länger nur Fachschulen zur Verbesserung der einfachen Arbeitskraft, sondern die Brutstätten der Elite der Nation. Die Intellektuellen natürlich auch nicht mehr hinter Renegaten, Agenten, "Machthabern, die den kapitalistischen Weg gehen", Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionären, üblen Elementen und Rechten die "Stinkenden Nr. 9". Die Betroffenen rd. 20 Mio. gehören wieder zu den Aufsteigern mit der Hoffnung auf Offiziers- und Unteroffiziersposten im kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozeß. In der Landwirtschaft liegt das Schwergewicht natürlich auf Privatland, freie Märkte, Nebenerwerb und neue Entlohnung. In der Industrie betont man Führungsqualität, Arbeitsproduktivität, Disziplin, Leistung etc. Im Außenhandel volle Hinwendung zum Westen, wobei die dortigen Kapitalisten wegen der anvisierten Größenordnung ganz nervös werden. Bis 1985 sollen insgesamt 14 schwerindustrielle Zentren gebaut werden. Im einzelnen sind 120 Großprojekte geplant, darunter 10 Stahlwerke, 19 NE-Metall- und 8 große Kohlebergwerke, 30 Kraftwerke (darunter auch Kernkraftwerke), 6 Eisenbahnfernstrecken und 5 große Häfen sowie die Erschließung 10 neuer Öl- und Erdgasfelder. Insgesamt soll in acht Jahren soviel wie im ganzen Zeitraum seit 1949 in die Gesamtwirtschaft investiert werden. Da wird klar, daß dies nur - wenn überhaupt - bei enger Zusammenarbeit mit dem Westen möglich wäre. Drei Tabus der Maoisten gingen dabei voll über Bord: keine Auslandskredite, möglichst kein Rohstoffexport, keine joint-ventures. Während die ersten beiden Punkte heute ganz selbstverständlich sind, gibt es immer noch ungläubiges Staunen beim dritten. Aber es herrschen keine grundsätzlichen Skrupel mehr, mit der billigen chinesischen Arbeitskraft Kapitalisten ins Land zu locken. Nur ein Beispiel: Ein BRD-Konzern der Unterhaltungselektronik vereinbart über seine Tochter in Hongkong eine Investition in China. In einem Werk in der Nähe Kantons sollen Radio- und Stereogeräte sowie Kassettenrecorder ab März '79 montiert werden, und zwar

unter folgenden Konditionen: für ein bestimmtes Produkt wird der Arbeitswert in Hongkong ermittelt. China fordert dann einen um 30% geringeren Preis, dies unabhängig von der tatsächlich eingesetzten Anzahl der Arbeitskräfte. Wenn z.B. 300 gut ausgebildete Lohnarbeiter in Hongkong durch 1000 schlecht ausgebildete Arbeiter in China ersetzt werden, so zahlt der westliche Kapitalist seinem chinesischen Bruder nur den Betrag, der für die 300 abzüglich 30% in Hongkong angesetzt ist. Maßstab der Produktivität ist also die "gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" Hongkongs.

Darüber hinaus stellt China das Betriebsgebäude, das benötigte Land und eben die Arbeitskräfte. Gleichzeitig wird zugesichert, daß Bauelemente aller Art aus Drittländern absolut unbeschränkt eingeführt werden dürfen. Der westliche Kapitalist muß nur alle sonstigen Investitionen wie Fabrikationseinrichtungen, Meßgeräte usw. zunächst selbst tragen, die chinesische Regierung übernimmt diese Investitionsgüter nach zwölf Monaten zum Anschaffungspreis, so daß nach dieser Zeit das Werk China gehört. Dabei wird monatlich eine Abschlagszahlung geleistet, vorzugsweise in Kompensation mit dem anfallenden Arbeitslohn. Der Gesamtvertrag läuft über fünf Jahre. Weil der Lohn an die Regierung gezahlt wird, muß diese die Arbeiter selbst entlohnen. Der Profit aus der Fabrik fließt während der Vertragsdauer gänzlich dem Hongkonger Unternehmen zu. [Handelsblatt v. 27.3.79] Hier haben wir also eine Variante der neuerdings in der "Dritten Welt" so beliebten Exportproduktionsfabriken. Die ganze Sache ist deshalb keineswegs ungewöhnlich, und im "Ostblock" ist sog. "Lohnveredelung" auch gang und gäbe, aber an China leben noch soviel Illusionen, daß man solche Banalitäten extra hervorheben muß. Der Clou ist wie immer die Lohndifferenz: In chinesischen Fabriken beträgt der Monatslohn umgerechnet 187 HK- $\text{ $\$$ }, in Hongkong müßte für die gleiche Arbeit 700 - 800 HK- $\text{ $\$$ gezahlt werden. Man kann sich gut vorstellen, was auf das Proletariat zukommt. Im Vordergrund steht die Forcierung der Akkumulation mit einer anvisierten Wachstumsrate von 10%. Alle Bereiche sollen beschleunigt industrialisiert werden, die Infrastruktur soll ausgebaut, die Landwirtschaft schwerpunktmäßig mechanisiert und die Rüstung wieder angekurbelt werden. Zwar steckt man seit der imperialistischen Übung in Vietnam offensichtlich die Zielmarken wieder ein bißchen zurück, aber das ändert nichts an der Ausgangslage. Jede Lohnsteigerung und Verteuerung der Agrarprodukte würden zwar die "Massenkaufkraft" erhöhen, aber zugleich den Akkumulationsfonds für die Produktionsgüterindustrie verringern. Deswegen ist nicht erstaunlich, daß sich der Grundtenor für die Lohnpolitik nicht geändert hat. Er lautet immer noch: "Ja zu einem einfachen Leben und harter Arbeit und nein zur Überbetonung der persönlichen materiellen Interessen!" [BR 11/79, S.12]. Das hätte auch Mao unterschrieben. Gegenüber dem "Volk" waren sich diese Kapitalisten noch immer einig. Und wenn das "Volk" jetzt vielleicht auch denkt, es wäre aus dem Größten raus, so wird es sich noch wundern. Denn das ABC jeder Kapitalakkumulation lautet: Langfristig kann ein hohes Akkumulationstempo nur über ein hohes Investitionsvolumen erreicht werden. Das erfordert$$

Einschränkungen in der Entwicklung der Konsumgüterindustrie. Forcierte Industrialisierung setzt immer die wirksame Unterdrückung der Gegenwartsbedürfnisse voraus, so wie natürlich generell auch im entwickelten Kapitalismus der Profit immer vor Konsum geht. Und da wird sich die Mannschaft Deng/Hua noch was einfallen lassen müssen. Ein probates Mittel im Kapitalismus, den Leuten die Notwendigkeit einer permanenten Selbstbeschränkung klar zu machen, ist natürlich die Propagierung einer Kriegsgefahr.

Die Zeiten der Vergeudung von Kapital und Arbeit sollen jedenfalls vorbei sein. Mit allen Mitteln soll jetzt die absolute durch eine relative Mehrwertproduktion ergänzt werden. Die Ausbeutung soll durch permanente Produktivitäts- und Intensitätssteigerung maximiert werden. Und damit in der Praxis nichts daneben geht, formuliert die rehabilitierte Wissenschaft ihre theoretischen Vorgaben. Einer der Hauptsprecher ist wieder Sun Yeh-fang, schon der Kopf unter den Liuisten. Er saß 7 Jahre und 5 Tage im Gefängnis und hat eine gehörige Portion Wut im Bauch: *"Ich will Feinden wie Chen Boda, Lin Biao und der Viererbande nicht für einen einzigen dieser Tage vergeben"*. Sonst ist er sich treu geblieben. Die Kernsätze dieses chinesischen "Liberman" sind wieder: *"Meine Meinung ist, daß es zwar 1 Million Gesetze geben mag, daß aber das Wertgesetz das wichtigste ist"*. *"In der Regel soll wirtschaftliches Handeln die größtmöglichen wirtschaftlichen Ergebnisse erzielen."* Und in einem programmatischen Artikel, der am 23. Oktober 1978 in der Volkszeitung nachgedruckt wurde, definiert er den "Gewinn" als Teil des materiellen Wohlstands, der durch die Arbeiter und Angestellten erzeugt wird und sich in drei Aspekte aufteilt: Kompensation für verbrauchte Materialien, Konsumgüterverteilung unter den Arbeitern, Angestellten und Angehörigen. Diese beiden Aspekte werden als Produktionskosten beschrieben. Der dritte Teil des "materiellen Wohlstands" ist der "Gewinn". Er wird als Ergebnis gesellschaftlicher Arbeit gewertet. Gewinn ist ein monetärer Begriff für den Wert der Produkte, die für die Gesellschaft hergestellt werden. [*"Mit Fug und*

Recht den sozialistischen Gewinn anpacken", In: Jingji Yanjiu, 9/78]. Man sieht, abgesehen von den üblichen bürgerlichen Floskeln unterscheidet er sich wohltuend vom mit Marx-Zitaten durchtränkten Maoismus. Mit Bekennermiene wird postuliert: Alles Wirtschaften beherrscht das Wertgesetz und der Profit steht absolut im Vordergrund. Konstantes und variables Kapital sind Kosten, der Überschuß ist Profit. Natürlich wird auch Sun hier wie üblich völlig verschwommen. Der Profit ist ihm als Bourgeois das Mirakel, dessen Ursache man lieber nicht tiefer erforscht, bzw. durch dunkle Andeutungen verschwinden läßt. Denn er müßte einen auf den Kern der eigenen Gesellschaft verweisen, die ihren einzigen Zweck in der stetigen Auspressung der Ware Arbeitskraft hat.

Nur falsche Ideologen und Propagandisten können behaupten, China sei im Wesen vom eigenen bekannten Kapitalismus verschieden. Es ist höchstens unterentwickelter, sicher nicht weniger gierig in seinem unstillbaren Heißhunger nach Mehrwert.

Der offenen Diktatur der chinesischen Bourgeoisie wird es immer weniger gelingen, diese Tatsachen der Ausbeutung mit billigen Tricks und schlechten Sprüchen zu verschleiern. So wie schon in der Vergangenheit, so wird in Zukunft verstärkt jener Antagonismus zwischen den Klassen, zwischen Kapital und Arbeit ausbrechen und die Volksgemeinschaft sprengen. Der Tat wird kommen, an dem das chinesische Proletariat wieder seine Klassenforderungen stellt und die von Stalinisten wie Maoisten zerschlagenen Kampforgane wieder aufbaut. Die revolutionäre Theorie des Marxismus wird dann mit den ekelhaften Lügen aufräumen. Die revolutionäre Partei wird als proletarische Kraft den Klassenkampf führen und die Große Ordnung der Bourgeoisie zerschlagen. Das chinesische Proletariat wird sicher das ABC des Marxismus neu lernen, und daß es kämpfen kann, hat es schon oft bewiesen. Es wurde von den Stalinisten und Maoisten besiegt, weil es schwach war. Das Blatt wird sich wenden, weil es in Zukunft immer stärker wird.

DIE SOZIALE BEWEGUNG IN CHINA

CHINA IN UNSEREN PARTEIPUBLIKATIONEN
in deutscher Sprache

(Teil I, KP Nr. 10, behandelte einerseits die Perspektive des ineinandergreifens von bürgerlicher und sozialistischer Revolution in China im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung, eine Perspektive, die infolge der weltweiten Niederlage des Proletariats bzw. der Vernichtung der Komintern als proletarischer Internationale durch den Stalinismus scheiterte. Er befaßte sich zunächst mit der Theorie und den Prinzipien und behauptete die Unabänderlichkeit des Marxismus gegen den "nationalen Sozialismus" Moskauer und Pekinger Prägung, legte die Theorie der Doppelrevolution kurz dar, untersuchte den gesellschaftlichen Boden Chinas - Charakter der "kolonialen Bourgeoisie", Kritik der Theorie eines chinesischen Feudalismus - und schilderte die Tragödie der chinesischen Revolution: "Revolution und Konterrevolution 1924-27", "Das Bündnis mit der Kuomintang: Sieg des Menschewismus", "Die Niederlage des Proletariats", "Die Bauernbewegung". Andererseits wurde in Teil I die Agrarfrage in China in ihrer historischen Entwicklung bis 1945 untersucht: "Die Agrarfrage, Genesis des 'chinesischen Sozialismus'", "Zahlen und Tatsachen", "Zwei Typen von bürgerlicher Entwicklung", "Die Agrarpolitik der KPCh 1927-45: Enteignung und Verteilung (1927-37) - Senkung der Pachtzinsen (1937-45)", "Die zwei klassischen Phasen der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft".

Teil II, KP Nr. 11, behandelte die nationale Frage: Marxismus und nationaler Staat - Zwei Phasen des Kapitalismus - Die "Generalprobe": Rußland 1905 und China 1911 - Der imperialistische Krieg und die Perspektiven der proletarischen Revolution in Asien - Die Theorie der "Etappen" der anticolonialen Revolution - Das Erbe Sun Yat-Sens: die "neue Demokratie". Als Anhang wurden die Thesen des 2. Kongresses der Komintern über die Nationalitäten und Kolonialfrage wiedergegeben.

Teil III, KP 12, behandelte die Frage der ursprünglichen Kapitalakkumulation unter imperialistischer Herrschaft im vorrevolutionären China: Die Entwicklung des chinesischen Kapitalismus und die imperialistische Herrschaft - Was man ursprüngliche Akkumulation nennt - Die Öffnung Chinas: Handel und Opium - Marx zu China - Imperialismus und Kompradorenbourgeoisie.

Teil IV, KP 13, befaßte sich mit der Agrarfrage nach der Machteroberung durch die "KP" Chinas: Die "Wiederaufbauperiode" 1949-52 - Die Agrarreform 1947-52 - Die "Kollektivierung" 1953-58 - Von den Genossenschaften zu den Volkskommunen.

Teil V, KP 17, befaßte sich schließlich mit den Grundlinien der Kapitalakkumulation und den Klassenkämpfen von 1949 bis heute: Noch einmal die Rekonstruktionsperiode 49-52 - Der 1. "Fünfjahresplan (1953-57) - Der große Sprung nach vorn (1958-60) - Konsolidierungsphase (1961-65) - Die "Kulturrevolution" (1966-69) - Nach der "Kulturrevolution" 1970-77.)

Die Kommunistische Partei Italiens und die Faschistische Offensive (1921-1924)

I. Teil

Ein ausgezeichnete Kommunist, der in der "romantischen" und scheinrevolutionären Phase der italienischen faschistischen Bewegung den proletarischen Kampf gegen Mussolinis Banden an vorderster Front führte, der sich aber nie von den fatalen Positionen des antifaschistischen Opportunismus irreleiten ließ, pflegte zu sagen, daß das "schlimmste Produkt des Faschismus der Antifaschismus" gewesen ist. Leute, die an eine reformerische, pazifistische und fortschrittliche Demokratie glauben und die trotz der zahlreichen Schläge, mit denen die kapitalistische Wirklichkeit sie überhäuft, unverbesserlich ihren abgeschmackten Träumen nachhängen, können diese geistreiche Bemerkung freilich überhaupt nicht begreifen. Doch jeder, der vom Marxismus auch nur ein bißchen Ahnung hat, wird die tiefgreifende Wahrheit, die hierin ausgesprochen ist, ohne Schwierigkeiten verstehen. In knappen Worten ausgedrückt, besagt sie folgendes: Der Faschismus war von historisch sehr begrenzter Bedeutung; der Antifaschismus hingegen hat eine dauerhaftere und vom Standpunkt der Interessen des revolutionären Proletariats und des Kommunismus aus gesehen eine weitaus unheilvollere Bedeutung erlangt. Wer das heute nicht begreifen kann, hat die Epoche, in der er lebt, nie auch nur im geringsten verstanden, vom revolutionären Marxismus ganz zu schweigen.

FASCHISMUS, ANTIFASCHISMUS KOMMUNISMUS

Im eigentlichen und engen Sinne hat die faschistische Bewegung in der Tat nur eine begrenzte Aufgabe erfüllt: Sie hat zunächst die Bourgeoisie Italiens, dann Deutschlands und auch anderer Länder, die auf Weltebene von geringerer Bedeutung waren, wie z.B. Spanien, zu einer einheitlichen politischen Partei zentralisiert, sie hat alle Schichten und Fraktionen der Bourgeoisie zusammengefaßt und diszipliniert für die Verteidigung der Interessen des Kapitals. Und soweit bürgerliche Strömungen und Elemente sich schwer taten, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich dieser Klassendisziplin zu unterziehen, hat der Faschismus auch nicht davor zurückgeschreckt, sie mit Gewaltmitteln zur Klassenräson zu rufen. Damit hat die faschistische Bewegung die Bourgeoisien dieser Länder vor einem fürchterlichen politischen und wirtschaftlichen Bankrott gerettet. Sie hat dies in einer bestimmten Epoche und unter

ganz bestimmten Umständen getan, nämlich zur Zeit der allgemeinen Krise, die vor allem diese Länder nach dem 1. Weltkrieg und dann infolge der Weltwirtschaftskrise ab 1929 heimsuchte.

Es ist klar, daß ein solcher Sieg der Bourgeoisie entscheidend zum Zusammenbruch der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale beigetragen hat. Als Erfolg der Erhaltungskräfte des Kapitalismus hat er auch viel dazu beigetragen, daß sich die Perspektive Lenins und aller Kommunisten - d.h. die europäische und weltweite Revolution - nicht verwirklichen konnte, sondern statt dessen ein zweiter imperialistischer Weltkrieg ausbrach. Allerdings müssen wir uns zwei Fragen stellen: *Wie konnte es zum Sieg der Bourgeoisie, der in der Machtergreifung der faschistischen und nationalsozialistischen Parteien seinen Ausdruck fand, kommen?* Und vor allem: *Wie kommt es, daß mehr als dreißig Jahre nach dem Sturz der faschistischen Mächte, die man als das Hindernis schlechthin für den Sieg des Proletariats ausgegeben hat, das Kapital überall auf der Welt weiterhin die politische Macht totalitär innehat?* Es genügt, sich diese beiden Fragen zu stellen, um dem Sinn der oben angeführten Bemerkung auf die Spur zu kommen.

Überall, wo die faschistische Bewegung die Macht ergriffen hat, war es vorher zu einer extremen Zuspitzung des proletarischen Klassenkampfes gekommen, der von der Demokratie und namentlich von der Sozialdemokratie politisch entwaffnet und notfalls militärisch niedergeschlagen wurde. Der Faschismus trat erst danach auf die Bühne. Er war nicht die Ursache, sondern die Folge der Niederlage des Proletariats; er war der Gnadestoß, der verhindern sollte, daß sich das zerschlagene Proletariat wieder erholte.

Als Regierungsmethode gegenüber dem Proletariat hat sich der Faschismus nicht grundsätzlich von der Demokratie unterschieden. Beide setzen jedes nur mögliche Mittel zur Verteidigung der bürgerlichen Klassenherrschaft ein und unterscheiden sich lediglich durch eine verschiedene "Dosierung" dieser Mittel voneinander, was im übrigen auf die Dynamik des Klassenkampfes und die Entwicklung der imperialistischen Konkurrenz und nicht auf den Willen einzelner Individuen oder Gruppen zurückzuführen ist.

Der Faschismus ist kein krankhafter Auswuchs

der bürgerlichen Gesellschaft. Er ist nicht etwas außerhalb dieser Gesellschaft Stehendes oder schlimmer noch, wie einige politische Richtungen daherschwätzen, eine Rückkehr zum vorkapitalistischen Despotismus oder gar eine selbständige Bewegung der Kleinbourgeoisie - aber auf diese zwei letzten falschen Thesen werden wir im übernächsten Abschnitt zurückkommen.

All diejenigen, die wie die italienischen Kommunisten an den Kämpfen 1919 - 1922 teilnahmen, die die Entfesselung der bürgerlichen Reaktion miterlebt und mit eigenen Augen gesehen haben, wie die Arbeiterhochburgen (Druckereien der Arbeiterzeitungen, Arbeitskammern und Volkshäuser) zunächst von den regulären Polizeitruppen des Staates angegriffen und besetzt und dann von den faschistischen Sturmtruppen überfallen und in Brand gesteckt wurden, für alle jene konnte es auch nicht nur einen Augenblick Zweifel daran geben, daß der Faschismus der rechtmäßige Sprößling der Bourgeoisie gewesen ist! Sie haben immer gewußt, daß er nur eine andere politische Methode der herrschenden Klasse war, wie man mit einem einzigen Blick auf die Finanzhochburgen, die Justiz, die Repressionskräfte, die Presse und selbst das Parlament leicht erkennen konnte.

Und so haben die Kommunisten auch nie daran gezweifelt, daß diese beiden Herrschaftsformen im historischen Maßstab ihre jeweiligen Regierungserfahrungen untereinander austauschen und sich zu eigen machen würden. Es ist eine Tatsache, daß der Faschismus die reformistische Demagogie und die sozialistischen Ansprüche der Demokratie übernommen hat. Dasselbe gilt auch für die Tendenz der Demokratie im imperialistischen Zeitalter, die Arbeitergewerkschaften zu einem Instrument des staatlichen Kontrollapparates über das Proletariat zu machen, eine Tendenz, die der Faschismus nur zu ihren äußersten Konsequenzen geführt hat. Die Demokratie hat ihrerseits nicht allein das gesamte Repressionsarsenal des Faschismus übernommen. Sie hat sich auch die Methoden und Instrumente, die der Faschismus bei seinen disziplinierenden Eingriffen im Bereich der Wirtschaft einsetzte, zu eigen gemacht. Im Übrigen konnte der Imperialismus als "*höchstes Stadium des Kapitalismus*" keine anderen als gerade diese politischen Auswirkungen mit sich bringen.

Die Demokratie konnte aber die uralte Fiktion einer parlamentarischen Regierungsform, der Freiheit der Bürger, der Gleichheit und Brüderlichkeit der Klassen untereinander, des "*Rechtsstaates*", beibehalten und nach der Niederlage der faschistisch regierten Staaten im zweiten imperialistischen Krieg auch hier zum Teil (d.h. abgesehen vom Ostblock) wiedereinführen. Das heißt aber nur, daß sie auf die Ergebnisse der internationalen Schwächung des Proletariats bauen konnte, um, ohne die Gefahren einer offenen faschistischen Diktatur einzugehen, das Proletariat in nationale Fronten einzubinden, vor die Karre eines imperialistischen Blocks zu spannen und schließlich nach dem Krieg beliebig für den Wiederaufbau des Kapitalismus einzusetzen. Das Instrument dieser friedlichen Zusammenarbeit aller Klassen, deren Ergebnis nicht allein die restlose politische Entwaffnung des Proletariats, die totale Aufgabe seiner Klassenselbständigkeit,

sondern auch die objektive, materielle Stärkung des Kapitalismus unter Vorherrschaft des mächtigsten Imperialismus, der USA, gewesen ist - dieses Instrument war der *Antifaschismus*, die bürgerliche Erpressung gegen ein konterrevolutionär geschlagenes und ausgeblutetes Proletariat. Unter dem Vorwand, den Faschismus zu vermeiden - im Klartext: unter der Androhung, entfesselte Gewalt gegen das Proletariat einzusetzen -, hat der Antifaschismus - der sich auf die Mehrzahl der imperialistischen Staaten, auf fast alle kleineren Bourgeoisien und auf die gesamte Kraft des sozialdemokratischen und stalinistischen Opportunismus stützen konnte und somit materiell die größte Kräftezusammenballung darstellte, zu der die internationale Bourgeoisie in ihrer Geschichte gelangte - hat der Antifaschismus also das Proletariat vom Klassenkampf abgelenkt und zur Erhaltung des status quo mobilisiert. Damit hat er die Kräfteverhältnisse noch weiter gegen das Proletariat verschlechtert, die Konterrevolution gefestigt, ihr die unerhörte Länge verliehen, unter der wir noch heute zu leiden haben. Anstelle der *Alternative Kapitalismus oder Kommunismus*, bzw. *entweder Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats* stellte er die Alternative: Faschismus oder Demokratie, die sich als falsche Alternative natürlich nur zugunsten einer Stärkung des Kapitalismus entscheiden konnte.

Nun heißt Stärkung des Kapitalismus zwar, daß der erneute Ausbruch der kapitalistischen Gegensätze in Form von offenen Klassenkämpfen verschoben wird, zugleich aber, daß diese Gegensätze ihrerseits größer werden, daß sie verzögert, aber verschärft ausbrechen werden. Denn Faschismus und Demokratie haben eine weitere und für uns *wesentliche* Gemeinsamkeit: sie können die Widersprüche des Kapitalismus nicht endgültig lösen. Unter beiden besteht die Anarchie der Produktion trotz Disziplinierungsversuchen fort und führt zu denselben sozialen Krisen, deren Lösung entweder im imperialistischen Krieg (nämlich die Lösung sowohl des Faschismus wie auch der Demokratie) oder in der proletarischen Revolution (nämlich die Lösung der *Kommunistischen Partei*) besteht.

Weder der Faschismus noch die demokratische Verbürgerlichung des Proletariats sind also für uns das Ende der Welt oder die "*Katastrophe*", die jeden Kampf überflüssig machen würde.

Dies einmal gesagt, so ist der Gegenstand des vorliegenden Berichts (1) über die *Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive* nicht eine theoretische Abhandlung über den Faschismus. Es geht uns hier darum, anhand der *historischen Tatsachen* der Jahre 1919-24 erstens aufzuzeigen, wie in diesen Jahren das perfekte Zusammenspiel aller bürgerlichen politischen Kräfte, der demokratischen wie der faschistischen, zur Verteidigung ihrer Klassendiktatur mit einer geradezu dramatischen Klarheit zu Tage getreten ist. Zweitens wollen wir aufzeigen, mit welcher entschlossenen Haltung die junge Kommunistische Partei jener Zeit nicht nur der reformistischen Sabotage der oft heroischen proletarischen Kämpfe begegnete, sondern ebenfalls den Aufrufen der Maximalisten (Zentristen), die

eine "Wiederherstellung des Friedens", die "Rückkehr zu Recht und Ordnung" und ähnliche Niederträchtigkeiten forderten. In der Tat ist die Kommunistische Partei die einzige Kraft gewesen, die, allein gegen alle anderen, die Frage des Faschismus so gestellt hat, wie sie gestellt werden muß: Sie hat die revolutionären Proletarier dazu aufgerufen, die Herausforderung der Bourgeoisie anzunehmen, der Gewalt mit der Gewalt und dem bewaffneten Kampf mit dem bewaffneten Kampf zu begegnen. Kurzum, sie hat das Proletariat dazu aufgerufen, sich zu verteidigen und sich darauf vorzubereiten, sobald es die Kräfteverhältnisse erlauben würden, zur Offensive überzugehen. In den für die proletarische Bewegung ungünstigen Jahren 1920-22 ist die Arbeiterklasse Italiens mehrmals auf die Straße gegangen, fest dazu entschlossen, den Kampf aufzunehmen. Und jedesmal hat die Kommunistische Partei mit aller Deutlichkeit erklärt, daß der Feind, den es zu schlagen gilt, der gesamte Repressions- und Ausbeutungsapparat der herrschenden Klasse mit seinen drei Stützfeilern *Demokratie, Faschismus und Reformismus* ist.

Unwiderlegbare Tatsachen und Texte sollen also einige Wahrheiten, die dank der opportunistischen Demagogie und Fälschung nur allzu sehr in Vergessenheit geraten sind, wiederherstellen: Der wirkliche Totengräber des italienischen Proletariats ist nicht so sehr die faschistische Bewegung als vielmehr die Sozialdemokratie gewesen, die angesichts der Gewalttaten der schwarzen Banden das Proletariat in jeder Hinsicht entwaffnet hat. Der Faschismus selbst hat seinen Sieg nicht nur mit Hilfe der Gewalt, sondern auch mit Hilfe einer reformistischen Demagogie errungen, an die die Sozialisten der II. Internationale das Proletariat nur allzu sehr gewöhnt hatten. Schließlich ist die Kommunistische Partei Italiens, die zum damaligen Zeitpunkt von der Linken geführt wurde, die einzige Kraft der Welt, die, ohne unverschämt zu lügen, Zeugnis ablegen kann von einem tatsächlichen, zugleich politischen und militärischen Kampf gegen den Faschismus, einem rein proletarischen Kampf, der von jedem bürgerlichen und opportunistischen Einfluß frei war. Anders gesagt war gerade diese Partei die einzige Sektion der Kommunistischen Internationale, die gegenüber den verheerenden Zugeständnissen, welche die Führung der Internationale an den demokratischen Antifaschismus machte (Zugeständnisse, mit denen der Name des unglücklichen Sinowjew leider für immer verbunden bleibt) eine eindeutige und hartnäckig zurückweisende Haltung einnahm und die opportunistischen Gefahren, die darin für die kommunistische Bewegung lagen, bekämpfte.

Wenn sie im Laufe der faschistischen Offensive besiegt wurde, so aufgrund von Umständen, die stärker als der Wille der besten revolutionären Partei waren. Und die politische Strömung, die damals von ihr verkörpert wurde und ihre Führung darstellte, wurde trotz der militärischen Niederlage nicht *politisch liquidiert*, wie dies leider für alle anderen kommunistischen Parteien der Welt zutrifft - einschließlich natürlich für die stalinisierte KP Italiens -, die schließlich schlicht und einfach bei einer Verteidigung der Demokratie landeten. Und dies ist kein Zufall. Denn allein die Tatsache, daß die kommunistische Linke den Kampf gegen die faschistische Bewegung auf marxistische und revolutionäre Weise zu füh-

ren wußte, konnte sie davor bewahren, am zweiten imperialistischen Krieg teilzunehmen. Im Gegensatz zu den stalinistischen Parteien beging sie nicht diesen tödlichen Verrat am proletarischen Internationalismus. Und gerade dieser Verrat besiegte für allzu lange Zeit den Versuch des europäischen und Weltproletariats, sich als internationale kommunistische Partei zu organisieren und somit die Bedingung zu schaffen, die für den Sieg über das Kapital, dem der demokratische Antifaschismus zu einem so langen Überleben verhalf, unerlässlich ist.

Die »Vorbeugende Konterrevolution« reift im Schatten der Demokratie heran

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, als die Proletarier von der Armee entlassen wurden, sah sich die italienische Bourgeoisie einer gewaltigen Welle von Unruhen und Streiks gegenüber. Wenn es ihr gelingen konnte, diese Kraftprobe zu bestehen, wobei ihr im übrigen die internationale Bourgeoisie hilfreich zur Seite stand, so ist dies nicht etwa auf das Auftreten der schwarzen Banden Mussolinis zurückzuführen, sondern vielmehr auf den Einsatz des gesamten legalen Apparates des demokratischen Staates, dessen sich die italienische Bourgeoisie seit der Bildung des Königreiches mit stetem Erfolg bedient hatte. Dieser demokratische Staat, der mit Versprechungen und Schmeicheleien gegenüber der Arbeiterklasse nie knausrig war, hatte in den Fällen, wo es sich als nötig erwies, nie davor zurückgeschreckt, gewaltsame Methoden auch ganz offen einzusetzen.

Die Proletarier, die in den Jahren 1919 - 20 auf der Straße, innerhalb und außerhalb der Betriebe und auf dem Lande kämpften, stießen zunächst mit den "legalen" Repressionskräften der herrschenden Demokratie zusammen, die die Arbeiter mit Hilfe der Waffengewalt zurückdrängen sollten. Man setzte die Carabinieri, die Polizei und die Armee ein (wenn nötig auch die Marine und die Luftwaffe), und wenn diese, die im übrigen gleich nach Kriegsende verstärkt worden waren, noch nicht ausreichten, fügte man ihnen noch die Abteilungen der neugebildeten königlichen Garde hinzu. Dieses jüngste Werk Nittis[†]ermöglichte es nicht nur, den bestehenden Staat noch besser zu wappnen, sondern auch jene unruhigen und bedrohlichen Haufen von ausgedienten Soldaten und Abenteurern, von denen es nach jedem Krieg nur so wimmelt, auszuheben und zu disziplinieren. Man organisierte sie also in der königlichen Garde und gab ihnen Waffen in die Hand, damit sie ihre eigenen Rachegefühle und "Frustrationen" als fehlgeschlagene Abenteuerhelden an den Arbeitern und Bauern ausließen. Man kann sich also vorstellen, welches Schicksal die Arbeiterklasse unter den Kugeln der königlichen und auch so demokratischen Ordnungskräfte zu erleiden hatte. Und wir haben hier auch den plastischen Beweis dafür, daß die erste und entscheidende antiproletarische Repressionswelle gerade von einer Regierung (oder besser einer Reihe von Regierungen) ausging, die streng demokratisch-liberal war und die man heute sogar "fortschrittlich" nennen würde.

† 1919-1920 Ministerpräsident u. Innenminister

Diese Regierung war sich im übrigen auch ganz sicher, daß sie sich auf die gewerkschaftlichen Führer und die Reformisten der PSI (Sozialistische Partei Italiens) sowie auch auf die Dummheit der Maximalisten, die nur wild in der Gegend herumposaunten, verlassen konnte. In perfekter bürgerlicher Logik ging die ganze demokratische Repressionswelle mit der demagogischen Verkündung "sozialer Maßnahmen" einher (politische Festsetzung des Brotpreises, Pläne für eine Agrarreform, "Wählbarkeit der Beamten" und schließlich "Kontrolle der Industrie"). Nicht zuletzt aber wurde sie von dem gewohnten Ruf zu den Wahlurnen begleitet, der schon immer seine lähmende Wirkung auf die Massen gezeigt hatte. Allgemeine Wahlen im Herbst 1919, Provinz- und Gemeindewahlen fast genau ein Jahr später und im Frühjahr 1921 schon wieder allgemeine politische Wahlen. Nitti und Giolitti lösten sich an der Regierung ab, um schließlich nach den Wahlen vom Mai 1921 dem ehemaligen Sozialisten und ultrareformistischen Bonomi das Staatsruder zu überreichen. Nitti hatte, wie in einem Dokument der Kommunistischen Partei Italiens aus dem Jahre 1923 nachzulesen ist, die Anzahl der Carabinieri auf 65.000 und die der Zollbeamten auf 35.000 erhöht, er hatte 45.000 königliche Garden ausgerüstet und den inneren Geheimdienst neu gestärkt. Giolitti hatte die Armee bei den Kämpfen von Ancona eingesetzt. Ihre Weste als Demokraten war also vollkommen sauber, und zu gutem Recht betrachtet man sie heute als die Väter der italienischen Republik. Ist das Wappen der Demokratie nicht mit Stimmzettel und Gewehr zugleich geschmückt?

Das Proletariat kämpfte mit unermüdlicher Energie. Während die Repressionskräfte des Staates aber die Ordnung wiederherstellten und Stück für Stück eine Lage, die der Bourgeoisie bereits als hoffnungslos erschienen war, wieder unter ihre Kontrolle brachten, konnten die "Wahlerfolge", ja "Wahltriumphe" der SPI, für die man wertvolle Energien vom bewaffneten Kampf abgelenkt hatte, um sie der Farce des legalen Kampfes zu opfern, das Proletariat in der Illusion wiegen, daß es, trotz des gewaltigen und plötzlichen Aderlasses an seiner vordersten Front, die "Macht" doch praktisch mit den Händen greifen konnte und seine Partie so gut wie gewonnen war. Die Wirklichkeit sah aber so aus, daß die Arbeiterklasse gerade dadurch, daß sie auf den ganzen parlamentarischen Wahlrummel einging, sich materiell und geistig entwaffnet den Schlägen ihres Klassenfeindes aussetzte.

Schon 1920 war das Proletariat von seinem Feind, der nur allzu gut wußte, daß er den Arbeitern bereits die entscheidenden Karten aus der Hand gerissen hatte, in die Defensive zurückgedrängt worden. Und als es im September 1920 zu den Fabrikbesetzungen kam, hatte Giolitti es gar nicht nötig, auf die gewaltsame Methode zurückzugreifen, vor deren Gebrauch er aber im Laufe seiner langen Regierungserfahrungen nie zurückgeschreckt war, und die er bei Bedarf mit seiner Verachtung anzuwenden wußte, die seiner Bezeichnung als "ministro della malavita" nur allzu würdig war (2). In der Tat wußte er, daß weder die CGL (Confederazione generale del lavoro) noch die Sozialistische Partei es riskiert hätten, die Bewegung bis zu ihren äußersten Konsequenzen zu treiben, und daß sie die schwere

Last, die Führung der Bewegung zu übernehmen, aufeinander abwälzen würden.

So war auch ein gemeinsames Kommuniqué, das diese beiden Organisationen Anfang September herausgaben und in dem sie damit drohten, sich "die Kontrolle der Betriebe" als Ziel zu setzen, "um eine kollektive Verwaltung und Vergesellschaftung der gesamten Produktion zu erreichen", von einer gleichzeitigen Einschränkung begleitet. Denn mit einer Art Augenzwinkern gegenüber der Bourgeoisie räumte man in demselben, scheinbar so kämpferischen Kommuniqué ein, daß dies nur für den Fall Geltung habe, "wo es aufgrund der Hartnäckigkeit seitens der Unternehmerschaft oder der Neutralitätsverletzung seitens der Regierung nicht möglich sein sollte, zu einer befriedigenden Lösung des Konfliktes zu gelangen". Giolitti ergriff also den so prompt angebotenen Ölzweig und entschied sich für die "Neutralität". Er verzichtete darauf, die Ordnungskräfte zum Sturm auf die besetzten Betriebe anzusetzen, und versprach vielmehr, selbst, im Namen des Staates, "die Kontrolle über die Produktion" zu verwirklichen, konnte er doch mühelos voraussehen, daß die Arbeiterklasse bald an den Grenzen ihres Kampfes scheitern würde: Sie verfügte über keine Führung, die sie auf die Machteroberung gelenkt hätte, sie war in den engen Grenzen der Fabriken eingeschlossen, wurde von ihren politischen und gewerkschaftlichen "Vertretern" daran gehindert, über diese Grenzen hinauszugehen und zeigte darüber hinaus infolge der seit zwei Jahren geführten, blutigen Kämpfe erste Erschöpfungserscheinungen. Was ihre Führer anbelangt, die auf "eine Verbesserung der disziplinarischen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und eine Erhöhung der Produktion" so begierig waren, so konnte Giolitti davon ausgehen, daß die zusätzliche Ankündigung von Stadtratswahlen schon ausreichen würde, um ihnen den Mund wässrig zu machen.

Das letzte Gefecht (und, es erübrigt sich zu sagen, auch die "Kontrolle über die Produktion", die nur für die Beruhigung der Gemüter versprochen worden war) fand nicht statt, denn diejenigen, die hätten angreifen müssen, wurden von ihren falschen Priestern daran gehindert. Und so konnte der Staat, vom hohen Thron seiner "Neutralität" herabblickend, in aller Ruhe abwarten, bis man ihm die Waffen schließlich friedlich vor die Füße legen würde. Es kam zu einer Niederlage, aber nicht zu einer jener Niederlagen im offenen Klassenkampf, die tiefe Furchen in der Arbeiterklasse hinterlassen, aber gleichzeitig wieder den Samen für eine Wiederaufnahme des revolutionären Kampfes und des Sieges aussäen. Es war eine *kampflose Niederlage*, und das ist die schlimmste und demoralisierendste, die man sich nur denken kann, ist sie doch ein Beweis der eigenen Ohnmacht.

Erst daraufhin, als also die Bewegung der Betriebsbesetzungen von jener fürchterlichen Welle des Abebbens des Klassenkampfes abgelöst wurde, betraten die faschistischen Banden die Bühne des Geschehens. Und sie betraten diese Bühne nicht etwa, um eine unmittelbare proletarische Bedrohung des bürgerlichen Staates, die es ja nicht mehr gab, zu vereiteln, sondern vielmehr mit dem Ziel, das besiegte Proletariat

daran zu hindern, sein Haupt erneut zu erheben. Denn in der Tat wußten sie nur allzu gut, daß die Kampfbereitschaft und der Aufopferungsgeist des Proletariats (wie die folgenden Jahre beweisen sollten) noch nicht erloschen waren und daß die Probleme, zu deren Lösung die herrschende Klasse nicht in der Lage war, sich in der Folge mit größerer Schärfe und Dringlichkeit denn je stellen würden.

Nach der "normalen", überaus wirksamen demokratischen Repression bedurfte es also jener Repression, die wir als "vorbeugende Konterrevolution" bezeichneten. Sie konnte ihr Handwerk erledigen, indem sie von den Hauptverantwortlichen für die Stabilisierung des Regimes 1921-22, nämlich den Staat, den Parteien der bürgerlichen Demokratie und dem Reformismus, begünstigt, heran-gezüchtet, geschützt und legalisiert wurde.

Der Beginn der Faschistischen Offensive. Zwei falsche Thesen über den Faschismus.

Die Fabrikbesetzungen hörten in der zweiten Septemberhälfte des Jahres 1920 auf; im Oktober folgten die Stadtratswahlen. Die zweijährige Offensive der faschistischen Banden fing in Wirklichkeit im November in Bologna an (3): am 4. stürmten die Faschisten die Arbeitskammer, am 21. folgt der Sturm auf den Accursio-Palast (4). Die Bewegung entsteht also in einem ländlichen Gebiet. Ihre Physiognomie und soziale Zusammensetzung, durch die sie sich während ihrer gesamten Offensive gegen die proletarischen Festungen kennzeichnete, sah von Anbeginn folgendermaßen aus: bewegliche Sturmtrupps, die sich aus den kleinen Provinzstädten und den Reihen der ausgehungerten und verworrenen Kleinbourgeoisie oder, genauer gesagt, aus den Schichten, die sich noch unterhalb der Kleinbourgeoisie ansiedeln, rekrutierten: abenteuersuchende Söldner, ehemalige Teilnehmer des Kriegsarditismus und des Unternehmens von Fiume (5), mittellose Elemente aus den Mittelschichten, kleine Intellektuelle auf der Suche nach "Ruhm" und Pfründen usw. Sie bewegten sich mit der Geschwindigkeit von "Blitzmanövern" von Ort zu Ort, was sie aber nicht dem taktischen und strategischen "Genie" ihrer Anführer, sondern der offenen Duldung seitens des Staates zu verdanken hatten. Dabei zielten sie immer auf die Arbeiterfestungen - die Arbeitskammern, die Partei- und Gewerkschaftssitze, Arbeiterzirkel und Genossenschaften. Der einzige Feind, der sich ihnen entgegenstellte, waren die organisierten Arbeiter der Städte und des Landes, konnten die Faschisten doch bei ihren Aktionen mit der wohlwollenden Neutralität und fast immer sogar mit der vollen Unterstützung des Staates rechnen.

Die Tatsache, daß die bewaffnete und "illegale" antiproletarische Offensive von ländlichen Gebieten ausging und zum größten Teil in Elementen der Mittelklassen ihr Werkzeug fand, konnte zwei falschen Interpretationen des Faschismus den Anschein einer Begründung verleihen. Diese beiden z.T. unterschiedlichen, z.T. miteinander übereinstimmenden Auffassungen kamen bereits damals in Umlauf. Der ersten zufolge ist der Faschismus eine Rückkehr zu den Methoden der klassischen

"vorkapitalistischen" oder rechten Reaktion, mit denen die agrarisch-feudalen Grundbesitzer dem "fortschrittlichen" Flügel der Bourgeoisie, der von den industriellen verkörpert würde, begegneten. Die zweite Auffassung besagt, daß der Faschismus ein äußerster und erfolgreicher Versuch der Mittelschichten war, sich im Hinblick auf eine Revolution zu organisieren, die einer eigenen Ideologie gehorcht und auf unabhängige Ziele gerichtet ist.

Diese beiden Auffassungen haben im proletarischen Lager Verwüstungen angerichtet, deren Folgen wir noch heute zu tragen haben. In der damaligen Zeit tauchten diese Auffassungen nicht nur in der "links"bürgerlichen und reformistischen Presse auf, sondern auch in den Veröffentlichungen des *ordine nuovo* (6), insbesondere Gramscis, dem es 1921, als er seine ersten Schritte in der jungen kommunistischen Partei tat, noch schwerfiel zu verstehen, daß die Staatsmacht immer, in welcher äußeren Hülle sie auch auftreten mag, das Organ einer Klassendiktatur ist (7).

Zwei Zitate Gramscis werden genügen, um die beiden oben erwähnten Aspekte der nicht-marxistischen Auffassung vom Faschismus zu illustrieren. Im ersten behauptet er:

"Als die Sozialistische Partei nach den Fabrikbesetzungen an Kraft eingebüßt hatte, baute die KLEINBOURGEOISIE in Windeseile ihre militärischen Kader wieder auf und ORGANISIERTE SICH AUF NATIONALER EBENE. Hierzu wurde sie von demselben militärischen Generalstab angetrieben, der sich ihrer bereits während des Krieges bedient hatte... Die städtische Kleinbourgeoisie, die nur ein Spielzeug in den Händen des Generalstabs und DER REAKTIONÄRSTEN KRÄFTE DER REGIERUNG war, verbündete sich mit den Agrariern, in DEREN INTERESSE sie die Organisation der Bauern zer-schlug." (*Ordine Nuovo*, 2. Oktober 1921).

Das zweite Zitat liest sich wie folgt:

"Die industrielle Bourgeoisie ist unfähig gewesen, die Arbeiterbewegung im Zaume zu halten; weder die Arbeiterbewegung noch die revolutionäre Bewegung auf dem Lande war sie imstande zu kontrollieren. Die erste und spontane Losung der Faschisten nach den Fabrikbesetzungen lautete daher: DIE AGRARIER MÜSSEN DIE STÄDTISCHE BOURGEOISIE KONTROLLIEREN, die gegenüber den Arbeitern nicht hart genug durchzugreifen weiß... DIE LÄNDLICHEN KLASSEN, die ursprünglich antikapitalistisch waren, die sich dann mit dem Kapital verbündet haben, aber noch nicht vollständig von ihm einverleibt wurden, haben IN DER STAATLICHEN ORGANISATION DER VERSCHIEDENEN LÄNDER DAS ÜBERGEWICHT BEKOMMEN, UND SIE ENTFALTEN DORT IHRE REAKTIONÄRE TÄTIGKEIT MIT DER GANZEN GRAUSAMKEIT UND ERBARMUNGSLOSEN ENTSCLOSSENHEIT, DIE SIE SCHON IMMER KENNZEICHNETE." Und Gramsci schlußfolgert: "Es handelt sich (bei dem Faschismus) UM EIN PHÄNOMEN DES GESCHICHTLICHEN RÜCKSCHRITTS" (Rede in der Abgeordnetenversammlung vom 16.5.1925).

Die marxistische Linke hat diese zwei Thesen ein für allemal theoretisch widerlegt. Sie hat erstens gezeigt, daß die großen "Agrarier" ein rein metaphysischer Begriff waren und daß sich

diese vermeintliche Kategorie aus zwei ganz realen Komponenten zusammensetzte: den Besitzern der großen kapitalistischen landwirtschaftlichen Unternehmen einerseits und den absentistischen (in der Stadt lebenden) Großgrundbesitzern andererseits, die nur eine entartete Soziologie als "Feudalbarzone" definieren kann. Erstere gehören voll und ganz der herrschenden bürgerlichen Klasse an, letztere sind seit langem in den kapitalistischen Mechanismus integriert, und sie leben in vollkommener Symbiose mit ihm, auf seinem Rücken oder in seinem Schlepptau. Was die zweite These anbelangt, so hat die marxistische Kritik der kleinen und mittleren Bourgeoisie jede eigenständige Existenz und die Fähigkeit zur politischen und sozialen Initiative abgestritten. Ist es nötig, in diesem Zusammenhang an die "Klassenkämpfe in Frankreich" und den "18. Brumaire" von Marx zu erinnern?

Aber selbst wenn man von diesen theoretischen Betrachtungen absieht, so sind die zwei Thesen doch sowohl von den Ereignissen der Jahre 1919-24 als auch von den ihnen notwendig vorausgehenden geschichtlichen Entwicklungen widerlegt worden. Was letztere anbelangt, so hatte sich die "fortschrittliche" Großbourgeoisie (sowohl die agrarische als auch die industrielle) bereits seit Anfang des Jahrhunderts zu einer "Öffnung" gegenüber den von den Reformisten geführten Arbeiterorganisationen bereit gezeigt. Während sie sich volkstümlich und reformerisch gab, kurzum nach der Art eines Giolitti verhielt, hatte sie gleichzeitig das Ruder des demokratisch-bürgerlichen Staates fest in der Hand. Sie, und nicht die "Rückkehr in die Barbarei" der "Reaktion", war es, die dem proletarischen Angriff mit Hilfe von Versprechungen und Gewalt zugleich siegreich begegnete und die diese subtile Art des Regierens in den zwei ersten entscheidenden Nachkriegsjahren zur Perfektion brachte. Was die Ereignisse von 1919-24 anbelangt, so lassen sie sich wie in einem Diagramm anhand des Verlaufs der "schwarzen Offensive" verfolgen. Wir werden sie zusammenfassen, bevor wir dann im folgenden auf den Kampf der jungen Kommunistischen Partei Italiens in diesen schweren Jahren eingehen.

Der wirkliche Verlauf der »Faschistischen Eskalation«

Die faschistische *Offensive* begann, wie wir gesehen haben, Ende 1920 in den ländlichen Gebieten des Nordens. Der *Faschismus* als organisierte Bewegung aber entstand bereits 1919 und zwar in den *Städten*. Er fand seinen Ursprung nicht in den dunklen "Tiefen" irgendwelcher barbarischer ländlicher Gebiete, in einer neuen Vendée, sondern in der lombardischen Metropole, also im Herzen der Hochfinanz, der Großindustrie und des Großhandels. Hier in Mailand befand sich auch 1915 das Zentrum für die Mobilisierung der kleinbürgerlichen kriegshetzerischen Jugend, die sich in den Dienst des Großkapitals stellte. Und nicht zuletzt stand auch die Wiege des Arbeiterreformismus hier in der lombardischen Metropole.

Der Faschismus entstand also nicht nur unter den Fittichen des Großkapitals, sondern er wurde von diesem regelrecht hochgezüchtet. Er machte sich den politischen Erfahrungsschatz seiner Beschützer zu eigen und entstand mit einem Programm, das nicht nur die Anwendung von Gewalt vorsah

(einer Gewalt aber, die sich abgesehen von sporadischen und "nicht-autorisierten" Fällen, nur langsam in Bewegung setzte), sondern auch und vor allem *Reformen* beinhaltete. Wenn es darum geht, antiklerikale institutionelle (wie die Abschaffung des Senats) und soziale Reformen zu fordern oder sich gegen das Königtum zu erklären, um als "fortschrittlich" zu gelten, dann bildete der Faschismus von Geburt an die Avantgarde jeden Fortschrittlertums, dann übertraf er sogar die "Fortschrittlichkeit" der heutigen italienischen "Kommunisten". Der Faschismus schmückte sich mit diesem "fortschrittlichen" Anspruch, da er nur allzu gut wußte, daß dies die einzige Möglichkeit war, um die unzufriedenen Kleinbürger und die diese Unzufriedenheit zum Ausdruck bringenden "Intellektuellen" en bloc an sich zu ziehen (Schichten, die im übrigen nie dazu in der Lage sind, sich selbst zu organisieren und zu mobilisieren, sondern immer von anderen organisiert und mobilisiert werden). Nicht zuletzt konnte der auch nur mit einem solchen Auftreten einen Teil der Arbeiteraristokratie für sich gewinnen.

Der Faschismus entsteht in den Städten. Er dehnt sich aber sehr schnell auf das Land aus, wo er die "Agrarier" erobert. Und in welchen Gebieten geschieht das? Genau in jenen, wo die Landwirtschaft rein kapitalistisch organisiert ist: in der Poebene, der Emilia und der Romagna. Also dort, wo seit mehr als 50 Jahren der Schauplatz lag, auf dem der Kampf der Tagelöhner, d.h. reiner landwirtschaftlicher Lohnarbeiter sich abspielte und wo eine rein bürgerliche Unternehmerschaft, die auch nicht mehr die leiseste feudale Spur aufwies, diesen Kämpfen mit grausamster Repression begegnet war. Dort, wo angeblich das Jagdrevier der "Landbarone" liegt, d.h. in Süditalien, gab es den anfänglichen Faschismus *nicht*. Sofern er hier entsteht und sich schnell entwickelt, geschieht dies nur in denjenigen Gebieten, wo, wie in Apulien, die sozialen und Produktionsverhältnisse auf dem Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital beruhen. Die städtischen und ländlichen Großbourgeoisien greifen sich gegenseitig unter die Arme, um sich zu organisieren. Sie weisen beide die Fähigkeit auf, sowohl Gewalt anzuwenden als auch sich "fortschrittlich" zu geben und zum Zwecke der Verteidigung ihres gemeinsamen Erbgutes sind sie bereit, sich ihre Arbeit wohlweislich zu teilen. Man fragt sich, wo hier die "Agrarier" sind, die die städtischen Industriellen kontrollieren sollen!

Im Norden setzte die faschistische *Offensive* (die man von der faschistischen *Bewegung* unterscheiden muß) aus rein taktischen Gründen in den Gebieten kapitalistischer Landwirtschaft ein: ihr *eigentliches* strategisches Ziel sind die großen proletarischen Ballungszentren, insbesondere das industrielle Dreieck Lombardei-Ligurien-Piemont und natürlich die politische Hauptstadt. Um aber diese hochtrabenden Ziele zu "erklimmen", setzte die *Offensive* an den *am leichtesten* zu treffenden Stellen der proletarischen Front an: in den ländlichen Gebieten, wo das Proletariat verstreut ist, in den Provinzstädten, wo es leichter ist, das kleinbürgerliche Gesindel für abenteuerliche Blitzaktionen zu mobilisieren; in den Gebieten, wo es relativ einfach ist, die verschiedenen Schich-

ten, aus denen sich die Bauernschaft zusammensetzte, gegeneinander auszuspielen. (So beginnen die Faschisten bereits 1920, im Gebiet von Ferrara das Land zu besetzen und aufzuteilen. Eine gute Taktik, um das gefährliche Bündnis zwischen Kleinbauern oder Halbpächtern und Landarbeitern zu zerbrechen). Sie greifen dort an, wo die Arbeitermassen schutzlos sind, wo dieselben Lohnarbeiter, die ausgesprochen stark sind, wenn sie massenhaft auf die Straße gehen, als zerstreute und isolierte "Bürger" leicht verwundbar sind. Sie greifen in den Gebieten an, wo der Reformismus eines Prampolini dem mächtigen Druck der Landarbeiter ein wirksames Gegengewicht entgegengesetzt. In allen diesen Gebieten hofft die Bourgeoisie, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können. Sie hat ein langes Gedächtnis. Sie weiß, ein wie gefährlicher Feind das Landproletariat sein kann und wie sehr seine "Aufsässigkeit" die großen Grundbesitzer beunruhigt. Man muß also draufhauen und hier die Offensive beginnen. Die Bourgeoisie greift ihren Klassenfeind zuerst erbarmungslos auf dem flachen Lande an, um dann lorbeerkränzt in die Städte zurückzukehren und dort ihren Klassenfeind in den Fabriken und Arbeitervierteln zu besiegen. Feig wie immer, wagt es die italienische Bourgeoisie nicht, zu früh die proletarischen Festungen, wie die städtischen Arbeiterviertel in den Industriemetropolen, anzugreifen; nicht einmal an die Armenviertel der überaus bürgerlichen Stadt Rom, die aber auch von vielen Arbeitern bewohnt werden, wagt sie sich heran. Sie braucht zwei Jahre, um einen solchen Angriff zu beginnen, und sie tut dies erst, nachdem sie sich die *Rückendeckung gesichert hat*, nachdem sie den Widerstand der Arbeiter in der Provinz und auf dem Lande gebrochen hat. Dort, wo sie schon vorher ein solches Unternehmen startet (wie in Turin, Mailand, Genua und Rom) muß sie sich überstürzt zurückziehen, ernste Beulen einstecken und die ersten Toten hinnehmen. Von der Emilia-Romagna und der niederen Lombardei aus versucht sie mühsam, gen Süden, Norden und Nordwesten weiter vorzustoßen. Wenn sich die faschistische Offensive in der Toscana - die auch auf dem Lande eine kämpferische Provinz war - entfesseln konnte, so nur weil dieses Gebiet gleichzeitig auch eine fast unerschöpfliche Quelle für deklassierte und karrieresüchtige Kleinbürger war. Sie dringt nach Marken, Umbrien und Latium vor, wobei sie immer auf dasselbe zielt: die Arbeiterzirkel, die Arbeitskammern, die Sitze der Kommunistischen und, wenn auch in einem geringeren Maße, der Sozialistischen Partei, die Redaktionen der proletarischen Zeitungen sowie einzelne Militanten. Als die proletarischen Festungen gefallen sind, kann dann auch Mussolini zur Belohnung seinen "*Marsch auf Rom*"... im Schlafwagen bekommen. Und alle Fraktionen der Bourgeoisie werden ihm Staatssekretäre und Minister zur Verfügung stellen.

Es ist die *großkapitalistische Konterrevolution*, die im Laufe dieser ganzen Einkreisungskampagne voranschreitet und die, während sie die Trupps der Spießbürger als Bollwerk vor sich herschiebt, nur auf einen einzigen Feind zielt: die Arbeiterorganisationen.

Die Angriffswelle der Faschisten auf die Städte und kleineren Ortschaften, die, bevor sie ge-

stürmt werden, hart von den Arbeitern verteidigt werden, führt zu einem Crescendo, das sich mit wenigen Angaben dokumentieren läßt: am 20. Dezember 1920 fällt Ferrara, am 24. Januar 1921 Modena, am 9. Februar Triest (wo der Sitz der Zeitung "*Laboratore*" zerstört wird). Ende Februar sind Minervino, Murge und Bari an der Reihe. Am 27.-29. Florenz, wo Spartaco Lavagnini, ein kommunistischer Militant und Gewerkschaftsführer, ermordet wird; am 1. März Empoli, am 4. Siena, am 22.-26. Perugia und Terni, am 31. Lucca, am 2. April Reggio, am 12. Prato, Foiano di Chiana und Arezzo, am 19. Parma, am 20. Mantua, am 22.-23. Piacenza, am 2. Mai Pisa und am 5. Neapel. Und während die Arbeitskammern und die Gewerkschaftssitze, die Zeitungsredaktionen und die Sitze der proletarischen Parteien in Flammen aufgehen, während die Arbeiter von Stadt und Land mit Heldenmut kämpfen und dem Gegner oft höhere Verluste zufügen, als sie selbst erleiden, kurzum während Feuer und Schwert auf der italienischen Halbinsel herrschen und die Klassen sich ein tödliches Gefecht liefern, erschallt wieder einmal mehr der unvermeidliche Ruf: Zu den Wahlen! Aus dem Waffenarsenal der Demokratie zieht Giolitti jetzt die andere Triumphkarte hervor: das Spektakel der politischen Wahlen.

Wird man jetzt etwa immer noch behaupten wollen, daß die "*agrarisches Reaktion*", indem sie sich auf die "*reaktionärsten Elemente*" an der Spitze des Staates stützte, die "*fortschrittlichen demokratischen*" Industriellen dazu gezwungen hat, gegen ihren eigenen Willen zu handeln? An der Spitze des Staates befand sich die reformerische Demokratie Giolittis. Und sie war es, die mit den Faschisten bei den Stadtratswahlen von 1920 einen Block bildete. Sie war es, die in die Konflikte zwischen den Faschisten und Arbeitern *immer wieder* eingriff, um den verfehlten Helden im Schwarzhemd den Boden zu ebnet und zum Sieg zu verhelfen. Nach den Massakern von Ferrara war es Giolitti, der den Befehl zur "*Entwaffnung*" in der Provinz Emilia gab. Die Polizisten und Carabinieri durchsuchen die Wohnungen der Arbeiter und Landarbeiter und beschlagnahmen ihre Waffen, vor den Waffen der Faschisten aber drücken sie beide Augen zu. In Florenz sind es nicht die faschistischen Abteilungen, sondern Panzereinheiten der Armee und der Carabinieri, die nach drei Tagen härtester Kämpfe den heldenhaften proletarischen Widerstand in dem Stadtviertel Scandicci niederschlagen. In Empoli, Signa und Prato, Arbeiterfestungen, die um keinen Zoll breit nachzugeben bereit sind, finden die Faschisten in den Kasernen ein bequemes Quartier. In Pisa ist es der kommandierende Divisionsgeneral, der die Tür der Arbeitskammer, die nicht von alleine aufgehen wollte, mit Kanonen einschießen läßt. Die Justiz ihrerseits verurteilt die Schuldigen, d.h. wie immer ... die Linken. Und dennoch kämpfen die Arbeiter, die schon zwei stürmische Jahre hinter sich haben, die von der Sozialistischen Partei im Stich gelassen worden waren und ganz allein der bürgerlichen Front gegenüberstehen, weiterhin mit einer *unglaublichen Kühnheit*. Nachdem sie in Bologna überrumpelt wurden, starten die Arbeiter in Ferrara, Modena und Florenz einen Gegenangriff. In Apulien errichten die Landarbeiter wiederholt Straßensperren gegen die alten "*mazzieri*" Giolittis und ihre in

Schwarzhemden verwandelten Söhne und Enkel. Unmittelbar nach der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens in Livorno nehmen die militärischen Organisationen der Kommunistischen Jugend nicht nur die Verteidigung auf, sie greifen auch an. Die Proletarier zählen ihre Toten nicht. Aber die Bourgeois stellen auch auf diesem Gebiet eine Bilanz auf und sie müssen feststellen, daß entgegen allen Hoffnungen auf ein schnelles Wachstum ihrer "Skalp-Einnahmen" ihre Bilanz negativ zu werden droht. Jetzt oder nie gilt es eine Pause einzulegen, um den Gegner einzuschliffen und die eigenen Kräfte wiederherzustellen. Die Gelegenheit könnte nicht besser sein: Es leben die Wahlen!!!

Wie man sieht, handelt es sich hier um etwas ganz anderes als um die "Rückkehr" zur Gesellschaftsordnung, die vor dem Sieg der bürgerlichen Revolution und ihrer ewigen Prinzipien bestanden hatte. Und der Titel dieses Geschehens, dessen wirkliche Entwicklung wir von Anbeginn dargestellt haben, lautet keineswegs *"fortschrittliche industrielle Demokratie contra agrarisch-feudale Reaktion"* und weniger denn je *"Revolution der Kleinbourgeoisie"*. Der Titel, unter dem jene Ereignisse abliefen und der physisch in die Geschichte eingebrannt wurde, war die einzige und weltweite Alternative, die die Nachkriegszeit auf die Tagesordnung gesetzt hatte: *"Entweder Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats!"*

Die Gründung der Kommunistischen Partei in Livorno

Die historische Notwendigkeit der Spaltung

Die oben geschilderten Ereignisse bilden den Hintergrund, vor dem sich im Januar 1921 in Livorno die Spaltung der alten sozialistischen Partei vollzieht. Aus diesem chirurgischen Eingriff, der schon seit langem von der Linke gefordert worden war, geht die junge Kommunistische Partei Italiens hervor. Sie ist bewaffnet mit einem Programm, das, wie dies schon seit der Oktoberrevolution und der gesamten Kriegsperiode klar zum Vorschein kam, mit dem der Bolschewiki in allen grundlegenden Fragen übereinstimmt, und sie kann bereits auf die positive Bilanz eines konsequenten Kampfes gegen den Reformismus zurückschauen. Diese junge Kommunistische Partei ist sich über das Wesen der Demokratie völlig im klaren:

"Die heutigen Produktionsverhältnisse werden vom bürgerlichen Staat geschützt und verteidigt. Dieser Staat, der auf dem Vertretungssystem der Demokratie beruht, bildet das Verteidigungsorgan der Interessen der kapitalistischen Klasse" (Punkt 2 des Programms von Livorno).

Ebenso klar ist sie sich darüber, daß die bewaffnete faschistische Offensive lediglich den schärfsten Ausdruck der "einzigsten Alternative" bildete, die sich den "Proletariern Italiens wie der ganzen Welt" aufgrund des Krieges und des bürgerlichen Friedens aufdrängte: *"entweder Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats"*. Unmittelbar nach ihrer Konstituierung erklärt die Kommunistische Partei:

"Arbeiter, wer immer euch vom Wege abbringen und

davon überzeugen will, daß die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates nicht das EINZIGE Mittel ist, um die unzähligen Opfer des Kapitalismus zu erlösen; wer immer euch ideell und materiell entwarfnet, indem er euch friedliche Aktionsmittel predigt, während die Bourgeoisie selbst sich ganz offensichtlich auf den bewaffneten Kampf vorbereitet und die Offensive gegen euch aufnimmt; wer auch immer so zu euch spricht, der macht sich bewußt oder unbewußt zu einem Verräter der proletarischen Sache und einem Diener der Konterrevolution" (Manifest für die Demonstration vom 20. Februar 1921).

Die marxistische Linke hatte die Spaltung nicht über sich ergehen lassen müssen, sondern sie hatte sie aufgrund eng miteinander verflochtener theoretischer und praktischer Erwägungen angestrebt: In jenen Monaten der entfesselten bürgerlichen Reaktion war so deutlich wie nie zuvor geworden, daß die "Einheit" der sozialistischen Partei, die verbissen vom maximalistischen Zentrum Serratis verteidigt wurde, in Wirklichkeit nichts anderes bedeutete als eine Kapitulation vor der Rechten Turatis, daß diese Einheit die Proletarier, die sich blindlings in den Straßen schlugen, nur daran hinderte, unter einer zielbewußten, tatkräftigen und zentralisierten Führung zu kämpfen. Die falsche und verlogene Einheit - die Einheit mit den erklärten oder verkappten Reformisten - bildete die Bleikugel am Fuße des heldenhaften Proletariats, das sich nicht nur mit den "illegalen" Kräften des Faschismus, sondern auch mit den legalen Kräften des demokratischen Staates einen ungleichen Kampf lieferte. Im Zerbrechen dieser Einheit bestand deshalb überhaupt die erste Voraussetzung, um den verzweifelten Widerstand des Proletariats zu sichern und zum gegebenen Zeitpunkt die auf den Umsturz zielende proletarische Gegenoffensive zu starten.

Der Verlust dieser oder jener Stadtverwaltung (und sei es die traditionell "rote" Stadtverwaltung von Bologna) ließ die Linke keineswegs Tränen der Verzweiflung vergießen, denn sie wußte nur allzu gut, daß sich die begonnene große Schlacht zwischen den Klassen niemals auf dieser Ebene entscheiden würde. Aber unmittelbar nach dem Sturm auf den Accursiopalastr von Bologna zog die Linke in der Ausgabe des *II Communista* vom 5. Dezember 1920, dem Organ der kommunistischen Fraktion der PSI, die folgende allgemeine Lehre aus diesen Ereignissen:

"Die Ereignisse in Bologna, wo die regulären und irregulären Organisationen der Bourgeoisie, Polizei und Faschisten, eine kühne aggressive Haltung eingenommen haben, können, was in der Tat bereits geschieht, als Argument für die These von der Einheit ausgebeutet werden: Wir werden angegriffen, rücken wir zusammen, um uns zu verteidigen! Eine derartige Einschätzung der beredten Lektion, die uns soeben erteilt wurde, ist völlig verfehlt und sogar absurd. DIE EINHEIT DER PARTEI EXISTIERT IN DER TAT IMMER NOCH, sie war während der ganzen Wahlkampagne ungebrochen, und dennoch brach die Verteidigung zusammen. Warum? Aus dem sehr einfachen Grund, daß die formale Einheit eigentlich eine Einheitsfront für Wahlerfolge darstellt. Sie bildet aber keine Einheitsfront für die direkte Aktion, weder die De-

fensive geschweige denn die Offensive!!! Die Partei, die für die traditionellen friedlichen Aktionen gebildet und geschult wurde, erweist sich jetzt, wo dieses Stadium überholt ist und die Lage uns vor ganz andere Notwendigkeiten stellt, als völlig handlungsunfähig...

Die Lehre, die wir aus dieser Tatsache zu ziehen haben, ist, daß das Zusammenleben von Rechten und Linken in derselben Partei tödlich ist. Wenn wir eine homogene und kompakte Partei haben werden, eine Partei von Anhängern der defensiven und offensiven Gewaltanwendung, dann werden wir unsere Aktionen in völliger Übereinstimmung und ganz bewußt planen und Überraschungen oder überstürzte Rückzüge vermeiden. Es kann sein, daß wir dann Stadtverwaltungen, wie zum Beispiel Bologna, nicht einnehmen, weil wir wenige sein werden. Sollten wir sie einnehmen, so werden wir sie mit Gewalt zu halten wissen. Und sollten wir sie nicht über die Wahlen gewinnen können, so wird der Tag kommen, an dem wir sie mit denselben Mitteln erobern werden, mit denen die Faschisten sie uns heute entrissen haben, DIE UNS DAMIT EIN LEHRREICHES BEISPIEL LIEFERTEN."

Aufgrund sowohl praktischer als auch theoretischer Erwägungen, nämlich der brutalen Sprache der Tatsachen einerseits und prinzipiellen Gründen andererseits, wurde die Spaltung immer dringlicher. Die Linke hatte diese Spaltung schon seit 1919 gefordert, und lediglich die Tatsache, daß die anderen Gruppen, die dann die Kommunistische Partei eingingen, die Notwendigkeit einer Spaltung zur Rettung des Proletariats leider nur allzu langsam erkannten, zögerte diesen Schritt hinaus. Unter dem Deckmantel der Einheit, die von den Maximalisten, diesen Revolutionären der Phrase, verteidigt wurde, hatte der Reformismus freie Hand, um die Arbeiterklasse an Händen und Füßen zu fesseln und schließlich in rührseligem Einverständnis mit der "Polizei und den Faschisten" geradewegs niederzustechen. Nachdem er die prinzipiellen Gründe, die zur Bildung der Kommunistischen Partei Italiens führten, dargelegt hatte, ging der Bericht der kommunistischen Fraktion auf dem Kongreß von Livorno zu den praktischen Argumenten für die unaufschiebbare Spaltung über, die auf den blutigen Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre beruhten:

Die Kommunisten haben die Aufgabe, den Massen zu zeigen, daß die Revolution unumgänglich ist. Auf dieser Grundlage können und müssen sie folglich die Voraussetzungen schaffen, die die Siegchancen des Proletariats erhöhen. Sie müssen es geistig und materiell vorbereiten und dafür Sorge tragen, daß es unter einer zur Führung fähigen Klassenpartei gestählt und auf alle Erfordernisse der revolutionären Aktion technisch vorbereitet den Kampf aufnehmen kann. Die Reformisten und Sozialdemokraten hingegen versichern den Massen, daß die Revolution vermeidbar oder gar unmöglich sei. Sie liefern also die Massen jener Krise, die zu vermeiden sie übrigens nicht in der Lage sind, unvorbereitet aus. Und wenn diese Krise ausbricht, wird sich das Proletariat aufgrund ihrer vergangenen Arbeit nicht nur in einer Lage befinden, die den bürgerlichen Kräften den Sieg erleichtert, sondern SIE SELBST WERDEN DAZU ÜBERGEHEN, DIESEN BÜRGERLICHEN KRÄFTEN IHRE UNTERSTÜTZUNG ZU GEWÄHREN."

"Worin besteht die Funktion einer Partei, in der

die Revolutionäre mit den Reformisten vereint sind? Darin, eine ernsthafte revolutionäre Vorbereitung hinauszuzögern und die Aktion der Linken zu lähmen, während sich die der Rechten unter den günstigsten Bedingungen entfalten kann, zumal diese Aktion nicht so sehr in der Ausarbeitung von Reformen besteht, die aufgrund der historischen Umstände nicht zu verwirklichen sind, sondern vielmehr in einem passiven Widerstand gegen die revolutionären Tendenzen, einem Widerstand, der sich, wenn alle anderen Mittel versagen, in einen aktiven Widerstand verwandeln wird."

Der so notwendige chirurgische Eingriff wurde vollzogen. Und während sich der Faschismus, dem Demokratie und Reformismus als Steigbügelhalter dienten, gegen die Arbeiter entfesselte, während die Sozialdemokraten und Maximalisten sich über das "Niedertreten der Gesetze" und den "Umsturz der Ordnung" beklagten und an Vater Staat appellierten, damit er erstere verteidige und letztere wiederherstelle, nahm die junge Kommunistische Partei ihre schwierigen Aufgaben ohne Zögern und unter dem ständigen Beschuß des Gegners in Angriff. Im Februar war der Sitz des Laboratoze in Triest gestürmt und zerstört worden. Der Kommunist Tuntar und seine Genossen von Triest wurden seitdem im Gefängnis festgehalten. Edmondo Peluso war "grundlos" auf die Insel Santo Stefano verbannt worden. Ersilio Ambrogi war nach den Ereignissen von Cecina wegen Totschlags als gewöhnlicher Verbrecher vor Gericht gestellt worden. Vor kurzem erst war Spartaco Lavagnini in Florenz unter den Bleikugeln der Faschisten gefallen. Hunderte von unbekannten Proletariern ließen jetzt ihr Leben auf der Straße oder gerieten in die Fänge der "gerechten" königlichen Justiz. Selbst noch dabei, ihr eigenes organisatorisches Netz aufzubauen, nahm die kommunistische Partei den ihr von der bürgerlichen Front hingeworfenen Fehdehandschuh ohne Zögern auf und rief das italienische Proletariat am 3. März zum Kampfe auf. Sie konnte es tun, weil es seit dem Bruch mit den Reformisten zwischen ihrer Theorie und ihrer Aktion keinerlei Widerspruch mehr gab. Und sie mußte es tun, um den Kampfwillen des Proletariats zu unterstützen und zu fördern. Und sie erfüllte diese Aufgabe allein gegen alle anderen.

AUFRUF GEGEN DIE FASCHISTISCHE REAKTION

Genossen!

In der gegenwärtigen tragischen Stunde ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, sich an Euch zu wenden.

In zahlreichen Städten und Regionen Italiens wiederholen sich die blutigen Zusammenstöße zwischen dem Proletariat und den regulären und irregulären Kräften der Bourgeoisie mit wachsender Geschwindigkeit. Unter den vielen bekannten oder unbekanntenen Opfern muß die Kommunistische Partei den Verlust eines ihrer wertvollsten Militanten verzeichnen: Spartaco Lavagnini, der in Florenz auf dem verantwortungsvollen Posten, den er dem Proletariat und seiner Partei gegenüber innehatte, gefallen ist. Ihm und allen gefallenen Proletariern zum Gedenken sprechen die Kommunisten einen Kämpfergruß aus, und stärken sich an dem Beispiel ihrer Aktion und ihres Glaubens.

Die sich überstürzenden Ereignisse beweisen, daß das revolutionäre Proletariat Italiens unter den Schlägen der Reaktion nicht nachgibt. Es weicht nicht zurück vor der reaktionären Methode, die die bürgerliche Klasse und ihre Regierung seit einigen Monaten mit Hilfe der bewaffneten weißen Banden anwendet, die die nach ihrer eigenen Emanzipation strebenden Arbeiter in gewalttätiger Weise angreifen. Vom roten Apulien, dem proletarischen Florenz und noch vielen anderen Zentren erreichen uns Nachrichten, die beweisen, daß das Proletariat trotz der Unterlegenheit seiner Mittel und seiner geringeren Vorbereitung den Angriffen zu entgegnen, sich zu verteidigen und seine Gegner anzugreifen wußte. Die Unterlegenheit unseres kämpferischen Proletariats - die zu verschweigen unnützlich wäre, rührt von seiner mangelnden revolutionären Organisation her. Nur die kommunistische Methode kann dem Proletariat durch den Kampf gegen die alten Führer und ihre überholten Methoden der pazifistischen Aktion diese Organisation geben. Die Schläge der bürgerlichen Gewalt zeigen den Massen die Notwendigkeit, die gefährlichen Illusionen der Reformisten aufzugeben und sich derer zu entledigen, die einen sozialen Frieden predigen, der geschichtlich nicht möglich ist. Aufgrund der Theorie und Taktik der Kommunistischen Internationale hat die Kommunistische Partei die klassenbewußten Kräfte des italienischen Proletariats dazu aufgerufen, sich zusammenzuschließen, um sich die Vorbereitung und Organisation zu geben, die dem Proletariat bislang gefehlt haben und bisher nur in demagogischer Prahlerei bestanden. Sie predigt weder die Beruhigung der Geister noch den Verzicht auf die Gewalt und erklärt den Arbeitern klar und deutlich, daß ihre Waffen nicht nur die metaphorischen oder abstrakten Waffen der Propaganda, der Überzeugung oder demokratischen Legalität sein können. Sie verkündet mit Begeisterung ihre Solidarität mit denjenigen Arbeitern, die der Offensive der Weißen mit denselben gewaltsamen Mitteln begegnet sind. Die Kommunistische Partei weist die Arbeiter darauf hin, daß die Führer jener Organisationen, die scheinheilig vor dieser Verantwortung zurücktreten und die blöde Utopie eines zivilisierten und ritterlichen sozialen Kampfes verbreiten, über die sich der Feind nur zu Recht lustig macht, die schlimmsten Feinde sind: denn sie tragen den Defätismus in die Massen und fördern immer dreistere Taten der Reaktion. Die Bourgeoisie führt heute den Kampf auf einem Boden, auf dem sie durch die sie zerfleischende tödliche Krise unweigerlich getrieben wurde. Die Losung der Kommunistischen Partei besteht darin, den Kampf auf genau demselben Boden aufzunehmen, der Vorbereitung mit der Vorbereitung zu begegnen, der Organisation die Organisation, der Disziplin die Disziplin, der Gewalt die Gewalt und den Waffen die Waffen entgegenzusetzen. Dies ist die beste Vorbereitung für die Offensive, die die proletarischen Kräfte eines Tages unweigerlich gegen die bürgerliche Macht entfesseln werden und die den Epilog der heutigen Kämpfe bilden wird."

Diese Richtlinien bildeten die Grundlage für den Aufbau der militärischen Organisation der Partei und sollten ferner die zahlreichen namenlosen

Kämpfer in den Reihen des Proletariats in der Zwischenzeit in ihrem Kampf stärken und anspornen. Die Partei kannte die Schwierigkeiten, die noch mühsam überwunden werden mußten, um der mächtigen spontanen Aktion der Massen eine politische Führung und eine einheitliche Organisation zu geben, ganz genau. Sie wußte, daß diese Schwierigkeiten vor allem darauf zurückzuführen waren, daß die legalistische und pazifistische Sozialistische Partei noch immer über großen Einfluß in den Massen verfügte. Sie hat diese Schwierigkeiten nie vor der Arbeiterklasse verheimlicht, und ihr Aufruf enthält auch nicht einen Funken von Demagogie: Er fordert die Arbeiter direkt dazu auf, sich der Notwendigkeit bewußt zu werden, daß man der unerbittlichen Härte der legalen und "illegalen" bürgerlichen Reaktion mit Mitteln begegnen muß, die denen der reformistischen Vergangenheit der Partei genau entgegengesetzt sind - Mittel, deren Vorbereitung und Anwendung die kommunistische Partei sich zum Ziel setzt.

In dem Manifest heißt es weiter: "Die Aktion und die Vorbereitung müssen immer wirksamer und planmäßiger werden und man darf dabei auch nicht die geringste Spur von demagogischer Rhetorik dulden. Wir können in der heutigen Lage jedoch nicht umhin festzustellen, daß es noch viel zu tun gibt, damit der proletarische Gegenschlag gegen die feindlichen Angriffe die Form einer ALLGEMEINEN UND KOORDINIERTEN AKTION gewinnt, die allein den entscheidenden Sieg wird sichern können.

Um eine solche allgemeine, landesweite Aktion zu verwirklichen, könnte das Proletariat heute auf keine anderen als die alten, schon so oft angewandten Aktionsformen zurückgreifen. Die Führung dieser Aktionen würde angesichts des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der Klassenorganisationen wenn nicht vollständig, so doch größtenteils in den Händen jener sei es politischen oder ökonomischen nationalen Organisationen liegen, deren Methoden und Strukturen nur zu neuen Enttäuschungen führen können. Sie würden die Massen auf einen Weg lenken, der zweifelsohne damit endet, von ihren Führern entweder gebremst oder im Stich gelassen zu werden (und wie oft sollte sich diese Voraussage inmitten des Kampfes bewahrheiten! d.R.), und dies, weil die Reformisten nach wie vor wichtige Führungsstellen in den Apparaten usurpieren. Die Kommunistische Partei wird keinen allgemeinen Aktion unternehmen, die unter einer solchen Perspektive und in Verbindung mit solchen Elementen durchgeführt würde, es sei denn die Situation läßt ihr keine andere Wahl und zwingt sie zu einer solchen Aktion. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge vertritt die Kommunistische Partei die Auffassung, daß man keine Aktion im nationalem Maßstab befürworten darf, die von denjenigen geführt wird, deren Methoden nur zur Katastrophe führen können. Sollte es zu einer solchen Aktion kommen, so wird die Kommunistische Partei ihre Aufgabe erfüllen und die Gegner der Revolution in jeder Hinsicht strengstens überwachen, damit das Proletariat am Höhepunkt seines Kampfes nicht verraten wird.

Die Kommunistische Partei gibt ihren Militanten daher heute die Anweisung, auf lokaler Ebene an allen Fronten den Angriffen der Weißen Wider-

stand zu leisten, die revolutionären Methoden zu verbessern und den Defätismus der Sozialdemokraten anzuprangern, denn letztere könnten von den weniger klassenbewußten Arbeitern irrtümlicherweise für mögliche Verbündete in der Gefahr gehalten werden.

Es kann sein, daß die einzuhaltenden Richtlinien so bleiben werden oder auch verschärft werden müssen. In jedem Falle weiß die Zentrale der Partei, daß alle Kommunisten, vom ersten bis zum letzten, im Gedenken an unsere jüngsten Opfer und in voller Verantwortung als Vertreter der revolutionären Kommunistischen Internationale ihre Pflicht vollständig erfüllen werden.

Es lebe der Kommunismus! Es lebe die Weltrevolution!

*Die Kommunistische Partei Italiens
(Kommunistischer Jugendverband
Italiens)*

Die Bedingungen für die defensive und die offensive Aktion des Proletariats

Es war das erste Mal in dieser stürmischen Nachkriegszeit, daß die italienischen Proletarier eine so direkte, so offene, so anfeuernde und mutige Sprache vernahmen. In dem oben zitierten Manifest werden zwei Punkte besonders hervorgehoben, die in den folgenden Monaten immer wiederkehren sollten. Der erste Punkt: Die Partei sagt zu sich selbst und zu den Proletariern: Wir befinden uns leider in der Defensive, nicht weil wir es etwa so wollen, sondern weil wir hierzu aufgrund von Umständen gezwungen sind, die nicht von unserem Willen abhängen. Wir müssen uns selbst verteidigen, denn niemand außer uns selbst wird uns zu Hilfe kommen. Wir können uns auf dem Boden, den die Bourgeoisie gewählt hat und auf dem sich, wie wir wissen, die entscheidende Schlacht zwischen den Klassen abspielen wird, nur unter der Bedingung verteidigen, daß wir von jetzt an bereit sind, sobald wie möglich zur Offensive überzugehen und daß wir unseren Kampf in diesem Geiste führen! Der zweite Punkt: Wir haben den Staat mit seinen gesetzlichen Repressionskräften und den Faschismus mit seinen sogenannten "illegalen" Banden gegen uns.

Weder die einen noch die anderen vermöchten gegen die hervorragende Tatkraft der Proletarier (auch wenn sie wie heute schlecht bewaffnet sind) irgendetwas auszurichten, würden die Arbeiter nicht durch den feigen Legalismus der Reformisten und den blöden und verräterischen Einheitsgedanken der Maximalisten in ihren Aktionen gebremst. Wir werden nie erfolgreich sein - auch nicht auf der rein defensiven Ebene -, wenn wir uns nicht von diesem doppelten, verhängnisvollen Einfluß befreien, der all unsere praktischen Bemühungen lähmt.

Dies waren die zentralen Punkte, die den hervorragenden Industrie- und Landarbeitern von 1921 ins Bewußtsein gehämmert werden mußten, denn diese Arbeiter, die in der Verteidigung wie im Angriff ebenso unerschütterlich kämpften, waren leider seit allzu vielen Jahren daran gewöhnt, die Reformisten die Leier von der Legalität, dem sozialen Frieden und der Demokratie, die angeblich über den Klassen stehen soll, singen zu hö-

ren. Diese zentralen Punkte mußte man selbst innerhalb der jungen Partei unermüdlich wiederholen, um den Aufbau eines angemessenen militärischen Apparates in Angriff nehmen zu können. Andernfalls würde man die Katastrophe erleben.

In der Kommunistischen Partei gab es schon die ersten Verfolgten und Märtyrer, wie im übrigen auch - was von allen vergessen wird - bei den Anarchisten, deren Kampfbereitschaft die Partei, wenn sie die anarchistische Ideologie auch immer einer unermüdlichen Kritik unterzogen hat, nie zu würdigen vergaß. Und auch die anderen Parteien, die sich aus Arbeitern zusammensetzten, mußten bereits, wenn auch in einem geringeren Maße, auf ihre ersten Opfer zurückblicken. Aber die Partei von Livorno wußte, daß der Kampf seinen Blutzoll forderte. Sie wußte, daß er seine Risiken mit sich brachte und man nicht nur Militanten, sondern auch ... die Orientierung verlieren konnte. Sie schloß sich daher nicht nur dem Wehklagen der erklärten und verkappten Reformisten nicht an, sondern warnte die Proletarier und Militanten ausdrücklich davor, in diesen weinerlichen Chor miteinzustimmen. Es galt also, noch eine andere dringende Lektion zu begreifen: Ebenso wenig wie wir vom Staat und seinen Gesetzen auch nur irgendeine Verteidigung gegen den Faschismus erwarten dürfen, dürfen wir auch von seiner "Justiz" keinerlei Mitleid erflehen. Unser Ziel ist es nicht, die bürgerliche Rechtsprechung und ihre Gesetze wiederherzustellen, sondern vielmehr, sie zu zerschlagen. So schrieb das Zentralkomitee in einem Artikel, der im "Ordine Nuovo" vom 26.3.1921 sowie auch in allen anderen Parteiorganen veröffentlicht wurde, unter dem Titel "Gegen die Reaktion" folgendes:

"Rühren wir uns, ja! Arbeiten wir, um denjenigen Genossen, die sich am meisten geopfert haben, die gebührende Hilfe zukommen zu lassen. Arbeiten wir, um der Massenbewegung ihre Führer wieder zurückzugeben. Aber vermeiden wir den Irrtum, die auf dieses Ziel gerichtete Aktion als losgelöst von der ganzen Breite unserer Aktion, die sich mit der heutigen Lage verbindet, zugleich aber durch tiefgreifende Gründe bestimmt wird, zu betrachten. Es ist eine Illusion zu glauben, daß man die herrschende Klasse und ihre Regierung dazu zwingen könnte, zu einem normalen Regime zurückzukehren und jene Rechte zu wahren, die die individuelle und kollektive Handlungsfreiheit garantieren sollen. FÜR UNS BESTEHT DAS PROBLEM NICHT DARIN, DEN GEGNER WIEDER DAZU ZU BRINGEN, DAS GESETZ, SEIN GESETZ WIEDER EINZUHALTEN. Dies würde darauf hinauslaufen, jene konterrevolutionäre Illusion aufzuwerten, derzufolge die bürgerliche Legalität dem Emanzipationskampf der Massen dienlich ist. Würden wir es auch nur im geringsten akzeptieren, uns in der Aktion mit jenen Bewegungen zu verbünden, deren Theorie und Taktik auf diesem grundlegenden Fehler beruhen, so würden wir die Wirkung unserer Propaganda auf die Massen zugrunderichten und einem fatalen Irrtum verfallen: Wir würden glauben lassen, daß wir, WENN DIE BOURGEOISIE DIE GRENZEN IHRER GESETZE EINHÄLT, UNS UNSERERSEITS VERPFLICHTEN ODER VERPFLICHTEN LASSEN, DASSELBE ZU TUN. Das würde heißen, daß wir das Fortbestehen des jetzigen konstitutionellen Regimes für wünschenswert halten. Es würde bedeuten, daß wir vergessen, daß die Freiheit, die dieses Regime zuzugestehen scheint, gemäß der marxistischen Kritik nur eine Täuschung und

ein konservatives Mittel ist. Die Kommunisten dürfen keine jener stereotypen und lächerlichen Phrasen wie die von der Meinungsfreiheit, dem Recht des einzelnen oder ähnliche Stoßgebete jemals von sich geben, die ja gerade die Lieblingsthemen der bürgerlichen Demokratie und des sich sozialistisch wahnenden Opportunismus bilden. Wir müssen ebenfalls bei manchen Elementen, die unseren syndikalistischen und anarchistischen Vettern nahestehen, der Tendenz entgegenwirken, mit diesen Phrasen in kleinbürgerlicher Weise um sich zu werfen und dies dabei noch für extremistisch zu halten. Die Kommunisten stehen auf einem ganz anderen Boden. Sie wissen ganz genau, daß eine Rückkehr zur traditionellen bürgerlichen Legalität unmöglich ist. Sie erklären, daß die Geschichte weltweit die folgende Alternative gestellt hat: Entweder offene Diktatur der Konterrevolution oder revolutionäre Diktatur des Proletariats. Sie setzen sich nicht das Ziel, eine neue Epoche von 'normalen' politischen und rechtlichen Verhältnissen zu eröffnen, WAS, SOFERN ES NICHT EIN VÖLLIGER BLÖDSINN IST, NICHTS ANDERES BEDEUTEN WÜRDEN ALS EINE PHASE DER FRIEDLICHEN WIEDERAUFRICTUNG DER KAPITALISTISCHEN HERRSCHAFT UND DER MIT IHR VERBUNDENEN PRIVILEGIEN. Ganz im Gegenteil zielen die Kommunisten darauf ab, den Übergang zur Epoche der revolutionären Macht des Proletariats mit allen Kräften zu fördern. Die Kommunisten sagen nicht zur Bourgeoisie: Paß auf, wenn Du Deine Gesetze nicht einhältst, dann werden wir die Revolution machen, ... um die Legalität wiederzuerlangen. Sie setzen sich ganz im Gegenteil das Ziel, die bürgerliche Macht durch ihre revolutionäre Aktion zu zerstören. Wer, wie die Sozialdemokraten, vom Boden des friedlichen Kampfes nicht abrücken will, wird niemals unser Verbündeter sein.

Um die Reaktion zu bekämpfen, gibt es also keinen anderen Weg, als sich zum Zwecke ihrer Zerschlagung zu organisieren und den Kampf mit allen Mitteln zu führen. Wir müssen unsere Aktion so gestalten, daß sie nicht mehr leicht von den Sanktionen der bürgerlichen Macht getroffen werden kann und das feindliche System tiefer und sicherer im Herzen trifft. Die ganze Frage der revolutionären Methode ist hierin bereits enthalten. Wir stimmen in dieser Frage weder mit den Sozialdemokraten überein, die glauben, die Verletzung der bürgerlichen Legalität umgehen zu können, noch mit den Libertären, die sich einbilden, daß es nach der Zerschlagung des alten Systems nicht nötig sei, eine neue Macht, eine neue disziplinierte Organisation, eine neue Armee und auch eine neue Polizei und eine neue Repression gegen die bürgerliche Klasse zu errichten.

Die Frage der politischen Opfer und des Kampfes gegen die Reaktion hat also keinen zufälligen und negativen Charakter, sie ist vielmehr verbunden mit der allgemeinen und positiven Frage der Aktion gegen die heutige Ordnung. Wer glaubt, diese Frage Hand in Hand mit den Sozialdemokraten angehen zu können, stellt die Frage auf die Weise der Konterrevolution und arbeitet in dieselbe Richtung. Auch wenn er sich in politischer Hinsicht als direkten Antipoden der Sozialdemokraten bezeichnet, ändert sich nichts an dieser Tatsache.

Die KOMMUNISTISCHE PARTEI kämpft gegen die Re-

aktion, weil sie gegen die bürgerliche Macht kämpft, selbst wenn diese ihre LEGALEN Funktionen nicht überschreitet. In diesem Kampf bemüht sich die Kommunistische Partei, das Bewußtsein und die Kräfte des Proletariats in diese Richtung zu lenken. Sie akzeptierte es, sich in diesem Kampf auf den Boden der Illegalität und der Gewalt zu stellen, aber nicht etwa, weil die Bourgeoisie diesen Boden gewählt hat, sondern weil ES DER EINZIGE IST, DEN DAS PROLETARIAT ZUM EIGENEN VORTEIL WÄHLEN KANN, UM DIE AUFLÖSUNG DER BÜRGERLICHEN LEGALITÄT ZU BESCHLEUNIGEN, UM DEN AUGENBLICK HERBEIZUFÜHREN, WO SICH AUF IHREN TRÜMMERN DIE PROLETARISCHE LEGALITÄT ERRICHTEN WIRD, DER MAN NICHT IM VORAUS DURCH IRGENDWELCHE PHRASENDRESCHEREIEN DIE HÄNDE BINDEN DARF. All jene Gründe also, die zur Bildung der Kommunistischen Partei führten und diese dazu bewogen, ihre Methoden festzulegen, tauchen wieder auf, wenn es um die Frage des Kampfes gegen die Reaktion geht. Die Reaktion besteht in der Herrschaft der Bourgeoisie selbst und nie wird uns unser Feind mit anderen, leichter verwundbaren Waffen entgegentreten! AUS DIESEM GRUNDE nehmen die Kommunisten den Kampf gegen die feindliche Gewalt auf, ohne die Physiognomie ihrer Organisation und ihrer Taktik auch nur um einen Deut zu verändern."

So wurde der erste der beiden oben erwähnten "Punkte" von der Partei behandelt. Sehen wir nun, wie die Partei, während sie den Aufbau ihres illegalen Apparates in Angriff nahm, den zweiten Punkt behandelte. Sie wandte sich dabei gegen all diejenigen, Reformisten wie Maximalisten, die wenige Monate später den schändlichen Friedenspakt mit dem Staat und den faschistischen Banden abschlossen. Wenn auch der eine oder andere Nostalgiker diese Leute in unserer Partei gerne gesehen hätte, so wußte die Partei selbst doch nur allzu gut, daß eine solche Umarmung dem Proletariat nicht größere Kraft verliehen hätte, sondern ganz im Gegenteil dem gesunden und kämpferischen Proletariat das Gift des Defätismus eingeimpft hätte.

Die heutigen "Historiker" waren so gütig, die riesige Arbeit, die die gerade erst entstandene Partei unter Führung der Linke im Bereich der Organisation und der Disziplinierung geleistet hat, schließlich anzuerkennen. Sie bedauern es jedoch nach wie vor, daß jene Partei die Umarmung des Reformismus, des Maximalismus und schließlich der Demokratie wie die Pest zurückgewiesen hat. Von ihrer Warte aus ist das ganz natürlich, denn was es ihnen zufolge zu retten galt, war ja nicht die Möglichkeit eines revolutionären Wiederaufschwungs des Proletariats, sondern ganz im Gegenteil die Demokratie. Sie sind die Abkömmlinge genau derjenigen, die die Friedenspakete und die Entwaffnung des Proletariats unterzeichneten. Sie können folglich nicht verstehen, daß die Partei gerade zu dem Zwecke entstanden war, die Demokratie zusammen mit ihrem legitimen Sohn (dem Faschismus) unter die Erde zu bringen, ihnen also die Luft abzuschneiden anstatt ihnen neuen Sauerstoff einzuflößen. Und würden sie es verstehen, dann würden sie entsetzt vor diesem Schreckensbild zurückweichen!

Der sozialistische Defätismus

Während die Kommunistische Partei die oben dargelegten Richtlinien entwarf, ließ die Sozialistische Partei ihre Maske fallen, um sich als das zu erweisen, was wir immer von ihr behauptet haben: nämlich ein Agent des Defätismus in den Reihen der Arbeiterklasse zu sein, die sich gerade in jenen Monaten gegen die gemeinsamen Angriffe der faschistischen Banden und der gesetzlichen Ordnungskräfte in mutiger Weise bewaffnet zur Wehr setzte.

Die Rechte Turatis, von der sich die maximalistische Mehrheit nicht trennen wollen und von der sie sich jetzt weniger denn je loszureißen gedachte, predigte den "sozialen Frieden", die Rückkehr zu den "zivilisierten Methoden" einer friedlichen Koexistenz zwischen den politischen Parteien, und sie forderte das Proletariat auf, sogar auf die defensive Gewaltanwendung zu verzichten. Sie blieb somit ihrer alten Tradition treu, denn der Reformismus hatte in der Vergangenheit nie etwas anderes gesagt, und er konnte auch jetzt nichts anderes von sich geben. Nicht, daß er die Gewalt etwa in der Art eines Tolstoi verurteilend, völlig aus seiner Theorie ausgeschlossen hätte. Für ihn stellte sich diese Frage, wie die Partei in einem Text erklärte, folgendermaßen:

"Der Sozialdemokrat, der Sozialpazifist ist nicht gegen die Gewalt im allgemeinen. Er erkennt der Gewalt eine soziale und geschichtliche Funktion zu." Aber die Gewalt ist für ihn nur dann legitim, "wenn es die Staatsmacht ist, die sich ihrer bedient, die diese Gewalt sanktioniert, befiehlt und organisiert. (...) Wenn aber das Proletariat die Gewalt anwendet, um sich gegen den Faschismus zu verteidigen, dann handelt es sich um eine illegitime Gewaltanwendung, da sie außerhalb von STAAT und GESETZ angesiedelt ist." Für die Sozialdemokratie hat *"die Bildung des demokratischen und parlamentarischen Staates die Epoche der gewaltsamen Auseinandersetzungen einzelnen, Gruppen und Klassen der Gesellschaft beendete, und der Staat ist gerade dazu da, jene gewaltsamen Initiativen als ANTISOZIALE AKTIONEN zu unterdrücken."* Nicht die Proletarier müssen sich verteidigen, sondern ... Giolitti verteidigt sie! Es ist also nur allzu logisch, daß die sozialistische Rechte von den Proletariern verlangt, vom Kampf abzulassen, und den Staat dazu auffordert, gegen die Faschisten, ... die er finanziert, unterstützt und gewähren läßt, die Gewalt anzuwenden. Es ist nur konsequent, daß sie darauf beharrt, mit dem Feind Friedenspakete zu unterzeichnen und bereit ist, würde sie an die Regierung kommen (was beinahe der Fall war), genauso wie Noske und Scheidemann in Deutschland zu handeln, nämlich die organisierte und "legitime" staatliche Gewalt gegen die einzigen zu entfesseln, die die Klassengewalt zur Zerschlagung des bürgerlichen Herrschaftsapparats gefordert haben, die Kommunisten!

Und die Maximalisten, die die Führung der Partei in der Hand hatten? Hatten sie nicht in Bologna erklärt, daß *"das Proletariat zur Gewalt greifen muß"*, nicht nur um sein Endziel, die "Eroberung

der Macht" zu erreichen und *"die revolutionären Errungenschaften zu festigen"*, sondern um jenes unmittelbare Ziel der *"Verteidigung gegen die bürgerliche Gewalt"* zu erlangen? Hatten sie nicht erklärt, daß sie der III. Internationale auf der Grundlage der Thesen des I. Kongresses beitreten, die doch der sozialdemokratischen, reformistischen und parlamentarischen Lösung die revolutionäre Lösung entgegengesetzten, die auf der Alternative *"Entweder Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie"* beruhte? Hatten sie nicht sogar noch nach Livorno in Moskau darauf gedrungen, die vollzogene Spaltung zu berichtigen und ihnen die Türen zur Komintern zu öffnen? Schon. Aber die historische Funktion des Zentrismus besteht gerade darin, sich *"dem Programm der Linke anzunähern, es sich lautstark und demagogisch zu eigen zu machen, um die Massenbewegung im Zaum zu halten und sie eines Tages (und dieser Tag war jetzt gekommen) den rechten Tendenzen, das heißt dem erklärten Reformismus, auszuliefern. Letzterer hat neben anderen Tugenden wie der der Folgerichtigkeit auch die Fähigkeit, geschickt abwarten zu können, bis seine Stunde gekommen ist und solange seine zentristischen Verbündeten die Arbeit verrichten zu lassen, auch wenn die Zentristen ihn gegenüber den unteren Rängen als unerbittlichen Feind darstellen."*

Die Scheinheiligkeit des Maximalismus

Die faschistische Offensive stellte die "Auffrichtigkeit", mit der die Maximalisten den "Barrikadenkampf" befürworteten, auf die Probe. Sie zeigte, daß die Anklage der Kommunisten, der Maximalismus diene der sozialistischen Rechten als Speerspitze und als scheinheiliger linker Deckmantel, völlig zutreffend war. In der Tat, kaum hatten die "illegalen" faschistischen Gewalttaten eingesetzt, als auch schon die Sozialistische Partei - und zwar nicht nur die Rechte, sondern die ganze Partei, angefangen bei ihrer Führung - in den Spalten ihres Organs L'Avanti die Rückkehr zur Ordnung, die "Normalisierung" des politischen und gesellschaftlichen Lebens und den Verzicht des Proletariats auf den gewaltsamen Kampf zu predigen begann. Im August unterzeichnete sie dann - in völliger Übereinstimmung mit jener ganzen ... malthusianischen Propaganda - den Friedenspakt mit den Faschisten! In anderen Situationen des Klassenkampfes, als der soziale Konflikt sich zu einem offenen Kampf hin entwickelte, hatte der Maximalismus scheinbar annehmbare Ansichten vertreten: *"Wir brauchen eine angemessene Vorbereitung! Wir dürfen uns nicht in die Falle locken lassen, allgemeine Aktionen durchzuführen, ohne vorher darauf vorbereitet zu sein! Die individuelle Aktion muß der allgemeinen und kollektiven Aktion Platz machen usw."* Hinter diesen nach Jesuitenart vorgetragenen Argumenten verbarg sich jedoch nur der feige Entschluß, bei den ersten Anzeichen des Sturms die Segel zu streichen. Jetzt wurden nicht einmal mehr diese Argumente vorgebracht. Der Maximalismus erklärte jetzt ohne Umschweife, daß man nicht zur Gewalt greifen dürfe und er dies auch nicht tun würde, *nicht einmal* wenn es um die Verteidigung ginge. Und er erklärte das zu

einem Zeitpunkt, wo junge Proletarier ihr Leben opferten, um die Arbeitskammern, die Redaktionen ihrer Zeitungen und die Sitze ihrer Parteien zu verteidigen. Nicht zufällig veränderte die PSI bei den Wahlen im kommenden Mai ihr Wappen dahingehend, daß sie Hammer und Sichel "das Buch" hinzufügte. Draußen wurde geschossen, und die "Partei der Arbeiter" forderte ihre Militanten auf, sich an die Tische der Volksbibliotheken zu setzen! Auf den Straßen verteidigte man sich mit zusammengebissenen Zähnen und griff sogar so oft wie möglich an. Und die Partei, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten behauptete, brachte diese Äußerungen eines spontanen und unnachgiebigen Kampfgeistes in Mißkredit. Sie sagte sich von ihnen los, ja sie verurteilte sie!

Die Kommunistische Partei deckte den (für uns im Übrigen nur scheinbaren) Widerspruch zwischen den offiziellen Erklärungen des Maximalismus und seinen unverschämten Aufforderungen an das Proletariat, jetzt auch noch die andere Wange hinzuhalten, restlos auf; sie prangerte etwas an, was sich in den Tatsachen deutlich als wahrhaftiger Defätismus erwies:

"Wir befinden uns also nicht mehr in der Periode der weltweiten Revolution, die auf den endgültigen Machtkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie zusteuert? Es ist also nicht mehr wahr, daß die Bourgeoisie nur mit Hilfe des bewaffneten Kampfes von der Macht vertrieben werden kann, da sie selbst ihren Machtanspruch immer mit der organisierten Gewalt verteidigen wird? Und das alles soll gerade jetzt nicht mehr stimmen, wo der Faschismus uns doch den schlagendsten Gegenbeweis liefert? Wir stehen jetzt also nicht mehr vor dem unausweichlichen Dilemma 'entweder Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie', gerade jetzt, wo die Bourgeoisie ihrem zynischen Willen zur Herrschaft in kühnster Weise Ausdruck verleiht, wo sie alle Zugeständnisse und alle politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen, die zwischen den bestehenden Mächten und der Arbeiterklasse geschlossen wurden, zunichte macht?"

Die Maximalisten werfen - das müssen wir uns merken - nicht die Frage nach der taktischen Zweckmäßigkeit auf. Sie sagen nicht, daß das Proletariat sich in diesem Augenblick auf eine sorgfältige Vorbereitung beschränken und nicht dazu verleiten lassen soll, seine Kräfte in sofortigen Aktionen zu verschleifen. Auch solche Argumente wären in der heutigen Lage bereits ein Zeichen von Defätismus, da gerade die Ereignisse der letzten Monate bewiesen haben: Je mehr das Proletariat die Zusammenstöße zu vermeiden sucht, um so mehr fühlt sich die bürgerliche Reaktion ermutigt. Doch die maximalistischen Renegaten sagen und tun noch viel üblere Dinge. Mit einer erstaunlichen Unverschämtheit verurteilen sie den eigentlichen Kern der Methoden, die sie gestern noch zu vertreten schienen, denn sie geben jetzt den Massen die endgültige Direktive, in ihren zukünftigen Aktionen auf die Gewalt zu verzichten, und sie versuchen, diese Massen wieder auf den Boden des friedlichen Kampfes zurückzuführen. Auf diesem Boden sollen die Massen mit Waffen und Kräften kämpfen, die, da sie faktisch rein geistiger und moralischer Natur sind, nunmehr nur noch den Anhängern des alten Idealismus Angst machen - und gerade un-

ter solchen Leuten pflegt der bürgerliche Staat sein Regierungspersonal und seine Henker nicht zu rekrutieren!

Man könnte einwenden, daß der Augenblick der revolutionären Gewalt 'noch kommen werde', doch würde der Verteidiger der Einheit von Kommunisten und Sozialisten, indem er jenes Argument vom 'entscheidenden Augenblick' theoretisieren, nur eines bestätigen: Unsere liederlichen Pseudorevolutionäre sind noch viel schlimmer als die wahren Reformisten, die wenigstens ehrlich genug sind, die Methoden der gewaltsamen Aktion offen zu verurteilen und den Massen andere Aktionsmittel vorzuschlagen. Dem entscheidenden Ausbruch der revolutionären Gewalt geht notwendigerweise eine Periode voraus, in der die Zusammenstöße nur episodischen Charakter annehmen. In dieser Periode ist es die Aufgabe der kommunistischen Partei, die proletarischen Kräfte vorzubereiten und zu organisieren. Dieser Aufgabe kann man aber unmöglich gerecht werden, wenn man den Verzicht auf die Gewalt predigt, die man nicht nur als grundlegendes und unerlässliches Aktionsmittel erkennen, sondern auf die man sich auch technisch vorbereiten muß. Genau diesen Verzicht aber predigen uns heute die Führer der sozialistischen Partei, die in dem Maße zurückweichen, in dem sich die revolutionäre Entwicklung, die in ihren ehemaligen Programmen dargelegt worden war, in die Wirklichkeit umsetzt! Es soll also nicht mehr richtig sein, daß sich der imperialistische Krieg in den revolutionären Klassenkrieg verwandeln muß! Man hatte das wohl nur zum Scherz gesagt, denn der Klassenkrieg soll nun mit friedlichen Waffen ausgetragen werden, und nicht mit jenen, die man den Arbeitern in die Hände gelegt hatte, damit sie sich vier Jahre lang gegenseitig abschlachten!

Die Bourgeoisie wendet für den Kampf im Innern genau dieselben Waffen an, die ihr im Kriege gegen das Ausland gedient haben, und die Maximalisten, anstatt hierin die Bestätigung der Theorie zu sehen, die sie früher verteidigt haben, rufen zur Entwaffnung auf! Angesichts dieser Lage besteht unsere vordringlichste Aufgabe darin, jene Saboteure der Revolution aufs schärfste anzugreifen. Die dringende revolutionäre Vorbereitung, die unsere Partei zu leisten hat, geht mit der Liquidierung der letzten Spuren des Einflusses der Maximalisten Hand in Hand. Der schnelle Zerfall der Sozialdemokratischen Partei wird das beste Zeichen für den Aufschwung der revolutionären Energien des italienischen Proletariats sein ("Un partito in decomposizione", in IL COMUNISTA vom 10.3. 1921).

Die Rechte ist konterrevolutionär, und sie sagt es ohne Zögern. Auch das Zentrum (es handelt sich hierbei nicht um eine spezifisch italienische, sondern eine internationale Erscheinung, die nichts subjektiver, sondern objektiver Natur ist, die also nicht an einzelne Individuen, Gruppen oder Länder gebunden ist und unabhängig von den wirklichen oder mutmaßlichen Absichten der einzelnen auftritt) ist konterrevolutionär. Was bei ihm, im Vergleich zur Rechten, noch hinzukommt, ist ein gerüttelt Maß an Scheinheiligkeit, mit dem es seine Haltung umgibt. So stellte Serrati in seiner im L'Avanti veröffentlichten Antwort auf den oben zitierten Artikel die "planmäßig vorbereitete Aktion",

die der Kommunismus befürwortet und deren Vertreter er, Serrati, immer gewesen sei, den unvorbereiteten Aktionen entgegen, die nur sporadisch als Reaktion "auf jeden Revolverschuß" entstünden und die zu vertreten er uns beschuldigte. Um den eiligen Rückzug seiner Partei vor den feindlichen Angriffen zu verdecken, lehnte er letztere Aktionen als "voluntaristisch" ab. In ihrem Artikel "Irreführende Gelassenheit" ("Serenità mistificatrice") vom 16.3.1921 nahm die Partei sofort zu diesem hinterlistigen Argument Stellung:

"Serrati beschuldigt die anderen des Voluntarismus und sieht - vor lauter Polemik - nicht, daß er selbst der größte Voluntarist ist. Wenn hier jemand eine weder deterministische noch marxistische Behauptung gemacht hat, so gerade Serrati, als er den Mangel an revolutionärer Vorbereitung komischerweise den besonderen fehlerhaften Eigenschaften des italienischen Volkes zuschrieb. Welch humoristisches Verständnis von der revolutionären Vorbereitung!

Laut Serrati soll die Klassenpartei die Anwendung der proletarischen Gewalt bis auf jenen Tag verschieben, an dem sie sich in der Lage fühlt, das Signal für eine allgemeine und koordinierte Aktion zu geben. Bis zu jenem Tag aber soll sie sich unter dem Vorwand, daß es sich um 'individuelle' Gewalt handelt, jedem Zusammenstoß zwischen den proletarischen und bürgerlichen Kräften widersetzen und ihn verurteilen. Ja, sie sollte solche Konflikte überhaupt zu verhindern suchen!

Unsere Auffassung ist grundverschieden. Die revolutionäre Klassenpartei geht bei ihrer Arbeit von der Tatsache aus, daß die gegenwärtige historische Periode bereits die Bedingungen für den endgültigen Zusammenstoß zwischen den Klassen geschaffen und dieser auch schon BEGONNEN HAT. Die Partei setzt sich das Ziel, auf diesen von den geschichtlichen Bedingungen determinierten Kleinkrieg Einfluß zu gewinnen, um die proletarische Rebellion zu organisieren und ihr somit mehr Wirkungskraft zu verleihen. Solange es ihr nicht möglich scheint, durch eine allgemeine Koordinierung des Angriffs Erfolgsaussichten zu haben, macht sie keinen Gebrauch von ihrer Möglichkeit zu Initiativen und Aktionen im Hinblick auf isolierte Angriffe. Bei den lokalen und gelegentlichen Konflikten ist sie darauf bedacht, sich unter ungünstigen Bedingungen nicht zum Einsatz ihrer ganzen Kraft verleiten zu lassen. Gleichzeitig muß sie sich aber auch bemühen, in ihrer schon geleisteten Vorbereitungsarbeit nicht an Boden zu verlieren, wobei es den Faktor der kollektiven Psychologie zu berücksichtigen gilt. Sie versucht bei den Massen die Einsicht zu erzeugen, daß ihr zeitweiliger Verzicht auf revolutionäre Aktionsinitiativen ein Element der Stärke und nicht der Schwäche ist. Sie darf aber die revolutionären Mittel nicht in Mißkredit bringen und muß von daher gleichzeitig in den Massen die Überzeugung verstärken, daß man auf diese Mittel nie verzichten wird. Hierin liegt der Unterschied zwischen unserer Auffassung und derjenigen der Sozialisten, auch wenn letztere in Form der jesuitischen 'Theorisierung' Serratis auftritt!

In der derzeitigen Lage sagen die Sozialisten den Massen nicht wie Serrati: 'Wir müssen uns besser vorbereiten, im Augenblick aber die Zusammenstöße vermeiden!' Sie haben alle ihre vorherigen Erklärungen verleugnet und ganz

klar gesagt, 'seht ihr, wie schrecklich die Anwendung von Gewalt und der Bürgerkrieg sind? Der Vormarsch des Proletariats muß auf anderen Wegen erfolgen!' Sicherlich haben nicht die Sozialisten die faschistische Offensive entfesselt. Aber ihr Verbrechen besteht darin, die Massen zu entwaffnen. Sie bilden sich ein, so den faschistischen Angriff stoppen zu können, weil sie blödsinnigerweise glauben, ihn hervorgerufen zu haben. Aber auch die hinterlistige Formel Serratis ist nicht weniger defätistisch. Sie läuft darauf hinaus, einen unbegrenzten Rückzug zu verordnen, der unweigerlich die revolutionären Kräfte jeder moralischen und materiellen Kraft berauben würde. SIE LÄUFT DARAUF HINAUS, GERADE JENE REVOLUTIONÄRE VORBEREITUNG, DIE SERRATI GEWÄHRLEISTEN ZU WOLLEN VORGAB, FÜR IMMER ZU GEFÄHRDEN UND UNMÖGLICH ZU MACHEN. Vorbereitung bedeutet in der Tat sich darin zu üben, im Einklang mit einer richtigen und immer genaueren Einschätzung der Ereignisse zu handeln. Sie kann niemals in einer passiven Verneinung der Wirklichkeit oder einem fatalistischen Abwarten bestehen, was entweder unmöglich ist oder ausschließlich zugunsten des bürgerlichen Feindes gehen kann. Und genau das wäre umgekehrter Voluntarismus, keineswegs aber Antivoluntarismus. Das würde bedeuten, daß man den positiven Einfluß, über den man verfügt, in den Dienst des Gegners stellt! Gerade auf dem Boden der Tatsachen hat sich unsere Haltung klar von derjenigen unterschieden, die Serrati verteidigt und die seine Anhänger in die Praxis umgesetzt haben. Auch wenn wir uns von den Sozialisten nur dadurch unterscheiden würden, daß wir die niederträchtige Sprache, die sie führen, nicht gebrauchen, so würde das schon zur Genüge beweisen, daß unsere Methode der ihren überlegen ist. Aber auch in den praktischen Tatsachen hat sich ein Unterschied gezeigt. Wir haben klar gesagt, daß es unentbehrlich sei, der reaktionären Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen, auch wenn wir nicht die Initiative zu einer allgemeinen revolutionären Aktion ergreifen können, da das Proletariat in geistiger und materieller Hinsicht nur mangelhaft vorbereitet ist und wir Gefahr laufen würden, uns auf ein ungewisses Abenteuer einzulassen oder uns dem sicheren Verrat der Sozialisten auszusetzen. Auch wenn wir uns darauf beschränkt hätten, unsere Solidarität mit den spontanen proletarischen Widerstandsaktionen zu erklären, so hätte dies bereits zur Genüge den praktischen Unterschied zwischen uns und den Sozialisten bewiesen, die diese proletarischen Reaktionen in feiger Weise verworfen haben. Wir haben aber darüber hinaus den Kommunisten die Anweisung gegeben, sich auf die in bestimmten Gebieten vorhersehbaren faschistischen Angriffe vorzubereiten, um ihnen entgegentreten zu können. Wir halten nach wie vor an dieser Aktionslinie fest. Ihre Richtigkeit wird sich in den Tatsachen beweisen, an der Fähigkeit, die Kampfstimmung der Massen zu heben und sie durch die Partei einzugliedern. Diese Eingliederung setzt aber voraus, daß die Massen der Partei vertrauen, und dieses Vertrauen ist also der erste Aspekt der Vorbereitung auf allgemeine Aktionen.

Es hat sich also mehr denn je gezeigt, daß die Sozialisten der alten Partei als ECHTE SOZIALDEMOKRATEN das Spiel der Bourgeoisie gespielt haben, indem sie den Massen wiederholt gesagt

haben, sie sollten die gewaltsamen Mittel von sich weisen. Es hat sich gezeigt, wie grotesk es ist, eine solche Haltung mit dem Vorwand rechtfertigen zu wollen, daß es nur darum gehe, die revolutionäre Aktion auf den günstigsten Augenblick verschieben zu wollen. Derartige Erklärungen werden grundsätzlich von allen Konterrevolutionären abgegeben. Sie sind ein charakteristisches Kennzeichen des Zentrismus, der dem Reformismus die Stange hält, während dieser seinerseits der Bourgeoisie die Stange hält. Und dies gilt für alle Länder, da gerade die zentristische Politik besonders gut geeignet ist, die Massen zu entwaffnen, um sie eines Tages ohnmächtig und völlig desorientiert den Orgien der Konterrevolution auszuliefern."

Wenn wir hier lange Zitate aus der damaligen Polemik wiedergegeben werden, so nicht etwa aus irgendeinem "Bildungsluxus" heraus, sondern vielmehr weil aus dieser Polemik klar hervorgeht, daß sich das maximalistische "Zentrum" im Laufe des Kampfes ganz bewußt auf die andere Seite der Barrikade gestellt hat. Es hat damit so gehandelt, wie es schon immer für den Zentrismus typisch war und auch in Zukunft bleiben wird. Die Bolschewiki hatten vollkommen Recht, als sie den internationalen Zentrismus zum Feind Nummer 1 der proletarischen Revolution erklärten, denn er ist der heimtückischste und hartnäckigste Widersacher des Proletariats. Niemals also hätte man - wie dies die Bolschewiki selbst später leider tun sollten - die Möglichkeit eines auch nur teilweisen Zusammenkommens mit den Zentristen erwägen oder, was noch schlimmer ist, die Aufnahme der Maximalisten in die italienische Sektion der Kommunistischen Internationale beschließen dürfen. Es bedurfte nicht einmal großer theoretischer Betrachtungen, um dies zu erkennen. Die Tatsachen selbst lieferten den schreiendsten Beweis dafür, daß der entschiedene Bruch mit dem Reformismus und dem Maximalismus absolut notwendig war.

Von den Wahlen bis zum Regierungswechsel

Parallel zur faschistischen Offensive, die sich im Laufe des gesamten April weiterentwickelt, entfesseln die Unternehmer ihre Offensive gegen die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, und das ist kein Zufall.

Während Giolitti im Februar den gesetzlich festgelegten Brotpreis abschafft, greifen die Unternehmer auf einer doppelten Ebene an: sie entlassen die "überschüssigen" Arbeitskräfte (was natürlich gleichzeitig eine erhöhte Ausbeutung der in den Fabriken verbliebenen Arbeiter bedeutet) und senken die Löhne. Im März werden die scheinbar festen Errungenschaften bezüglich der Arbeitsplätze abgeschafft, vor allem in Turin: bei Michelin werden nach einmonatigen Verhandlungen die ersten Entlassungen gebilligt, die auch die früher als "unverletzlich" geltenden Mitglieder der Internen Kommissionen sowie Abteilungsdelegierte der Arbeiter treffen; bei Fiat wird die Arbeit nach einem Monat des Kampfes wieder aufgenommen, und zwar unter dem Zeichen "der Disziplin und Autorität innerhalb des Betriebes", die laut den Forderungen der Unternehmensführung "ausschließlich durch ihre

eigenen Organe und ohne willkürliche Einmischung von außen ausgeübt werden soll". Ein Jahr lang wird sich die CGL in der Hoffnung wiegen, daß Giolitti und später Bonomi gemäß ihren Versprechungen vom September 1920 die berühmte "Kontrolle über die Industrie" einführen werden.

In Turin selbst versuchen die Faschisten am 25. April die "Casa del Popolo" (Haus des Volkes), die das Zentrum der Arbeiterkammer und der FIOM (8) sowie den Sitz verschiedener Arbeitervereine und -zirkel bildete, zu stürmen.

Der hartnäckige Widerstand der Arbeiter kann von den Faschisten nur dadurch "gebrochen" werden, daß sie das Feld den regulären Ordnungskräften überlassen. Diese entwaffnen dann die Arbeiter, verhaften die "Rädelsführer" und erweisen ihrerseits jetzt den Faschisten die Gefälligkeit, ihnen den Weg für die Besetzung und Inbrandsteckung des Gebäudes freizumachen. Die Faschisten jedoch werden infolge dieser bitteren Erfahrung mehr als ein Jahr abwarten, bevor sie ihren Versuch wiederholen. Sie sind jetzt vorsichtiger und versuchen, sich zunächst die Rückendeckung zu sichern!

Der Defätismus der Sozialisten kam aber nicht nur in ihrer Haltung gegenüber den proletarischen Kämpfen gegen die Schwarzhemden zum Ausdruck, sondern zeigte sich auch ganz klar in ihrer Stellung gegenüber den ökonomischen Kämpfen. Die Kommunistische Partei hingegen versuchte gerade, die Massen diesem demoralisierenden Einfluß zu entreißen, um sie in ihren defensiven und offensiven Aktionen mit einer klaren Losung unter einer gemeinsamen Fahne und einer zentralisierten Führung zu vereinen. Und diese Bemühungen der Kommunistischen Partei waren untrennbar verbunden mit den Anstrengungen, die sie unternahm, um alle gewerkschaftlichen Kämpfe auf der Grundlage einer einheitlichen Strategie, die die kommunistischen Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen in die CGL hineinzutragen versuchten, zusammenzufassen. Es handelte sich hierbei um zwei untrennbare Aspekte eines einzigen Kampfes. Und die Linke, die sich in einem mehr als zehnjährigen Kampf gegen alle Verkörperungen des Reformismus gestählt hatte, führte diesen Kampf an "beiden Fronten" mit einer Tatkraft, deren nur sie fähig war und die nur sie über die Partei auf das Proletariat in Stadt und Land übertragen konnte (9).

Im Mai 1921 finden die Wahlen statt. In der Tat waren sie das geeignetste Mittel, um die revolutionären Energien des Proletariats, die zu zerschlagen sich als schwierig erwiesen hatte, zu kanalisieren und auf das Luftschloß eines Wahlsiegs hin zu orientieren. Darüber hinaus ermöglichten sie es, die PSI in der Hoffnung auf eine Rückkehr zu "normalen Zuständen" zu wiegen und den Faschisten, die bislang nur ein unförmiger Haufen von Schlägertrupps und kaum eine ordentliche Partei gewesen waren, nun auch den Weg zu parlamentarischen und demokratischen Ehren zu eröffnen. In der Tat war es Giolitti, der es den Faschisten mit Hilfe des "Nationalen Blocks" ermöglichte, ganz nach giolittischer Manier, auf einer doppelten Taster zu spielen: der der "konstitutionellen Legalität" einerseits und der "tatsächlichen Il-

legalität" andererseits. Die heutigen Reformisten, d.h. die offizielle italienische KP, kommentieren diese Tatsache folgendermaßen:

"Die Aufnahme der faschistischen Kandidaten in die Listen des nationalen Blocks ist zweifelsohne die schlimmste und UNÜBERLEGTESTE politische Operation des alten piemontesischen Staatsmannes gewesen. Sie stellt in der Tat eine Legalisierung der gewaltsamen Aktionen der Faschisten dar, die das Land mit Blut besudelt haben, und sie IST DIE ERSTE OFFIZIELLE ABDANKUNG DES STAATES GEGENÜBER EINER RECHTEN UNTERWANDERUNG" (I Comunisti nella storia d'Italia, Heft Nr. 4, herausgegeben vom "Calendario del Popolo" und veröffentlicht unter der Schirmherrschaft der offiziellen KP Italiens).

Wie man sieht, taugen die heutigen Reformisten genauso viel wie die gestrigen. Sie sind genauso unfähig zu begreifen, daß die "subversive" Gewalt von rechts nur die Kehrseite der "konservativen" Gewalt des Staates war, daß sie ohne letztere nicht möglich gewesen wäre und beide eine unauflösliche dialektische Einheit bilden!

Wir werden hier nicht im einzelnen auf jene Wahlen vom Mai, die die zweiten allgemeinen Wahlen nach dem Kriege bildeten, eingehen. Trotz des Widerstands vieler ihrer Mitglieder und sogar ganzer Sektionen, die nicht einmal immer in der wahlboycottistischen Fraktion ihren Ursprung hatten, beteiligte sich die Kommunistische Partei Italiens in vorbildlicher Disziplin gegenüber der Internationale an den Wahlen (10). Dabei setzte sie Kräfte, die man im übrigen sehr viel nützlicher für die Aufgabe der eigenen politischen, gewerkschaftlichen und militärischen Organisation hätte verwenden können, im Wahlkampf ein. Es ist jedoch interessant festzuhalten, daß der Faschismus die Wahlperiode nutzte, um seine Wunden zu heilen, während er sich zugleich durch einige Übungsrunden auf die Wiederaufnahme der bewaffneten Offensive im Juli vorbereitete. So stürmten die Faschisten die Redaktion des Soviet am 5. Mai; sie demonstrierten in der Emilia gegen die Verhaftung Italo Balbos, der sofort freigelassen wurde; am 13. Juni kam es zum Angriff auf Francesco Misiano und am 28. Juni wurde die Arbeitskammer von Grosseto in Brand gesetzt. Was die Sozialisten betrifft, so hatten sie ihrerseits in dem neuen "demokratischen Klima" wieder einen Grund mehr gefunden, um gegenüber den Arbeiterkämpfen den schlimmsten Defätismus zu praktizieren. Als Giolitti am 27. Juni sein Amt niederlegt, verabschiedet die Führung der sozialistischen Parlamentsfraktion folgende Tagesordnung, die von der maximalistischen Parteiführung angenommen wird: *"Die Führung der sozialistischen Parlamentsfraktion hat unter Beibehaltung der taktischen und programmatischen Richtlinien, die von der Fraktion bei ihrer Gründung festgelegt worden sind, beschlossen, der Fraktion selbst vorzuschlagen, nicht das Interesse zu verlieren an der Entwicklung und Lösung der Krise. Während die Fraktion fast einstimmig darin übereinstimmt, daß es aus theoretischen Gründen, so die einen, oder aus praktischen Gründen, so die anderen, unangebracht ist, eine Regierungsbeteiligung der Sozialisten in Aussicht zu stellen, hält die parlamentarische Fraktion fest, daß die sozialistischen Abgeordneten das Parlament nicht ausnützen sollen, um den Versu-*

chen anderer Parteien, ehrlich und dauerhaft eine Politik gegen eine Fortsetzung der Gewaltanwendung auf die proletarische Bewegung durchzuführen, Hindernisse a priori in den Weg zu legen. Die Vertreter der Parteiführung billigen diesen Entschluß."

So sieht also das maximalistische Rezept aus: Wir, die "unnachgiebigen Parlamentarier", sind zu jedem Nachgeben bereit, wenn immer sich die Möglichkeit einer Regierung bietet, die "ehrllich und dauerhaft" das zu tun gedenkt, was ... wir nicht tun, nämlich die proletarische Bewegung gegen die "illegale" Gewalt zu verteidigen. Und wenn eine solche Regierung nicht entsteht, so werden wir zu unserer "parlamentarischen Unnachgiebigkeit" zurückkehren. Aber weit davon entfernt, die Proletarier dazu aufzurufen, sich selbst zu verteidigen und sie in ihrem Kampf zu führen, werden wir unsererseits die Initiative ergreifen, um ... ehrliche und dauerhafte Abkommen mit den bürgerlichen Parteien zu schließen, damit die Gewalt aufhört!

Als dann der Berg der Regierungskrise die Maus Bonomi gebiert, wird die maximalistische Führung ihre vorübergehend verlorene Jungfräulichkeit wieder zurückgewinnen. Sie erklärt, daß sie mit den von der neuen Regierung gegebenen "Versprechen" und "Garantien", um die "Herrschaft des Gesetzes" wiederherzustellen, nicht zufrieden sei (das Gesetz ist das A und O des sozialistischen Breviers) und daß sie demzufolge keinerlei Anlaß habe, von der formalen parlamentarischen Opposition, die von den Kongressen beschlossen wurde, abzurücken. Kaum ein Monat vergeht, und schon wieder wird diese Jungfräuleinlichkeit frisch und munter dank den guten Diensten des Präsidenten der Kammer und späteren Präsidenten der Republik, Enrico De Nicola, auf einem neuen Altar geopfert: dem Altar des Friedenspaktes. Und dies geschieht wie immer im Rahmen der "unnachgiebigen parlamentarischen Opposition"!

Bevor wir aber auf die berühmte Periode des Friedenspaktes eingehen, müssen wir zuvor einen Schritt zurückgehen, um uns mit der Aktion der Kommunistischen Partei Italiens in der vorhergehenden entscheidenden Periode zu beschäftigen.

Der Kampf der Kommunistischen Partei für die militärische Organisierung der Massen

In ihrem Aufruf vom 3. März hatte die Kommunistische Partei dem Proletariat gezeigt, daß man nur der bürgerlichen Gewalt begegnen kann, wenn man den Weg der proletarischen Gewalt betritt, und sie war die einzige, die dies tat. Indem sie den fatalen Defätismus der Reformisten und Maximalisten anprangerte, mußte sie natürlich gleichzeitig auch zeigen, daß das Schicksal der proletarischen Gegenoffensive davon abhing, inwieweit sie als Partei in der Lage sein würde, den proletarischen Kampf zu unterstützen, mit neuer Kraft zu erfüllen und vor allem zu führen. Die Partei hatte die Wahlkampagne und den 1. Mai genutzt, um ihre Richtlinien und ihre Verpflichtung zu betonen und jene politischen Parteien, deren Basis sich zumeist aus Arbeitern zusammensetzten, aber eine pazifistische und demokrati-

sche Ideologie und eine parlamentarische und legalistische Taktik propagierten, auf's schärfste zu entlarven. Denn gerade jene Parteien trugen dazu bei, die Arbeiterklasse, die trotz ihrer wiederholten Niederlagen in den vergangenen zwei Jahren noch immer kampfbereit war, von ihrem Kampf gegen alle legalen oder "illegalen" Schutzorgane der bürgerlichen Herrschaft abzulenken.

Und dennoch genügte es nicht, den Boden von der pazifistischen, weinerlichen und kapitulantenhaften Ideologie des klassischen Reformismus und seines neuen Deckmantels, des Maximalismus, zu befreien. Es genügte nicht, den proletarischen Massen und kommunistischen Militanten das Gefühl zu vermitteln, daß es notwendig sei, sich auf demselben Boden wie der Feind zu verteidigen und sogar, wenn die Situation es erlauben würde, im Laufe des "rein" defensiven Kampfes selbst zur Gegenoffensive überzugehen. Es genügte nicht, den jungen Militanten der Arbeiterklasse die Überzeugung einzufloßen, daß *allein* die kommunistische Partei unter Ablehnung jedes zweideutigen politischen Bündnisses parlamentarischer Natur und der verlogenen "Einheit" mit dem Reformismus in der Lage war, den spontanen Angriffs- und Verteidigungsaktionen die nötige Organisation zu geben. All dies stellte nur eine (im Übrigen unerläßliche) Voraussetzung für die ernsthafte Vorbereitung eines allgemeinen und disziplinierten Kampfes des Proletariats gegen alle bürgerlich-konterrevolutionären Kräfte dar.

Um es noch einmal zu wiederholen: Einerseits mußte man sich bei allen Zusammenstößen zwischen Proletariern und Ordnungskräften entschieden auf die Seite der Proletarier stellen. Man durfte niemals ihre "Ausschreitungen" verteilen, man durfte niemals versuchen, in den verzweifelten Kampf um die Arbeiterhochburgen moralische Regeln oder einen Knigge einzuführen, man durfte niemals Angriffsaktionen der Arbeiter unter dem Vorwand entmutigen, sie müßten sich auf ihre Verteidigung beschränken. Andererseits mußte man den eigenen und *unabhängigen* Militärapparat aufbauen, um der proletarischen Abwehr und Vergeltung eine Seele, einen Kopf, ein Rückgrat, eine politische und materielle Führung zu geben. Und dies alles hatte zur Voraussetzung, daß man den Weg frei machte von allen Überbleibseln der Vergangenheit, von jeder Nostalgie für die vergangenen Zeiten des "friedlichen Lebens" im Schatten der parlamentarischen Demokratie oder der "Einheit" mit den Verrätern.

Selbst die Schaffung eines illegalen Organisationsnetzes der Partei, wie es die 21 Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale fordern, war nicht ausreichend, wie auch die intensive antimilitaristische Propaganda der kommunistischen Jugend in der Armee und die Verstärkung der kommunistischen Gruppen in den proletarischen Verbänden ehemaliger Soldaten nicht genügen konnten. Genausowenig genügte es, wie man dies immer getan hatte, die ökonomische Aktion mit der dringenden Notwendigkeit der Verteidigung der Arbeiterorganisationen und ihrer Sitze zu verbinden, die nunmehr zur bevorzugten Zielscheibe der Faschisten und dem natürlichen Zentrum des proletarischen Widerstands

gegen die Angriffe des Staates und der Faschisten geworden waren. *Was jetzt dringend notwendig ist, war die planmäßige Bildung eines "Militärapparats", der einer strengen Parteidisziplin gehorchen und sich in allen seinen Aktionen von einer einzigen politischen Richtlinie leiten lassen würde.*

Die militärische Frage der Verteidigung und des Angriffs hängt von der *politischen* Frage ab und ist von ihr nicht zu trennen. Die Politik ist es, die die Wege und Ziele des militärischen Kampfes bestimmt. Wenn man die verletzte Demokratie verteidigen will, verteidigt man sich selbst nicht auf dieselbe Weise (und dies gilt für den Angriff in einem noch stärkeren Maße), wie wenn man sie zerstören und die Diktatur des Proletariats errichten will.

Man kann den feindlichen Kräften unmöglich eine wirksame und disziplinierte Kraft entgegenstellen, wenn man nicht *im voraus* weiß, welches der beiden Ziele man erreichen will und sich deshalb Zögern, Zweifel und Vorurteile in der Kampforganisation breit machen, die die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten des Kampfes einschränken. Eine klare politische Linie oder, um einen in diesem Falle geeigneteren Terminus zu verwenden, eine klare Strategie ist überhaupt die Voraussetzung für eine mächtige, Kontinuität und Homogenität aufweisende *praktische* Aktion bzw. *Taktik*. Und diese klare Taktik wiederum ist die Voraussetzung für eine schlagkräftige und gefestigte *Organisation*.

Auch in diesem Bereich mußte die Partei *gegen den Strom* schwimmen, das lastende Gewicht der schädlichen Traditionen der alten sozialistischen Partei, die sich nur negativ auf die Zentralisierung, Disziplin und organische Verbundenheit der Bewegung auswirken konnten, liquidieren und demzufolge mit einer *Aufbautätigkeit ex novo* beginnen. Man konnte und *durfte* vor allem zu Anfang die individuellen Aktionen und die am Rande der Bewegung entstehenden Initiativen nicht entmutigen, denn sie waren ein *gesunder* Ausdruck für die Kampfbereitschaft der einfachen Militanten und Arbeiter. Man mußte jedoch dafür arbeiten, diese Aktionen in eine einheitliche, disziplinierte und also zentralisierte Organisation einzugliedern.

Angesichts der Dringlichkeit der Verteidigung des Proletariats war der kommunistische Jugendverband damit beauftragt worden, die ersten Kerne einer festen militärischen Organisation der Partei auf örtlicher Ebene zu organisieren und um sie die Proletarier zu scharen, die darauf brannten, ihre Kräfte, ihre auch technischen Fähigkeiten und ihren Kampfgeist in den Dienst des heiligen Krieges zu stellen, den die Arbeiterklasse allein gegen die Bourgeoisie und die aufgepeitschten Kleinbürger führen mußte.

Die alte sozialistische Partei hatte sich als organisch unfähig erwiesen, auch nur dieses *Minimum* an praktischer Vorbereitung zu gewährleisten. Sie war von Natur aus unfähig hierzu, und es war nicht zu erwarten, daß sie es *jemals* tun würde. Die junge italienische Sektion der Kommunistischen Internationale mußte den Proletariern also auch in dieser Beziehung

zeigen, daß sie die einzige echte Kampforganisation ihrer Klasse war.

Blättert man die regionale Parteipresse der damaligen Zeit durch, so wird man feststellen, daß die Partei jenem Willen (und jener objektiven Notwendigkeit) die besten Energien der Arbeiterjugend um die Partei zusammenzufassen, wiederholt öffentlich und erklärtermaßen Ausdruck verliehen hat. Ein Beispiel hierfür ist der Aufruf, den der Jugendverband (der immer seine gesamte Tätigkeit den zentralen Direktiven der Partei unterordnete) in Mailand herausgegeben hat und der unter der Verantwortung des Zentralkomitees des Jugendverbandes in tausenden von Exemplaren verteilt wurde. Dieser Aufruf wurde am 17.6.1921 auch in *La Commune*, dem Organ der Kommunisten von Como, veröffentlicht:

"Junge Proletarier! Schreibt Euch in die Aktionsgruppen der kommunistischen Jugend ein!

Junge Arbeiter!

Während die bürgerliche Reaktion, die sich gegen euch entfesselt hat, schwächer zu werden scheint, während ihr glaubt, die Angriffe der kapitalistischen Söldner mit dem Wahlsieg vom 15. Mai zurückgedrängt zu haben, empfindet die kommunistische Jugend die Notwendigkeit, sich noch einmal ganz offen an euch zu wenden.

Sie sieht es als notwendig an, euch daran zu erinnern, daß alle Siege, die das Proletariat auf friedlichem und legalem Wege errungen hat, nur vorübergehende Siege gewesen sind, daß der Wahlsieg vom 19. November 1919 keineswegs das Vorspiel für die Machtergreifung des Proletariats gewesen ist, sondern vielmehr die bürgerliche Gegenoffensive eingeleitet hat, die sich auf einem sehr viel realistischeren und wirkungsvolleren Boden abgespielt hat: dem Boden der Klassengewalt.

Die kommunistische Jugend möchte euch an die schmerzlichen Erfahrungen erinnern, die in eurem Gedächtnis noch lebendig sein dürften. Sie möchte euch daran erinnern, daß einige Monate kapitalistischer Gewalttaten genügt haben, um dem Proletariat Positionen zu entreißen, die es durch langjährigen legalen Kampf endgültig erobert zu haben glaubte. Es könnte fatale Auswirkungen für die Arbeiterklasse haben, solche Illusionen heute weiter zu nähren. Die Arbeiterklasse muß begreifen, daß die Tatsache, daß die faschistische Reaktion sich heute abzuschwächen scheint, gerade darauf zurückzuführen ist, daß sie die proletarischen Organisationen soweit geschwächt zu haben glaubt, daß sie nicht mehr in der Lage sind, ihren einzigen und wirklichen Kampf zu führen: den revolutionären Kampf. Es hängt also absolut nicht damit zusammen, daß die bewaffneten faschistischen Banden etwa Angst hätten, sie könnten die 123 Abgeordneten der jetzigen Legislaturperiode nicht in der ausgiebigen Weise mit Stockschlägen traktieren wie sie es mit den 156 Abgeordneten der letzten Legislaturperiode getan haben.

Junge Arbeiter!

Überzeugt euch davon, daß die 'Lawine' von

Wahlzetteln, von der die 'sozialistische' Partei so sehr begeistert ist, eine einzige Papierlawine ist, mit der man die organisierte und bewaffnete Macht der herrschenden Klasse nicht wird vernichten können. Dies ist einzig möglich mit Hilfe der organisierten und bewaffneten, aber unendlich zahlreicheren und daher mächtigeren Kraft des Proletariats!

Junge Arbeiter!

Der Bund der kommunistischen Jugend ruft euch dazu auf, unter seiner Fahne zu marschieren, der Fahne der Arbeiterjugend der ganzen Welt, der Fahne der Kommunistischen Internationale.

Er ruft euch dazu auf, euch zusammenzuschließen, um die Avantgarde der revolutionären Offensive des Proletariats, die mit einer Gegenoffensive gegen den Faschismus beginnen wird, zu organisieren.

Marschiert mit uns, der jungen Garde des Kommunismus und der Weltrevolution!"

Aber die Partei war weit davon entfernt, ihre Ziele auf jene zwangsläufig mit Unterbrechungen erfolgenden Aktionen zur unmittelbaren und lokalen Verteidigung zu beschränken. In den unmittelbar auf die Spaltung von Livorno folgenden Monaten hatte man eine fieberhafte Tätigkeit zur politischen Festigung der Partei entwickelt. Und wenn auch die Teilnahme an den Wahlen - was die Linke vorausgesehen und bedauert hatte - wertvolle Energien in einer nicht nur sekundären, sondern Scheinschlacht (11) vergeudet hatte, so führte sie doch nicht etwa dazu, daß man jene grundlegende und hervorragende Arbeit unterbrochen und abgeändert hätte.

Gerade aufgrund ihrer festen und zentralisierten politischen Organisation hatte die Partei nach "außen" hin das ganze Spektrum der sie kennzeichnenden Aktivitäten entwickeln können, ohne daß den Proletariern jemals auch nur eine dieser Aktivitäten als losgelöst vom Programm der Moskauer Internationale und des Kongresses von Livorno erschienen wäre. Die intensive gewerkschaftliche Arbeit der Partei war ein typisches Beispiel hierfür. Der einheitliche oder, wie wir zu sagen pflegen, der organische Charakter der Partei kam klar und unmittelbar in der Tatsache zum Ausdruck, daß jede ihrer besonderen Aktivitäten das Gesamtprogramm widerspiegelte und mit allen anderen streng verbunden war. Jede einzelne Aktivität ordnete sich sozusagen als ein untrennbarer Bestandteil in das Räderwerk einer politischen und organisatorischen Maschinerie ein, die selbst nur einer einzigen Richtlinie gehorcht und auf ein einziges Ziel ausgerichtet ist. Darüber hinaus gingen alle diese Aktivitäten strahlenförmig und in perfekter Koordinierung vom Zentrum aus, um sozusagen als "verlängerter Arm" der Partei innerhalb der Arbeiterklasse zu wirken. Aus diesem Grunde gab es auch keine gewerkschaftlichen (oder anderen) Richtlinien, die nicht die politischen Aufgaben und Ziele der Partei in den Vordergrund gestellt oder die Notwendigkeit der direkten und gewaltsamen Aktion verschwiegen hätten.

Zu diesem wesentlichen Ergebnis war die Partei nur aufgrund eines entschiedenen Kampfes ge-

langt. Dieser Kampf richtete sich einerseits gegen die "autonomistischen" Gewohnheiten, die man von der alten sozialistischen Partei geerbt hatte und die bei ihren ehemaligen Militanten, die in Livorno in die kommunistischen Reihen übergetreten waren, nur mühsam auszulöschen waren. Andererseits betraf er die zwar großmütige, aber deshalb nicht weniger negative Ungeduld, die vor allem durch die Härte der gegnerischen Offensive sowie durch die verführerischen Aufrufe der Sozialisten zur "Einheit", die hierfür ihre proletarische Herkunft und Tradition auszuspielen versuchten, hervorgerufen wurden.

In dieser Hinsicht genügt es, daran zu erinnern, wie die - im übrigen seltenen - Verstöße gegen die Disziplin während der Wahlkampagne behandelt wurden und mit welcher Strengung das Exekutivkomitee der Partei schon am 20. März den Föderationen und Sektionen verbot, "mit anderen Parteien und politischen Strömungen (Republikanern, Sozialisten, Syndikalisten, Anarchisten) ständige oder vorübergehende Aktionsabkommen zu schließen". Dies geschah weniger, weil Bündnisse dieser Art überhaupt unzulässig wären, sondern vielmehr, weil die Partei sich versichern mußte, daß diese Abkommen "nur innerhalb der Grenzen, für die Zwecke und unter den Bedingungen geschlossen werden, die die Parteizentrale festlegen und in den gegebenen Fällen mitteilen wird, um losgelöste und zersplitterte Aktionen zu vermeiden." (Es versteht sich, daß diese Richtlinien natürlich nicht die Beziehungen zu den gewerkschaftlichen Organisationen betrafen).

Der Parlamentsgruppe der Partei wurde gemäß den 21 Aufnahmebedingungen der Internationale keinerlei Autonomie zugestanden. Die Gewerkschaftsgruppen gingen direkt von der Partei aus und fungierten als ihre Instrumente in den Gewerkschaften und Betrieben. Die militärische Organisation nun mußte, was angesichts ihres Charakters und ihrer Ziele noch viel zwingender war, in genau demselben Verhältnis zur Partei stehen, d.h. sie mußte als Parteinetz entstehen. Ihre Aufgabe war es, zu einem Anziehungspol für die kampfwilligen Arbeiter zu werden und sich als deren wirklicher Führer zu erweisen, was zur Voraussetzung hatte, daß ihre Ziele nicht mit denen anderer Organisationen verwechselt werden könnten und daß ihre praktische Aktion einheitlich bzw. ihre Organisation diszipliniert und wirksam wäre.

In *Il Comunista* vom 14. Juli wurde diese Richtschnur für die militärische Organisation der Partei genau festgelegt, wobei man die Organisationsversuche, die von anderen Parteien oder Gruppen ausgingen, auf die wir im zweiten Teil dieser Arbeit näher eingehen werden (12), nicht aus den Augen verlor:

"FÜR DIE MILITÄRISCHE ORGANISATION DER PARTEI
Ausgehend von der bereits an zahlreichen Orten geleisteten Arbeit zur militärischen Organisation der Mitglieder und Sympathisanten der kommunistischen Partei und des Jugendverbandes und von der dadurch gewonnenen Erfahrung bereiten die Zentrale der Partei und des Jugendverbandes eine Mitteilung vor, die die Richtlinien, die bei dieser unerläßlichen Arbeit der revolu-

tionären Organisation und Vorbereitung überall zu beachten sind, enthalten wird. Da in der Zwischenzeit außerhalb der kommunistischen Partei stehende Elemente in verschiedenen Teilen Italiens ähnliche Initiativen ergreifen, an denen die Partei aber nicht offiziell teilnimmt und für die sie auch nicht die Verantwortung trägt, müssen sämtliche Genossen diese Verordnungen abwarten, damit sie die Partei nicht schon vor vollendete lokale Tatsachen stellen, die dann den allgemeinen Richtlinien widersprechen würden.

Dies bedeutet, daß die Übungsarbeit der kommunistischen Militäreinheiten, wo es sie bereits gibt, fortgesetzt werden muß und dort, wo sie noch nicht begonnen wurde, in Angriff genommen werden muß. Bei dieser Arbeit gilt es strengstens zu berücksichtigen, daß die revolutionäre militärische Organisation des Proletariats AUF PARTEIGRUNDLAGE erfolgen muß und MIT DEM NETZ DER POLITISCHEN ORGANE DER PARTEI STRENG VERBUNDEN SEIN MUSS. Die Kommunisten können und dürfen sich also an keiner militärischen Initiative beteiligen, die von anderen Parteien ausgeht oder außerhalb ihrer Partei entsteht.

Die militärische Vorbereitung und die militärische Aktion verlangen eine Disziplin, die zumindest genauso groß ist wie die politische Disziplin der kommunistischen Partei. Man kann sich nicht zwei unterschiedlichen Disziplinen unterwerfen. Der Kommunist und ebenso der Sympathisant, der sich wirklich an die Partei gebunden fühlt (und wer nicht in der Partei kämpft, weil er in der Frage der Disziplin Vorbehalte hat, verdient nicht die Bezeichnung Sympathisant), können und dürfen infolgedessen keiner anderen militärischen Organisation angehören als derjenigen der Partei.

Bis zur Festlegung genauerer Richtlinien, die im übrigen nur mit Hilfe der praktischen Erfahrungen selbst immer besser ausgearbeitet werden können, gibt die kommunistische Partei an ihre Mitglieder und Anhänger die folgende Losung aus: Bildung von kommunistischen Militäreinheiten, die zur defensiven wie offensiven revolutionären militärischen Vorbereitung, Schulung und Aktion des Proletariats von der Partei geführt werden."

In einer weiteren Ausgabe des *Il Comunista* (31. Juli) kommen dieselben - wie man sehen wird, erfolgreichen - Bemühungen zum Ausdruck, die gesunden Energien der Militanten durch eine einheitliche Disziplin zusammenzufassen und zu vermeiden, daß sie sich in chaotischen und unvorbereiteten Initiativen zersplittern, wie dies schon allzu oft in der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung geschehen war. Indem es gleichzeitig auf Fragen und Probleme, die an einigen Stellen aufgetreten waren, einging, schrieb das Exekutivkomitee der Partei:

"MILITÄRISCHE ORGANISATION

Da wir von zahlreichen Briefen erreicht werden, die uns um Informationen bezüglich der Organisationsarbeit der Partei bitten, möchten wir die Genossen, die an der Spitze der Föderationen und Sektionen stehen, daran erinnern, (...) daß die Kommunisten sich an keiner außerhalb der Partei entstehenden Initiative beteiligen dürfen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir an unsere Auffassung der Dis-

plin erinnern, der sich alle Mitglieder einer kommunistischen Partei unterwerfen müssen. Wir möchten gegenüber den Genossen betonen, daß die Partei sich nur eine militärische Organisation schaffen und diese auch ihre Ziele nur erreichen kann, wenn die Parteimitglieder auf besondere taktische Standpunkte verzichten. Sie dürfen diese nur an den dafür geeigneten Orten (Versammlungen, Parteitag) vertreten!

Die Anweisung, eine militärische Organisation der Partei zu schaffen, wurde vom Exekutivkomitee in Übereinstimmung mit dem Exekutivkomitee des Jugendverbandes gegeben und nicht nur von letzterem, wie manche fälschlicherweise geglaubt haben.

Die militärische Organisation der kommunistischen Partei Italiens ist nicht von uns 'erfunden' worden, um andere ähnliche Organisationen, wie sie heute geschaffen werden, nachzuahmen. Sie entspricht den Kriterien, nach denen sich die revolutionäre Organisation aller kommunistischen Parteien, die Mitglied der III. Internationale sind, vollzieht.

Wenn wir die militärische Organisation nicht früher in Angriff genommen haben, so weil ihr notwendig die POLITISCHE ORGANISIERUNG vorausgehen muß und wir seit dem Kongress von Livorno uns vor allem letzterer widmen mußten. Auf keine dieser beiden Formen der Organisation kann verzichtet werden und keine stellt ein Hindernis für die andere dar, vielmehr ergänzen sie sich gegenseitig."

Diese Mitteilung verkündete außerdem Richtlinien, die in *Il Comunista* vom 21. Juli unter dem Titel "Organisierung der kommunistischen Kräfte" veröffentlicht wurden. Diese Richtlinien waren Bestandteil einer umfassenden Arbeit, die auf eine genaue Festlegung und Abgrenzung der exekutiven Aufgaben der Partei und eine Stärkung derjenigen Organisation zielte, die diese Aufgaben wahrnehmen sollte. Sie betonten vor allem die

"Organisationskriterien der Disziplin und der Hierarchie, die sich um so mehr verschärfen, je mehr man aufgrund der allgemeinen Entwicklung des proletarischen Kampfes von der Periode der theoretischen Kritik zur Periode der Propaganda und der Rekrutierung und schließlich der Aktion und des Kampfes übergeht."

Es wurde ebenfalls betont, daß "die bürgerliche Auffassung, laut der sich der Militant einer Partei darauf beschränkt, seine ideologische Zustimmung zu geben, seine Partei zu wählen und einen regelmäßigen Geldbeitrag zu leisten", mit der kommunistischen Auffassung unvereinbar ist, derzufolge "derjenige, der der Partei beiträgt, dazu angehalten ist, eine den Bedürfnissen der Partei entsprechende kontinuierliche praktische Arbeit zu leisten."

Was den besonderen Bereich der militärischen Organisation anbelangt, so wurde der Beschluss verkündet, in allen Sektionen Militäreinheiten einzurichten. Diese Gruppen sollten sich "aus allen erwachsenen und jugendlichen Genossen (zusammensetzen), die physisch zu einer solchen Aufgabe in der Lage sind. (Sie sollten) sowohl eingeschriebene Mitglieder als auch Kandidaten umfassen, sowie auch diejenigen Sympathisanten, die keinen anderen politischen Parteien angehören, die ihre Treue gegenüber der kommunistischen Partei bewiesen und sich aus-

drücklich dazu verpflichtet haben, die strengste Disziplin einzuhalten."

Diese Einheiten sollten zu Kompanien vereinigt werden, die über ein Netz von regionalen Vertrauensleuten direkt mit der Zentrale verbunden werden sollten. Die technischen Einzelheiten dieser Organisation interessieren uns hier nicht. Was wir jedoch festhalten müssen, ist die Beharrlichkeit, mit welcher die Partei noch einmal daran erinnerte,

"Daß kein Mitglied der Partei oder des Jugendverbandes sich an anderen militärischen Organisationen, die nicht von der Partei gebildet und geleitet werden, beteiligen darf."

Schon damals erblickten einige in diesen strengen Vorschriften (die zum selben Zeitpunkt wie die Richtlinien zur gewerkschaftlichen Arbeit gegeben wurden, was die ganze Breite und den organischen Charakter der gesamten Parteiarbeit zeigt) einen Beweis von "Schematismus, Sektierertum und Dogmatismus". Sie meinten, uns dies insbesondere in bezug auf unsere politischen Beziehungen zu den anderen Parteien und Strömungen sowie auch in bezug auf unsere Haltung gegenüber deren "antifaschistischen" militärischen Ablegern vorwerfen zu können. Damit taten sie im übrigen nichts anderes, als das Geschrei und das Gestampfe, das die zukünftigen Theoretiker der "Partei neuen Typus", d.h. die stalinistischen Opportunisten, später gegen die Linke loslassen sollten, bereits vorwegzunehmen. Der Partei jedoch, die damals geschlossen unter der Führung der Linken stand, ging es darum, eines der lebenswichtigsten Prinzipien zu verteidigen, nämlich das der Autonomie der Klassenpartei. Nun kann es aber keine ausschließlich ideologische Unabhängigkeit geben. Die Unabhängigkeit ist entweder eine zugleich theoretische und praktische, oder es gibt sie ganz einfach nicht. In der damaligen Situation stimmten die theoretischen Auffassungen mehr denn je mit den praktischen Erwägungen überein, und beide schlossen das Bündnis mit denjenigen Kräften aus, in denen der marxistische Realismus Tatsachen in der Hand mit Recht die Helfershelfer der kapitalistischen Konterrevolution erkannte.

Genau zu der gleichen Zeit, da die Kommunistische Partei Italiens den Aufbau ihrer militärischen Organisation in Angriff nahm und die dabei zu beachtenden Richtlinien festlegte, fand in Moskau der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale statt (22. Juni - 12. Juli 1921). Er wurde von einer Delegation der PSI besucht (es handelte sich um die drei "Pilger" Lazzari, Maffi und Riboldi), die vergeblich trotz der Spaltung von Livorno - vor dem Kongreß die Aufnahme dieser Partei in die Internationale verlangte. Jenen Delegierten wurde damals ein recht kühler Empfang bereitet, sie wurden abgewiesen. Jedoch änderte die Internationale im Laufe der folgenden 12 Monate ihre Meinung und räumte trotz des Widerstands der Kommunistischen Partei Italiens ein, daß eine Fusion zwischen Kommunisten und Sozialisten (oder wenigstens eines Teils von ihnen) dann möglich wäre, wenn sich die alte Partei von der Rechten befreien würde. Wie falsch und gefährlich eine solche Position war, zeigt der Friedenspakt, den die Sozialisten unter der neuen Regierung mit dem Faschismus schließen werden, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, wo das Proletariat und seine Or-

ganisationen die bislang wütendste Offensive der Schwarzhemden zu erleiden hatten. Auf die *"Wiederaufnahme der faschistischen Offensive und den Friedenspakt"* werden wir im folgenden Teil dieses Berichts eingehen.

ANMERKUNGEN:

- (1) Dieser Bericht wurde auf einer Generalversammlung der IKP im April/Mai 1967 in Florenz vorgetragen.
- (2) Der Historiker Gaetano Salvemini, der damals Sozialist war, hatte Giolitti den "Mafiaminister" genannt, weil dieser, der das gesamte Register der reformistischen Demokratie zu spielen wußte, sich zugleich auf die lokalen Mafiosi, vor allem im Süden Italiens, stützte, sei es um Wahlergebnisse zu fälschen, sei es, um sich fügsame Kommunalverwaltungen zu sichern, sei es schließlich um die Landarbeiter mit der offenen Gewalt der "mazzieri" (Leibwachen) einzuschüchtern.
- (3) Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den Bericht von Bordiga vor dem IV. Kongreß der Komintern.
- (4) Am 21. November 1920 stürmten die Faschisten das Rathaus von Bologna, in dem sich die neue sozialistische Verwaltung nach einem triumphalen Wahlerfolg soeben eingerichtet hatte. Die darauffolgende Schießerei forderte 9 Tote und 100 Verletzte. Was die Arbeitskammern angeht, so waren es Organisationen, die auf Stadt- und Provinzebene die Arbeiter der verschiedenen Gewerkschaften an der Basis zusammenfaßten.
- (5) Arditi waren die Mitglieder der Sturmbrigaden, die für den 1. Weltkrieg gebildet wurden. Beim Unternehmen von Fiume handelte es sich um die Besetzung der Stadt Fiume - die nach dem Krieg Jugoslawien zugesprochen worden war - durch die von D'Annunzio geführten nationalistischen Kräfte (Vorläufer des Faschismus). Die dort errichtete Regierung dauerte von 1919 bis Ende 1920, als die italienische Zentralregierung nach einem Arrangement mit Jugoslawien dem Abenteuer ein Ende setzte. Sie hatte eindeutige korporativistische Züge und diente der späteren faschistischen Regierung als Vorbild.
- (6) L'Ordine Nuovo war eine Turiner Fraktion der sozialistischen Partei, die idealistische und ouvrieristische Auffassungen vertrat. Sie wurde von Gramsci und Togliatti geführt und schloß sich der wahlboykottistischen Fraktion an für die Gründung der Kommunistischen Partei in Livorno. Bis zum Beginn der Entartung der Komintern kämpften die Ordinovisten diszipliniert in der Partei (Gramsci sagte rückblickend, er wäre dabei gewesen, sich in den besten "Bordigisten" zu verwandeln), ihre ehemaligen Führer wurden dann aber zu den Stroh Männern Moskaus gegen die Linke. Zum Ordine Nuovo siehe *"Thesen von Lyon"* (KP 14) und den 2. Teil der Schrift über den *"Linksradikalismus"* (KP 20).
- (7) So fragte Gramsci einmal: *"Was bedeutet es vom Verfassungsstandpunkt aus, wenn man behauptet, daß ein gegebener Staat keine Demokratie, sondern eine Klassendiktatur ist?"* Und er antwortete: *"Dies bedeutet, daß die öffentlichen Gewalten, die Exekutive, die Legislative und die Judikative, nicht voneinander getrennt und unabhängig, sondern zusammengefaßt sind zu einer einzigen Gewalt, der Exekutive"*. Als handele es sich bei dem Begriff *"Klassendiktatur"* um eine Verfassungsfrage und nicht um eine soziale und gesellschaftliche Frage!
- (8) FIOM = Italienischer Metallarbeiterverband
- (9) Wir können im Rahmen dieser Arbeit nicht auf die äußerst aktuelle und lehrreiche Gewerkschaftstätigkeit der KPI in den Jahren, in denen sie von der Linken geführt wurde, eingehen. Eine ausführliche Dokumentation ist in den Nr. 16 ff. 1967, von *"Il Programma Comunista"* zu finden und soll von uns nach Abschluß dieser Reihe gekürzt veröffentlicht werden.
- (10) *"Als Kommunist"* - erklärte der Vertreter der Linken - *"bin ich zunächst Zentralist und erst dann Wahlboykottist"*. Und er fügte hinzu, daß der revolutionäre Parlamentarismus, wenn er einen Sinn hätte, dann gerade in einer reaktionären Situation wie 1921
- (11) Zumal da der Rückgriff auf die Wahlen den herrschenden Klassen als Deck- und Schutzmantel für die Vorbereitung einer zweiten und noch grausameren bewaffneten Offensive gegen die proletarische Bewegung diene.
- (12) Vorwegnehmend sei aber gesagt, daß hier die Initiativen der *"Arditi del Popolo"*, militärische Organisationen banaler antifaschistischer Prägung, gemeint sind.

Rationalisierungen in Rußland:

Im Osten wie im Westen führt das Produktivitätsrennen zu einer Steigerung der Ausbeutung

Wir haben in verschiedenen Arbeiten über die russische Wirtschaft gezeigt, daß die "autoritäre Planwirtschaft" der stalinistischen Ära, in der Viele Sozialismus oder immerhin eine nachkapitalistische "Übergangsgesellschaft" erblickten, in Wirklichkeit den Bedürfnissen eines jungen und schwachen Kapitalismus entsprach, der bestrebt war, mit Peitschenhieben den *Gesamtumfang* der Produktion zu erhöhen, um somit eine ausreichende Stufe der Industrialisierung, d.h. der *Akkumulation von produktivem Kapital* zu erreichen. Wie wir vorausgesagt hatten, befand sich der russische Kapitalismus, nachdem er diese Schwelle erreichte, vor einem anderen Problem. Er mußte natürlich nach wie vor die Produktion steigern, aber auf der Grundlage einer Erhöhung der *Produktivität* der Arbeit und der *Rentabilität* des Kapitals. Mit einem Wort, er mußte von einer extensiven Akkumulation auf der Grundlage des absoluten Mehrwerts zu einer intensiven Akkumulation durch zunehmende Produktion von relativem Mehrwert übergehen. Wie Chruschtschow auf dem 22. Kongreß sagte: *"Es ist notwendig, daß jeder investierte Rubel soviel wie möglich einbringt"*. Chruschtschow verschwand, er hatte aber keine persönlichen Macken zum Ausdruck gebracht, sondern eine Notwendigkeit des russischen Kapitalismus, die, wie es nicht anders sein konnte, seitdem immer zwingender wurde.

Die Nummern 49 und 51 (Dezember 1977) der russischen Wochenzeitschrift *Economitscheskaya Gazeta* veröffentlichten verschiedene Artikel, aus denen sehr deutlich hervorgeht, wie sich diese Notwendigkeit äußert und welche Folgen sie für die Arbeiterklasse hat. Sie behandeln die wohlbekanntere Erfahrung der Stickstofffabrik Schtschekino im Gebiet von Tula und gehen auf die Mittel ein, diese Erfahrung durch *"materielle Anreize"* zwecks Produktivitätssteigerung allgemein nützlich zu machen.

Man hatte in Schtschekino das Ziel verfolgt, *"die Produktion bei gleichzeitigem Abbau der Belegschaft zu erhöhen.."*. Und in der Tat: *"Im Laufe von zehn Jahren (1967-1976) vervielfachte das Kollektiv unseres Kombinats das Produktionsvolumen um 2,7mal und die Arbeitsproduktivität um 3,4mal. Die vom 9. Plan anvisierte Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde in vier Jahren erreicht."* Wenn die Arbeitsproduktivität schneller als die Produktion wuchs, so muß die Belegschaft zurückgegangen sein, d.h. es muß Entlassungen gegeben haben. Und so ist es: *"Während derselben Periode (1967-76) wurden 1.514 Personen freigestellt..."*. Am Anfang zählte die Belegschaft circa 7.300 Personen und das bedeutet, daß die Lohnarbeiterzahl um

etwas mehr als 20% zurückgegangen ist. Eine ganz hübsche *"Entschlackungskur"*...

Der Autor des Artikels beeilt sich hinzuzufügen, daß alle Entlassenen *"eine Arbeit erhielten, die ihrer Ausbildung entsprach, oder eine neue Qualifikation erwarben"*, und daß *"praktisch niemand ohne eine interessante Arbeit blieb"*. Alle diejenigen, die mehr oder weniger an den russischen *"Sozialismus"* glauben, werden sich daran festklammern und sagen: Ihr seht doch, in Rußland ist es nicht dasselbe; dort werden die Entlassenen in den Arbeitsprozeß wiedereingegliedert, anstatt wie bei uns arbeitslos zu werden.

Abgesehen davon, daß der Artikel bezeichnenderweise auf diese Wiedereingliederung nicht näher eingeht (wo?, zu welchem Lohn?, für welche Arbeit?), offenbart dieses Argument nur eine Unkenntnis der Wirklichkeit der russischen Wirtschaft und vor allem eine totale Unwissenheit darüber, was Sozialismus bedeutet.

Wenn man in Rußland die Entlassenen heute noch unterbringen kann, so hängt das damit zusammen, daß dort ein großer Mangel an Arbeitskräften herrscht. Dies ist kein Zeichen für *"Sozialismus"*, es sei denn, man meint, daß die BRD und die Schweiz bis zu Beginn der 70er Jahre irgendwie *"sozialistisch"* gewesen sind oder sich auf dem Wege dorthin befunden haben. Was Rußland angeht, so entspricht dieser Arbeitskräftemangel im Gegenteil der *relativen Rückständigkeit des russischen Kapitalismus*: ein Großteil der aktiven Bevölkerung wird in der Landwirtschaft festgehalten und die Industriebetriebe sind wenig produktiv. Der 10. Fünfjahresplan ging davon aus, daß in der Periode 1976-80 die Arbeiter nur um jährlich 0,8% zunehmen könnten. Die Ursache für diese beschränkte Verfügbarkeit über Arbeitskräfte liegt in der unproduktiven Landwirtschaft bzw. in der rückständigen Struktur der Kolchosen. Dadurch wurde noch 1975 ein Viertel der aktiven Bevölkerung auf dem Lande festgehalten, d.h. ebensoviel wie in den USA vor einem halben Jahrhundert (dort liegt dieser Anteil heute bei 4%). (i) Unter solchen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, daß die Nachfrage nach Industriearbeitern sehr stark ist, und daß die durch *"Rationalisierung"* verschiedener Betriebe *"freigesetzten"* Arbeiter andere Arbeitsplätze finden in einer Industrie, die expandiert und noch weit davon entfernt ist, ihren eigenen Binnenmarkt und ihren *"far-east"* erobert zu haben. Die Arbeitskraft wird auch hier der von Marx im *"KAPITAL"* geschilderten Bewegung von Anziehung und Abstoßung der Arbeiter durch die Fabrik ausgesetzt. Der einzige *"Unterschied"* gegenüber dem entwickelten Westen besteht darin,

daß der russische Kapitalismus die Stufe der *allgemeinen Überproduktion* von Waren, Kapital und Proletariern mit der daraus hervorgehenden monströsen Aufblähung der industriellen Armee, noch nicht erreicht hat.

Was den Sozialismus kennzeichnen wird, ist nicht, daß die Arbeiter, die infolge der "Rationalisierung" des Betriebes, in dem sie 45 Stunden pro Woche verblöden, entlassen werden, ohne große Mühe einen neuen Sklavenposten finden können, um den Hunger zu entkommen. Was die sozialistische Wirtschaft kennzeichnet wird, ist namentlich, daß sie die vom Kapitalismus geerbte Entwicklung der Produktivkräfte ausnutzen wird, um die *Produktionsanstrengung der Menschheit zu erleichtern: durch eine radikale Kürzung der Arbeitszeit und Senkung der Arbeitsintensität wird sie die Produktionszuchthäuser der heutigen Gesellschaft abschaffen*. Es handelt sich also genau um das Gegenteil der "Rationalisierungen" für Produktivitätserhöhung. Das heißt selbstverständlich nicht, daß der Sozialismus kein Interesse an Methoden haben wird, die eine produktivere Fertigung erlauben. Die Maßnahmen der Diktatur des Proletariats werden aber in *einer ersten Phase* nach Beendigung des Bürgerkrieges auf jeden Fall darauf abzielen, die *Arbeitsproduktivität durch Vergrößerung der Belegschaften zu senken*, damit man die Arbeitszeit, das Arbeitstempo, die Arbeitsintensität verringern kann; und sie werden zu diesem Zweck alle, die früher unbeschäftigt waren oder eine sozial gesehen nutzlose oder parasitäre Tätigkeit hatten, in die nützliche Produktion eingliedern. Dabei werden sich die Produktionseinheiten weder um Rentabilität noch um Wettbewerbsfähigkeit zu kümmern haben, weil es kein Geld, keinen Markt und keine Konkurrenz mehr geben wird. Erst danach wird sich die Produktivität erneut erhöhen können - die Gesellschaft wird sich dann aber um die Anwendung von Wissenschaft und Technik auf die Produktion nur bemühen, um dadurch die Menschheit zu befreien und keineswegs, um einen Betrieb rentabler oder wettbewerbsfähiger zu machen. Die sozialistische Gesellschaft wird eine Verdreifachung der Produktivität ausnutzen, um die Arbeitszeit und/oder die Arbeitsgeschwindigkeit um zwei Drittel oder um die Hälfte zu senken! In Schtschekino geschieht *genau das Gegenteil*: Die Produktivitätserhöhung wurde zu einem großen Teil durch einen gesteigerten Druck auf die Arbeiter bzw. durch eine Zunahme der Arbeitsanstrengung, die man ihnen abverlangt, erzielt.

Der Artikel erklärt es folgendermaßen: "*Die erste Etappe der Erfahrung des Kombinats von Schtschekino erstreckte sich über die Jahre 1967-1970. Im Laufe dieser Etappe wurde die Steigerung der Arbeitsproduktivität vor allem durch eine vollständigere Verwertung der vorhandenen Kapazitäten und einen Abbau der Belegschaft, durch eine Vervollkommnung der Organisation der Arbeit und der Produktion erreicht. Im Grunde verlangten die Maßnahmen der ersten Etappe keine Kapitalinvestition*". Man könnte nicht deutlicher zugeben, daß diese "erste Etappe" schlicht und einfach darin bestand, durch Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit, Jagd auf die "toten Zeiten", Erweiterung der Arbeitsgebiete, Überstunden usw. einen zunehmenden Druck auf die Arbeiter auszuüben. Durch diese Dressur bereitete man die Arbeiter auf die "zweite Etappe" vor.

Diese bestand darin, "*auf der Grundlage einer Modernisierung der Anlagen, der Verbesserung der Technologie, der Automation und der Mechanisierung, der allgemeinen Erhöhung des technischen Standes des Unternehmens, die Reserven zu mobilisieren*".

Im Laufe dieser zwei Etappen insgesamt würde die Erhöhung der Produktivität, wie der Artikel aufzählt, durch "*die Verbesserung und Anwendung fortschreitender Normen, die Anhäufung von Aufgaben, die Erweiterung der Bedienungsgebiete, die Mechanisierung der Aufgaben, die viel Arbeitskräfte verlangen, und die Modernisierung der Anlagen, die Verbesserung der Führungsstruktur, die Zentralisierung der Betriebsdienste*" erreicht.

Die westlichen Proletarier finden hier eine Antreiber-Sprache wieder, die ihnen gut bekannt ist. Was bedeutet die "*Anwendung fortschreitender Normen*", wenn nicht gerade, daß das Arbeitsbüro nach der "Untersuchung" des Arbeitspostens mit der Stoppuhr neue und höhere Normen festlegt, die einige Zeit später, wenn der Arbeiter es fertiggebracht hat, sie zu erfüllen, ihrerseits wieder nach oben revidiert werden usw.? Was bedeutet "*Anhäufung von Aufgaben*" (ein Ausbeutungsmittel, das die Fachleute des Westens etwas subtiler "Polyvalenz" nennen), wenn nicht gerade, daß der Arbeiter, der eine Arbeit zu erledigen hat, nunmehr zwei oder drei hatte, wodurch er mehr ausgebeutet wird, während sein Nachbar entlassen wird? Was bedeutet die "*Erweiterung der Bedienungsgebiete*", wenn nicht gerade, daß der Arbeiter, der einen Bereich zu überwachen hatte, nunmehr zwei oder drei wird überwachen müssen, oder daß das Wartungspersonal statt zwei oder drei nunmehr vier oder fünf Abteilungen zu bewältigen hat? Und was die Arbeitsvorgänge angeht, die mechanisiert werden, so geschieht dies nicht, weil sie anstrengend, erschöpfend oder gefährlich sind: Es handelt sich um jene Aufgaben, die das Grundübel aufwiesen, "*viel Arbeitskräfte zu verlangen*", Arbeitskräfte, von denen man sich somit "*entschlacken*" kann. Alles ist also konzipiert, um die Proletarier besser auszuquetschen.

Die Ergebnisse ließen nicht auf sich warten. Während der betrachteten Periode "*vervielfachte sich die Rentabilität 3,6mal*", wobei "*durch ein schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität die Lohnausgaben je Rubel des Produkts von 13,9 auf 5,6 Kopeken zurückgingen*". Für den 10. Plan hat der sowjetische Industrieverband "Sojusch-Stickstoff" für Schtschekino nur eine leichte Senkung dieser Lohnkosten vorgesehen - von 5,76 Kopeken je Rubel des Produkts 1975 auf 5,53 1980. Aber der "Gegenplan" des Betriebskollektivs ist ehrgeiziger. Er nimmt sich vor, "*eine Erhöhung des Produktionsvolumens um 20,3% und eine Produktivitätssteigerung von 27,6% (zu erreichen), was die Freistellung von weiteren 300 Personen bedeutet*" und eine Senkung der Lohnkosten auf 5,08 Kopecken je Rubel des Produkts erlauben würde.

Setzt man Dollar, Franc oder D-Mark anstelle des Rubel und der Kopeken, so erhält man einen Bericht, der in jedem westlichen Betrieb dem Betriebsleiter die Glückwünsche der Geschäftsführung einbringen würde. Die "Lohnaus-

gaben je Rubel des Produkts" sind in Wirklichkeit nichts anderes als die berühmten "Lohnstückkosten", deren Senkung das Kapital so nötig hat, weil die Verringerung des Teils des variablen Kapitals in jeder produzierten Einheit ganz einfach einer Erhöhung der Mehrwertrate und also der Profitrate gleichkommt ("die Rentabilität vervielfachte sich 3,6mal"). Wir haben es hier also von A bis Z mit der kapitalistischen Logik zu tun.

Wie wurde dies den Arbeitern dargestellt? Um sie dazu bewegen, diese erhebliche Vergrößerung der Arbeitslast zu schlucken, haben die russischen "Manager" sich nicht auf direkten Zwang beschränkt, sondern auch die "Erziehung" durch das Kollektiv (sprich abstumpfende produktivistische Propaganda) und ein "System materieller Anreize" miteinbezogen. Diese Anreize drückten sich in einer Erhöhung des Betrages aus, der den Arbeitern ausgezahlt wurde. Die russische Veröffentlichung nennt dies "Lohnerhöhung". So soll sich bei Schtschekino im Laufe von zehn Jahren der Lohn der Arbeiter "um annähernd anderthalb Mal erhöht" haben, während man für die Periode des 10. Plans voraussieht, daß "der Durchschnittslohn der Arbeiter um 12,3% wachsen wird" und die Gewinne ihrerseits um 14% zunehmen sollen.

Wir müssen zunächst darauf hinweisen, daß der Anstieg des Durchschnittslohns keine große Bedeutung hat. Schon die einfache Tatsache, daß man durch Mechanisierung der Aufgaben, "die viel Arbeitskräfte verlangen", einen Teil der am schlechtesten qualifizierten und bezahlten Arbeiter beseitigt, führt mathematisch zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Lohns.

Indes erlauben es die "herrschenden Normen", daß ein Unternehmen, das durch Personalabbau Lohneinsparungen macht, 50% dieser eingesparten Lohnmasse als "materiellen Anreiz" verteilen kann. (2) Dadurch kann man einen Zuschlag geben, "der im Falle von Aufgabenanhäufung, Erweiterung der Bedienungsgebiete und Vergrößerung des Umfangs der ausgeführten Arbeit bis 30% des Lohnes oder Gehaltes der Arbeiter, Techniker-Ingenieure und Angestellten erreichen kann".

Es wird aber sehr deutlich gemacht, erstens daß die Voraussetzung für Erteilung dieses Zuschlages, d.h. "Aufgabenanhäufung, Erweiterung der Bedienungsgebiete und Vergrößerung des Umfangs der ausgeführten Arbeit gegeben sind, wenn der Werktätige im Laufe der fixierten Länge des Arbeitstages seine alten und neuen Arbeitspflichten in den vorgesehenen Zeitspannen erfüllt und ein größeres Arbeitsvolumen leistet". Zweitens, daß die Höhe des Zuschlages "im Verhältnis zur Komplexität, zum Charakter und Umfang der zusätzlichen ausgeführten Arbeiten, zur Qualität der erhaltenen Normen und zur Auslastung der Arbeitszeit innerhalb der Grenze von 30% des Lohnes für die Grundarbeit festgesetzt wird".

Es ist mit anderen Worten klar, daß wir keineswegs mit einer wirklichen Lohnerhöhung zu tun haben, sondern lediglich mit einer Prämie, die nur einen teilweisen Ausgleich für die der Intensität wie der Länge nach weit mehr erhöh-

ten Arbeitslast darstellt. Mehr noch, mindestens ein Teil dieser Prämie ist nur vorübergehender Natur. Wie der Artikel in der Tat erklärt, "können die Zuschläge VERRINGERT oder ABGESCHAFFT werden, wenn Maßnahmen für den Einsatz einer neuen Technik und die Verbesserung der Arbeitsorganisation ergriffen werden und wenn NEUE NORMEN über Besetzung und Umfang des Dienstes bzw. andere sich daraus ergebende Arbeitsnormen eingeführt werden" (Hervorh. IKP). D.h., es wird so vorgegangen, wie es den Proletariern aller Länder gut vertraut ist: Wenn die neuen Normen erfüllt werden, werden die zur Anspornung der Arbeiter festgesetzten Prämien abgeschafft und die Normen erneut erhöht.

Wie sein Bruder im Westen darf also der russische Arbeiter mit einer volleren Lohntüte nur rechnen, wenn er seine Produktionsanstrengung in einem noch weit größeren Verhältnis erhöht. Wie sein Bruder im Westen sieht er, wie seine Ausbeutung in dem Maße wächst, in dem sich der Produktionsapparat des Kapitals vervollkommnet, weil sich die Arbeitsproduktivität viel schneller erhöht als sein Lohn und er daher einen immer abnehmenden Teil des Produkts seiner Arbeit erhält.

Es ist verständlich, daß die "Ekonomitscheskaya Gazeta" für die "weiteste Verbreiterung der Methode von Schtschekino" im Laufe des 10. Plans eintritt. Angesichts der "Schtschekinisierung", angesichts der wachsenden Ausbeutung wird der russische Arbeiter wie sein Bruder im Westen wieder zu dem Mittel des Klassenkampfes zurückfinden müssen!

ANMERKUNGEN:

- (1) Siehe "Anlässlich des X. Fünfjahresplanes: Der Mythos der 'sozialistischen Planung' in Rußland", "Kommunistisches Programm", Nr. 11, Juli 1976.
- (2) Das gilt auch, wenn Werkstätige "gleichzeitig mit ihren Aufgaben provisorisch die Aufgaben von anderen Werkstätigen übernehmen, die (wegen Krankheit, Urlaub, Dienstauftrag oder aus anderen Gründen) abwesend sind (...). Der Gesamtumfang des Zuschlags ist unabhängig von der Anzahl der Arbeiter, unter denen er verteilt wird, auf 50% des Lohnes (oder Gehaltes) des Abwesenden beschränkt". Wie man sieht, läuft es in beiden Fällen darauf hinaus, Zusatzarbeit ... mit halbem Lohn zu zahlen!

Hefte zur Kritik der Politischen Ökonomie

1. HEFT

MARXISTISCHE GELDTHEORIE

2. HEFT

GRUNDZÜGE DER MARXISTISCHEN WIRTSCHAFTSLEHRE (1. TEIL)

3. HEFT (2. TEIL)

EL PROGRAMA COMUNISTA Nº 30

- La defensa del marxismo es la defensa del arma de la revolución proletaria
- El terrorismo y el difícil camino del reanudamiento general de la lucha de clase (I)
- Curso del imperialismo mundial : La ofensiva del capital contra la clase obrera
- El « pensamiento de Mao » : expresión de la revolución democrático-burguesa en China y de la contrarrevolución antiproletaria mundial (III)
- En Irán, revolución capitalista a la cosaca
- Nota de lectura : No sólo el stalinismo tiene su « escuela de falsificación »

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM NR. 20

- Auschwitz oder das grosse Alibi
- Rudolf Bahros Plädoyer für die Verhinderung von Klassenkampf und Revolution
- Die Ergebnisse der imperialistischen Herrschaft im Iran (1. Teil)
- Lenins Schrift « Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus » : Die Verurteilung der künftigen Renegaten
- Zum 60. Jahrestag des Beginns der Novemberrevolution in Deutschland
- Rückblick auf den grossartigen Streik der amerikanischen Bergarbeiter

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM NR. 21

- Die Laufbahn des Weltimperialismus : Die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse
- Der Terrorismus und der schwierige Weg der allgemeinen Wiederaufnahme des Klassenkampfes
- Nicaragua : Lehren eines niedergeschlagenen Aufstands
- Die Ergebnisse der imperialistischen Herrschaft im Iran (2. Teil)

programme communiste

Nº 79

- Défendre le marxisme, c'est défendre l'arme de la lutte et de l'émancipation du prolétariat.
- Sur le fil du temps — Le prolétariat et la guerre : Socialisme et nation — Guerre et révolution — Guerre impérialiste et guerre révolutionnaire.
- La crise de 1926 dans le PC russe et l'Internationale — Une première conclusion.
- L'Afrique, proie des impérialismes (3) : Les investissements étrangers en Afrique.
- Nouvelles des faux socialismes : A l'Est comme à l'Ouest, la course à la productivité accroît l'exploitation — Socialisme, ou production individuelle ?

**il programma comunista
le prolétaire
communist program
EL COMUNISTA**

Internationale Kommunistische Partei

Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch !

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationalen und der Kommunistischen Partei Italiens (Juni 1971); den Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationalen gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Vorkonten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schärfste Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen alle personalbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr. 4 - Mai 1979

Preis:
50 Pfg.

Wir bitten unsere Leser, die "PROLETARIER", die zunächst alle zwei Monate erscheinende Zeitung der IKP in deutscher Sprache, in Abonnement erhalten möchten, folgende Bestellung ausgefüllt zurückzusenden an:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32
1000 Berlin 61

Hiermit bestelle ich "Proletarier" ab Nr. für 1 Jahr (6 Nr.)

Anzahl der Exemplare je Nr. :

Versand: () als Drucksache

() in geschlossenem Umschlag als Brief

Der Preis für das Normalabonnement beträgt einschließlich Porto DM 6,-. Für Versand in geschlossenem Umschlag außerhalb Berlin beträgt der Preis DM 9,-.

Datum

Name und Anschrift

Zahlung und Spenden auf Postscheckkonto Berlin-West Nr. 3320 23-103 (Helmuth Tammen).

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

in deutscher Sprache

Klassensolidarität mit dem chilenischen Proletariat	DM 2,50
Portugal - Rausch und Katzenjammer einer Scheinrevolution	DM 3,--
Die Kommunisten und die Aufgaben der Revolution in Nord- und Lateinamerika	DM 0,50

Reihe "Texte der Internationalen Kommunistischen Partei"

1. - DIE FRAGE DER REVOLUTIONÄREN PARTEI	DM 3,--
2. - REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IN RUSSLAND	DM 3,--
3. - DER KAMPF GEGEN DEN ALTEN UND DEN HEUTIGEN REVISIONISMUS	DM 3,--
4. - DIE GRUNDLAGEN DES REVOLUTIONÄREN KOMMUNISMUS	DM 3,--
5. - WAS HEISST ES, DEN MARXISMUS ZU VERTEIDIGEN ?	DM 3,--
6. - GEWALT UND DIKTATUR IM KLASSENKAMPF in Vorbereitung	DM 3,--
7. - DIALOG MIT STALIN	

in französischer Sprache

La question parlementaire dans l'Internationale Communiste	DM 2,--
--	---------

Reihe "Les Textes du Parti Communiste International"

1. - COMMUNISME ET FASCISME	DM 4,--
2. - PARTI ET CLASSE	DM 4,--
4. - ELEMENTS D'ORIENTATION MARXISTE	--
5. - LA "MALADIE INFANTILE", CONDAMNATION DES FUTURS RENEGATS. Sur la brochure de Lénine "La maladie infantile du communisme"	DM 4,--
6. - FORCE, VIOLENCE, DICTATURE DANS LA LUTTE DE CLASSES	DM 2,--
7. - DEFENSE DE LA CONTINUITÉ DU PROGRAMME COMMUNISTE. 224 pages dans lesquelles sont reproduits les textes fondamentaux de notre courant publiés de 1920 à nos jours.	DM 8,--

in griechischer Sprache

KOMMA KAI ERGATIKE TAXE	DM 5,--
-------------------------	---------

in italienischer Sprache

STORIA DELLA SINISTRA COMUNISTA - Vol. 1 - 1912-1919: dalle origini, attraverso il primo conflitto imperialistico, all'immediato dopoguerra, 423 Seiten	DM 20,--
STORIA DELLA SINISTRA COMUNISTA - Vol. 2 - 1919-1920: dal congresso di Bologna del PSI al secondo congresso dell'Internazionale Comunista, 740 Seiten	DM 25,--
STRUTTURA ECONOMICA E SOCIALE DELLA RUSSIA D'OGGI, 752 Seiten	DM 25,--

Reihe "I testi del partito comunista internazionale"

1. - TRACCIATO D'IMPOSTAZIONE - I FONDAMENTI DEL COMUNISMO RIVOLUZIONARIO,	DM 4,50
2. - IN DIFESA DELLA CONTINUITA DEL PROGRAMMA COMUNISTA, 200 Seiten	DM 7,50
3. - ELEMENTI DELL'ECONOMIA MARXISTA - SUL METODO DIALETTICO - COMUNISMO E CONOSCENZA UMANA, 125 Seiten	DM 8,--
4. - PARTITO E CLASSE, 137 Seiten	DM 9,--
5. - "L'ESTREMISMO MALATTIA INFANTILE DEL COMUNISMO" CONDANNA DEI FUTURI RINNEGATI, 123 Seiten	DM 6,--
6. - PER L'ORGANICA SISTEMAZIONE DEI PRINCIPI COMUNISTI, 198 Seiten	DM 5,--

in englischer Sprache

Reihe "The Texts of the International Communist Party"

1. - THE FUNDAMENTALS OF REVOLUTIONARY COMMUNISM	DM 2,50
2. - PARTY AND CLASS	DM 3,--

in spanischer Sprache

Reihe "Los textos del partido comunista internacional"

1. - LOS FUNDAMENTOS DEL COMUNISMO REVOLUCIONARIO	DM 2,--
2. - FUERZA VIOLENCIA DICTADURA EN LA LUCHA DE CLASE	DM 2,--
3. - PARTIDO Y CLASE	DM 4,--

in portugiesischer Sprache

As lutas de classe em Portugal de 25 de Abril a 25 de Novembro	DM 2,50
--	---------

Reihe "Os textos do partido comunista internacional"

1. - TESES CARACTERISTICAS DO PARTIDO: BASES DE ADESAO	DM 2,--
2. - LIÇÕES DAS CONTRA-REVOLUÇÕES	DM 2,--
3. - OS FUNDAMENTOS DO COMUNISMO REVOLUCIONARIO	DM 2,50

Texte der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 1

Die Frage der revolutionären Partei

enthält:

- Partei und Klasse
- Partei und Klassenaktion
- Proletarische Diktatur und Klassenpartei

56 Seiten/DM 3,—

Nr. 2

Revolution und Konterrevolution in Rußland

enthält:

- Warum Rußland nicht sozialistisch ist
- Der Marxismus und Rußland

94 Seiten/DM 3,—

Nr. 3

Der Kampf gegen den alten und den heutigen Revisionismus

enthält:

- Richtlinien zur Wiederherstellung der marxistischen Lehre
- Der historische Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft
- Der historische Zyklus der politischen Herrschaft der Bourgeoisie
- Der historische Verlauf der Klassenbewegung des Proletariats — Kriege und opportunistische Krisen

76 Seiten/DM 3,—

Nr. 4

Die Grundlagen des revolutionären Kommunismus in der Lehre und in der Geschichte des internationalen proletarischen Kampfes

enthält:

- Klassenpartei und Klassenstaat als wesentliche Waffen der kommunistischen Revolution
- Die Wirtschaftsorganisationen des versklavten Proletariats als eienendes Surrogat für die revolutionäre Partei
- Kleinbürgerliche Entstellung der Wesenszüge der kommunistischen Gesellschaft in den »gewerkschaftlichen« und »betrieblichen« Auffassungen der proletarischen Organisation

88 Seiten/DM 3,—

Nr. 5

Was heißt es, den Marxismus zu verteidigen?

enthält:

- Grundthesen der Partei (1951)
- Theorie und Aktion in der marxistischen Auffassung (1951)
- Die Position der Partei zur »Gewerkschaftsfrage« (1972)

118 Seiten/DM 3,—

Nr. 6

Gewalt und Diktatur im Klassenkampf

enthält:

- Kinetische und potentielle Gewalt
- Die bürgerliche Revolution
- Die bürgerliche Herrschaft
- Proletarischer Klassenkampf und Gewalt
- Russische Entartung und Diktatur

